VERGABEUNTERLAGEN

2026004927

Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER
Stadt Nürnberg - Zentrale Dienste
Winklerstr. 33, 90403 Nürnberg, Deutschland

15.10.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen ... 1
Projektinformation ... 1
Vertragsbedingungen/Formulare ... 3
Bewerbungsbedingungen_VgV ... 3
ZAVB_Nürnberg_eRechnung ... 6
Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung ZD_eRechnung ... 13
ZD3 - Datenschutzhinweise Vergabeverfahren ... 14
Anlage 1 Leistungsbeschreibung Medientechnik ILS N ... 16
1 Vorbemerkungen ... 18
1.1 Allgemeine Informationen ... 18
1.2 Ausführungsanforderungen ... 19
1.2.5.1 Beschreibung des technischen Umfeldes ... 20
1.2.15.1 Transportmöglichkeiten ... 22
1.2.15.2 Brandschutz, Entsorgung Verpackungsmaterial ... 23
1.2.18.1 Einzuhaltende Vorschriften und Normen ... 24
1.3 Vorbemerkungen zur Angebotsabgabe ... 25
1.4 Sicherheitsvorschriften ... 25
1.5 Besondere Bedingungen ... 26
2 Beschaffungsgegenstand ... 27
2.1 IT-Grundschutz ... 27
2.2 Medientechnik ... 27
2.3 Projektmanagementleistungen ... 30
2.3.1.1 Information ... 31
2.3.1.2 Change Requests ... 31
2.3.1.3 Abnahme ... 31
3 Umsetzung des Vorhabens ... 32
3.1 Phasenplan der Projektdurchführung ... 32
3.2 Phase 01: Pflichtenheft ... 33
3.3 Phase 02: Bereitstellung und Herstellung der Betriebsbereitschaft ... 33
3.4 Phase 03: Inbetriebnahme ... 34
3.5 Probebetrieb und Abnahme ... 34
3.6 Termin- und Leistungsplan ... 34
3.7 Zusammenarbeit im Projekt ... 35
Anlage 2 Leistungsverzeichnis Medientechnik ILS N ... 36
Anlage 4 Vergabe Medientechnik Schema ILS N ... 64
20261012 EVB-IT Systemvertrag Medientechnik ILS N ... 65
Ergaenzende_Vertragsbedingungen_fuer_die_Erstellung_eines_IT-Systems ... 105
Muster Fernwartung_AVV ... 136
Produkte/Leistungen ... 153

Eignungskriterien 157
Leistungskriterien 160
Anlagen 161

Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10

I. Allgemeines

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Anlagen.

Allgemeine Informationen zum Verfahren	
Projektname	Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10
Projektbeschreibung	Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU)
Termine	
Bekanntmachung am	16.10.2026
Angebotsfrist	16.11.2026 23:59:00
Bindefrist	29.01.2027
Frist für Fragen in der Bieterkommunikation	06.11.2026 23:59

1. Auskünfte:

Auskünfte erteilt nur die Vergabestelle der Auftraggeberin, bei der auch die der Ausschreibung zugrunde liegenden Bedingungen eingesehen werden können.

Die Kommunikation mit der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das Nachrichtenmodul "Bieterkommunikation" im Vergabemanagementsystem der Deutschen eVergabe. Bei Rückfragen zur Bedienung der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: service-bieter@deutsche-evergabe.de

Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, ist ausgeschlossen.

2. Skonto:

Skonto bedeutet einen prozentualen Abzug vom Rechnungsbetrag, der nur unter der Bedingung einer kurzfristiger Zahlung innerhalb einer angemessenen eingeräumten Zahlungsfrist gewährt wird. Im Vergabemanagementsystem an der dafür vorgesehenen Stelle gewährte Skonti werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt und werden bei der Auftragsausführung des bezuschlagten Angebots berücksichtigt, wenn sie sich auf alle Abschlags- und Schlusszahlungen beziehen und die Zahlungsfrist mindestens 30 Tage beträgt. Skonti werden bei der Preiswertung nicht berücksichtigt.

-

3. Kriterien für die Auftragsvergabe:

Bewertungsmethode: Niedrigster Preis

Bewertet wird immer der Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer ohne Rücksicht auf die Steuerschuldnerschaft.

4. Bedarfspositionen:

Bedarfspositionen werden gewertet.

5. Eigene AGB:

Beinhaltet das Angebot eigene Geschäftsbedingungen des Bieters (auch AGB), kann das Angebot gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. §§ 53 Abs. 7 Satz 1, 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV ausgeschlossen werden, wenn eine Aufklärung ergibt, dass der Bieter tatsächlich damit von den Inhalten der Vergabeunterlagen abweichen will.

6. Vergabeunterlagen/Vertragsbedingungen:

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte Vertragsbedingungen/Formulare und Produkte/Leistungen) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOL/B, in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung, Vertragsbestandteil.

Die Rangfolge richtet sich nach §1 VOL/B.

7. Bindefrist:

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

8. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen:

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Angebotsschreiben kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben.

9. Gemäß DSGVO ist der Abschluss einer Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung notwendig, wenn die Auftraggeberin:

a) einen Auftrag zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt und/oder

b) Im Zuge eines Pflege-/Wartungsvertrags eine Fernwartung vereinbart wird.

Sofern sich die Notwendigkeit einer Vereinbarung über Auftragsverarbeitung erst während der Vertragslaufzeit ergibt, wird eine Vereinbarung auf Basis eines Vertragsmusters der Auftraggeberin geschlossen.

10. Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

11. Eigenerklärungen

Die Auftraggeberin hat jederzeit das Recht – vor und nach Ausführungsbeginn –, zu überprüfen, ob die zu Eignungskriterien abgegebenen Eigenerklärungen zutreffen.

-

II. Elektronische Angebotsabgabe

Vorgehensweise:

1. Durch die elektronische Angebotsabgabe im Bieterassistenten des Vergabemanagementsystems (VMS) ist das Textformerfordernis gem. § 126 b BGB erfüllt (§ 38 UVgO bzw. § 53 Abs. 1 VgV).

2. Bei Rückfragen zur Bedienung der Software können Sie sich gerne an den Support der Firma Healy Hudson wenden.

An: **service@deutsche-evergabe.de**

III. Schriftliche Angebotsabgabe

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, werden Sie gebeten, **ausschließlich auf elektronischem Weg** die Angebotsunterlagen (Eingabemaske im Bieterassistenten) auszufüllen und bis zum Einreichungstermin über die Vergabeplattform (Angebotsfrist, siehe Projekt- und Dokumenteninformation) abzugeben.

Die Angebotsabgabe auf schriftlichem Weg in Papierform ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Hinweis

Das Vergabeverfahren erfolgt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

1.1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bieter/Bewerber die Vergabestelle unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

1.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern/Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter/Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

1.3 Angebot

1.3.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

1.3.2 Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter/Bewerber und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

1.3.3 Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind in Euro (Bruchteile in vollen Cent) ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen. Die Berechtigung zur Verrechnung ermäßigter Steuersätze ist mit dem Angebot nachzuweisen. Soweit ihre Wertung in den Informationen zum Verfahren nicht ausdrücklich vorgesehen ist, werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- an der dafür vorgesehenen Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z.B. Skonti) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

1.3.4 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden.

Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Die Preise des Angebots müssen grundsätzlich auch die Kosten aller zur Leistung erforderlichen Stoffe, Hilfsstoffe und Lohnnebenkosten sowie alle Nebenleistungen enthalten.

Enthält die Leistungsbeschreibung bei einer Teilleistung eine Produktangabe mit Zusatz „oder gleichwertiger Art“ und wird vom Bieter/Bewerber dazu eine Produktangabe verlangt, ist das Fabrikat (insbesondere Herstellerangabe und genaue Typbezeichnung) auch dann anzugeben, wenn der Bieter/Bewerber das vorgegebene Fabrikat anbieten will. Fehlt diese Angabe, ist das Angebot unvollständig.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

1.3.5 Wird in der Ausschreibung auf Normen, technische Spezifikationen, europäische technische Zulassungen Bezug genommen, wird das Angebot auch gewertet, sofern der

Bieter/Bewerber in seinem Angebot mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die von ihm angebotene Lösung den Anforderungen der technischen Spezifikation, auf die Bezug genommen wurde, gleichermaßen entspricht.

1.3.6 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

1.4. Datenschutz

1.4.1 Die von den Bietern/Bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

1.4.2 Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

1.4.3. Werden der Auftraggeberin personenbezogene Daten Dritter (z.B. von Mitarbeitern des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin) als Betroffene übermittelt, so ist der Auftragnehmer/die Auftragnehmerin für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Verpflichtungen diesbezüglich eigenständig verantwortlich. Auf die Frewilligkeit ihrer Angaben ist hinzuweisen und der qualifizierte Datenschutzhinweis der Auftraggeberin ist den Betroffenen bekannt zu machen.

1.5 Nebenangebote

1.5.1 Soweit Nebenangebote zugelassen sind, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein, ihre Anzahl ist an der im dafür vorgesehenen Stelle aufzuführen.

1.5.2 Nebenangebote müssen qualitativ und quantitativ die durch die Leistungsbeschreibung vorgegebenen Mindestkriterien erfüllen. Sie müssen damit mindestens

- die funktionalen Anforderungen und
- die wirtschaftlichen Kriterien der ausgeschriebenen Lösung erfüllen, insbesondere Gebrauchstauglichkeit, Folgekosten, Lebensdauer.

Die Gleichwertigkeit ist mit dem Nebenangebot nachzuweisen.

1.5.3 Der Bieter/Bewerber hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.
Soweit der Bieter/Bewerber eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

1.5.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

1.5.5 Nebenangebote, die den Nummern 1.5.1 bis 1.5.4 nicht entsprechen, können nicht gewertet werden.

1.6 Bietergemeinschaften

1.6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (oder vergleichbarer Zusammenschluss) im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

1.6.2 Beim Nichtoffenen Verfahren und bei Beschränkter Ausschreibung werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmern gebildet haben, nicht zugelassen.

1.7 Benachrichtigung

Nichtberücksichtigte Bieter erhalten eine Benachrichtigung nach § 134 GWB. Eine Unterrichtung der Bieter erfolgt zudem gem. § 62 VgV.

ZUSÄTZLICHE ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN
für die Ausführung von Leistungen

Hinweis

Die genannten Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Art und Umfang der Leistung, Preise (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für die zur Leistung erforderlichen Arbeitsmittel, Betriebs- und Hilfsstoffe wie Reinigungsmittel, Verpackung o.ä. und die notwendigen Hilfsleistungen wie Transporte, Auf- und Abladen frei Verwendungsstelle, sofern in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Lieferung/Leistung abgegolten.
Packstoffe hat der Auftragnehmer zurückzunehmen und ggf. wie auch durch seinen Auftrag entstandene Abfälle auf seine Kosten fachgerecht zu beseitigen.

Wenn der Auftragnehmer für sein Angebot eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung benutzt hat, ist allein die vom Auftraggeber verfasste Leistungsbeschreibung verbindlich

Sind in der Leistungsbeschreibung für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.

2 Einheitspreise

Der Einheitspreis ist der vertragliche Preis, auch wenn im Angebot der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis entspricht.

3 Änderung der Leistung (§ 2 VOL/B)

3.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr.3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich – möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach – schriftlich mitteilen.

3.2 Sind nach § 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen und Mehr- und Minderkosten nachzuweisen.

4 Ausführungsunterlagen (§ 3 VOL/B)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrundegelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

5 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

5.1 Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.

5.2 Solange der Vertrag nicht beiderseits vollständig erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft dem Auftraggeber unverzüglich unaufgefordert mitzuteilen.

5.3 Nach- oder Subunternehmer treten in keinem Fall in rechtliche oder vertragliche Beziehungen zum Auftraggeber. Der Auftragnehmer hat also derartige weiter gegebene Aufträge in eigenem Namen und auf eigene Rechnung zu erteilen. Die Abrechnung gegenüber dem Auftraggeber erfolgt nur mit dem Auftragnehmer.

5.4 Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 EntgTranspG Frauen und Männern bei gleicher oder qleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

6 Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8 VOL/B)

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

7 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 2 VOL/B)

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 15 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere solche aus § 8 Nr. 2 VOL/B, bleiben unberührt.

Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Bietern über

- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,

- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligungen oder andere Aufgaben, sowie Empfehlungen,

es sei denn, dass sie nach § 24 ff des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

8 Abnahme (§ 13 VOL/B)

8.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.

8.2 Die Gefahr geht grundsätzlich erst mit der Abnahme auf den Auftraggeber über.

9 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährung für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung bzw. Lieferung.

10 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

10.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.

10.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung – gegebenenfalls abgekürzt – wie in der Leistungsbeschreibung aufzuführen.

10.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) in Euro aufzustellen: der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt.
Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

10.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

10.5 Die zum uneingeschränkten Vorsteuerabzug erforderlichen gesetzlichen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 und § 14a UStG sind einzuhalten.

10.6 Die Rechnungen müssen neben den Rechnungspositionen und erläuternden Unterlagen wie Aufmaß, Pläne, Lieferscheine oder sonstige Nachweise und erläuternden Unterlagen Dritter folgende Angaben enthalten: Neben den gesetzlichen Vorgaben sind die Leitweg-ID, der Name der Dienststelle für welche die Leistung erbracht wurde einschließlich Ergänzungen wie Einrichtung, Abteilung, Sachgebiet, Sachbearbeitung, und Auftragsbezug (z.B. Bestellnummer, Lieferort, Leistungsort unter Angabe von Adresse und Gebäude, sofern mehrere Gebäude unter einer Anschrift zu finden sind) anzugeben. Diese Angaben werden vom Auftraggeber mit den ergänzenden Bedingungen zur Rechnungsstellung vorgegeben.

11 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngrößen

enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden.

Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

12 Zahlungen (§ 17 VOL/B)

12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos im Überweisungsverkehr in Euro geleistet.

12.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag, an dem das Geldinstitut den ausführbaren Zahlungsauftrag erhalten hat.

12.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

12.4 Für Vorauszahlungen ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft nach dem vom Auftraggeber vorgeschriebenen Muster für den Zahlungsbetrag incl. Mehrwertsteuer zu leisten.

13 Überzahlungen (§ 17 VOL/B)

13.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

13.2 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.

Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 %-Punkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

13.3 Die Verjährungsfrist für diese Ansprüche des Auftraggebers beträgt acht Jahre, sie beginnt mit der Schlusszahlung.

14 Abtretung

14.1 Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.

14.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst,

- wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle des Auftrags gemäß dem Formblatt des Auftraggebers schriftlich angezeigt worden ist und
- wenn der neue Gläubiger eine Erklärung gemäß Formblatt mit folgendem Inhalt abgegeben hat:
  "Ich erkenne an,

a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,

b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,

c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,

d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an ein Geldinstitut) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn die die Zahlung bearbeitende Kasse schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

14.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

14.4 Ohne Einhaltung der Abtretungsvoraussetzungen nach den Nrn. 14.1 bis 14.3 kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354a Satz 1 HGB). Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354a Sätze 2 und 3 HGB).

15 Sicherheitsleistung (§ 18 VOL/B)

15.1 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, für Mängelansprüche und Schadensersatz.

15.2 Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Mängelansprüche einschließlich Schadensersatz.

15.3 Wird in den Besonderen Vertragsbedingungen Sicherheit verlangt, hat der Auftragnehmer Sicherheit (vorzugsweise durch Bürgschaft) zu leisten.

15.4 Die Sicherheit für Vertragserfüllung und Mängelansprüche beträgt 5 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer. Bei besonderen Risiken kann sie bis zu 10 % der Auftragssumme einschließlich Mehrwertsteuer betragen. Bei Erhöhung der Auftragssumme um mehr als 50.000 EURO einschließlich Mehrwertsteuer (Nachträge, Mengenmehrungen usw.) ist die Sicherheit entsprechend zu erhöhen. Der Auftraggeber kann dies auch bei niedrigeren Erhöhungen verlangen.

15.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, als Sicherheit die entsprechende Summe bei fälligen Zahlungen aus diesem Vertrag einzubehalten. Ein Einbehalt kann durch eine entsprechende Bürgschaft ersetzt werden.

15.6 Nach Abnahme, Vorlage der prüfbaren Schlussrechnung und nach Erfüllung aller bis dahin bestehenden Ansprüche kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für Mängelansprüche bis auf 3 % der Abrechnungssumme zuzüglich der voraussichtlichen Aufwendungen für die Beseitigung festgestellter Mängel verringert oder gemäß Nr. 16.5 die Bürgschaft ausgetauscht wird.

15.7 Die Sicherheit für Mängelansprüche wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.

16 Bürgschaften (§§ 17 und 18 VOL/B)

16.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.

16.2 Die Bürgschaft ist von einem

- in den Europäischen Gemeinschaften oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen (Konzernbürgschaften sind nicht zugelassen.).

16.3 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Anfechtung und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770 und 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Gerichtsstand ist Nürnberg.

16.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde in Euro zu stellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss die Bürgschaft auf die Arbeitsgemeinschaft ausgestellt sein.

16.5 Die Urkunde über die Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft wird zurückgegeben, wenn der Auftragnehmer

- die Leistung vertragsgemäß erfüllt hat,
- etwaige rechtmäßig erhobene Ansprüche befriedigt und
- eine vereinbarte Sicherheit für Mängelansprüche geleistet hat.

16.6 Die Urkunde über die Mängelanspruchsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen und die bis dahin geltend gemachten Ansprüche erfüllt sind.

16.7 Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

17 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 19 VOL/B)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

18 Gerichtsstand (§ 19 VOL/B)

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – soweit gesetzlich zulässig – Nürnberg.

Ergänzende Bedingungen zur Rechnungsstellung

Für den Rechnungseingang bei der Auftraggeberin stehen drei Wege zur Verfügung. Eine Zustellung über einen anderen Weg ist nicht zugelassen.

Für alle Rechnungsformate gilt:

Eine getrennte Übermittlung von Rechnung und sonstigen Anlagen auf unterschiedlichen Wegen kann nur in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt werden. Die Leitweg-ID und die Rechnungsnummer müssen bei allen Formen der Rechnungsübermittlung zwingend angegeben werden.

Zugangswege:

1. Per E-Mail (als E-Rechnung oder PDF) an folgende E-Mailadresse: stadt@rechnung.nuernberg.de.
   Ein Versand an andere E-Mailadressen der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen.

2. Per Dateiupload (als E-Rechnung und PDF) auf einem der unter www.lieferanteninfo.nuernberg.de genannten Portale. Eine Zustellung über andere Datenaustauschwege ist nicht zugelassen.

3. Als Papierrechnung per Post an folgende Postanschrift:

Stadt Nürnberg
Feuerwehr
Integrierte Leitstelle (ILS)
Leitweg-ID: 09564000-3700000-12
Postfach 90 01 48
90492 Nürnberg

Alle vorstehenden Angaben werden durch die Auftraggeberin vorgegeben. Es darf darüber hinaus kein Straßenname in der Rechnungsadresse stehen. Eine Zustellung über andere Anschriften der Stadt Nürnberg oder persönliche Übergabe an eine Vertreterin oder einen Vertreter der Stadt Nürnberg ist nicht zugelassen. Rechnungen können auf Grund von Größenbeschränkungen bei Postfächern der Deutschen Post AG nur bis zum Format Maxibrief zugestellt werden. Größere Versandformate werden grundsätzlich nicht angenommen. Die Übergabe größerer Formate kann nur ausnahmsweise in Einzelfällen erfolgen und muss mit der Auftraggeberin vor Rechnungslegung abgestimmt sein.

elektronisch übermittelte Rechnungen

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen werden die Formate pdf und E-Rechnungen, die konform zur Europäischen Norm 16931 sind, entweder bevorzugt als aktuelle XRechnung oder alternativ als ZUGFeRD ab Version 2 (jeweils in der aktuell gültigen Version) angenommen. Andere Formate sind nicht zugelassen. Rechnungen im Format pdf müssen folgende Aktionen zulassen: Dokument ohne Kennwort ansehen, Text und Grafik aus Dokument kopieren, Dokument drucken, Kommentare hinzufügen oder ändern.

Jede E-Mail an den zentralen Rechnungseingang der Stadt Nürnberg muss genau einen Dateianhang (PDF-Rechnung oder E-Rechnung) enthalten. Dateien dürfen eine Größe von 15 MB nicht überschreiten. E-Mails ohne Dateianhang oder mit mehreren Dateianhängen werden automatisch abgewiesen. Rechnungsbegleitende Dokumente (zum Beispiel Leistungsnachweise, Arbeitsberichte etc.) müssen in die Rechnungsdatei integriert werden. Wichtig ist dabei, dass das Rechnungsbild am Anfang steht. Für jede Rechnung muss eine eigene E-Mail versendet werden. Mehrere Rechnungen in einer Datei sind nicht zulässig. Wichtige Informationen und Angaben gehören nicht in den E-Mail-Text, sondern in den Dateianhang. Bei der elektronischen Rechnungsbearbeitung werden nur die Dateianhänge bearbeitet, der Begleittext in der E-Mail wird nicht zur Kenntnis genommen. Die E-Mail mit der Rechnung darf nicht von einer "No-Reply"-Adresse versendet werden, da sonst Antwortmails, zum Beispiel Fehlermeldungen, nicht beim Absender der Rechnung ankommen.

Stadt Nürnberg
Zentrale Dienste

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen

Datensicherheit
Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen.

Verantwortlich für die Datenerhebung

Stadt Nürnberg
Zentrale Dienste
Winklerstr. 33
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 33 21 0
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: Kontaktformular

Datenschutz
Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:
Stadt Nürnberg
Behördlicher Datenschutz
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31 – 51 15
Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: Kontaktformular

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung
Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
  - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
  - Beantwortung von Bieterfragen
  - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
  - Abfrage und Überprüfung der Eignung
  - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben b, c und e DSGVO sowie Art. 4 Absatz 1 BayDSG.

Weitergabe von Daten
Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeszollverwaltung zur Einholung von Auskünften betreffend Eignung/Vorliegen von Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung bewachungsrechtlicher Voraus setzungen
- Sachbearbeiter der Stadt Nürnberg zur sachdienlichen Kommunikation
- Teilnehmer an Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung

Übermittlung an Drittländer
Es erfolgt keine Übermittlung. Bei Übermittlung in Drittländer = Nicht-EU bitte mit der/dem Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen.

Speicherzeitraum
Ihre Daten werden bei der Stadt Nürnberg so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.
Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren.
Bei nationalen Ausschreibungen von freiberuflichen Leistungen sind die Vergabeunterlagen ebenso für mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren..

Betroffenenrechte
Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu:
Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe
Nach den oben genannten Rechtsgrundlagen sind die Daten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erforderlich. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann das Vergabeverfahren möglicherweise nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgeschlossen und abgewickelt werden.

Leistungsbeschreibung
Medientechnik

Bedarfsträger	Stadt Nürnberg - Feuerwehr - Regenstr. 4 90451 Nürnberg	
Liegenschaften	Integrierte Leitstelle Nürnberg Regenstr. 8 90451 Nürnberg	Notleitstelle ILS Nürnberg - Nürnberg

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen ... 3
1.1 Allgemeine Informationen ... 3
1.2 Ausführungsanforderungen ... 4
1.3 Vorbemerkungen zur Angebotsabgabe ... 10
1.4 Sicherheitsvorschriften ... 10
1.5 Besondere Bedingungen ... 11
2 Beschaffungsgegenstand ... 12
2.1 IT-Grundschutz ... 12
2.2 Medientechnik ... 12
2.3 Projektmanagementleistungen ... 15
3 Umsetzung des Vorhabens ... 17
3.1 Phasenplan der Projektdurchführung ... 17
3.2 Phase 01: Pflichtenheft ... 18
3.3 Phase 02: Bereitstellung und Herstellung der Betriebsbereitschaft ... 18
3.4 Phase 03: Inbetriebnahme ... 19
3.5 Probebetrieb und Abnahme ... 19
3.6 Termin- und Leistungsplan ... 19
3.7 Zusammenarbeit im Projekt ... 20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schema Medientechnik ... 13
Abbildung 2: Systemarchitektur Medientechnik ... 14

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Phasen sind im Projekt ... 17

1 VORBEMERKUNGEN

1.1 Allgemeine Informationen

1.1.1 Informationen zum Auftraggeber

Die Stadt Nürnberg betreibt als eigenständige Organisationseinheit der Feuerwehr die Integrierte Leitstelle Nürnberg.

1.1.2 Ausgangssituation und Einbettung der Beschaffungsmaßnahme in Gesamtprojekt

Die Integrierte Leitstelle Nürnberg (ILS N) erneuert im Rahmen Projektes Hardwaretausch 10 Jahre (HWT 10) die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik.

Die ILS Nürnberg betreibt für die Leitstellenvisualisierung die sogenannte Medientechnik. Über die Medientechnik werden unter anderem visuelle Informationen aus verschiedenen Quellen im Normalbetrieb, bei einer Lage sowie im Schulungsbetrieb auf von allen betreffenden Disponenten sichtbare Anzeigegeräten dargestellt.

1.1.3 Leistungsübersicht

Der mit der Leistung zu beauftragende Auftragnehmer (AN) wird mit der Bereitstellung, Einrichtung, Inbetriebnahme und dem Service der zentralen und dezentralen Technik der Medientechnik beauftragt.

Die wesentlichen Bestandteile der Medientechnik sind:

- IT-Infrastrukturbausteine in verschiedenen Sicherheitszonen
  - Aktive Netzwerktechnik – Access-Switche
  - Videomanagementserver
  - Visualisierungsserver für IP-basierte Inhalte aus öffentlichen Quellen und von fremden Organisationen
  - En- und Decoder für die Senken bzw. Quellen
  - Monitore und Beamer
  - Bedienpanel als Notebene zur Steuerung der Medientechnik

Nicht Bestandteil dieser Beschaffung sind folgende Elemente, die bauseits oder über andere Vergaben bereitgestellt werden:

- Zentrale Infrastruktur
  - Firewalls
  - Virtuelle Desktop Infrastruktur (VDI) für die Fernwartung der Medientechnik durch den AN Medientechnik
  - Managementsysteme
    - Monitoring
    - Security Information and Event Management (SIEM)
  - Datensicherungsserver inkl. dortiger Backup- und Recovery-Software
- Serverräume mit
  - 19 Zoll Serverschränken
  - Energieversorgung
  - Netzwerkinstallationsverkabelung (in und zwischen den Standorten)

Der AN erbringt neben dem Aufbau der spezifischen Infrastruktursysteme explizit auch die Leistung eines Systemintegrators für die Beistellungen von Bestandstechnik und Schnittstellen entsprechend des Kapitels 2.2 Medientechnik.

1.1.4 Informationssicherheit IT-Grundschutz

Die Informationstechnik ist auf der Basis des IT-Grundschutzes aufzubauen und einzurichten. Hierbei sind insbesondere die Einstufungen bis (sehr) hoch zu berücksichtigen.

Richtungsgebend für die Schutzzieleinordnung der Anwendungen und der abhängigen Infrastrukturbausteine ist das IT-Grundschutz-Profil für Leitstellen in der Veröffentlichung des BSI in der aktuell gültigen Fassung.

Grundsätzlich muss die Ausführung in Abstimmung mit:

- dem Auftraggeber
- den Betreibern der ILS (Feuerwehr Nürnberg der Stadt Nürnberg)
- der Fachplanung und
- den beteiligten Firmen (Schnittstellen, Systeme und Anwendungen)

erfolgen.

Die Bieter werden aufgefordert, die beschriebenen Leistungen anzubieten und zu implementieren.

1.1.5 Projektablauf

Das komplette System ist inklusive Installation, Konfiguration und Inbetriebnahme, wie in dieser Ausschreibung definiert, anzubieten.

Nach der Lieferung der Systemkomponenten erfolgt die Installation und Inbetriebnahme. Diese erfolgt vollständig unabhängig von der bestehenden und im Betrieb befindlichen Technik. Dort wo bestehende Elemente gemeinsam genutzt werden müssen, muss dies in enger Abstimmung mit dem Leitstellenbetreiber und der Projektüberwachung erfolgen. Im Besonderen ist dabei sicherzustellen, dass der reguläre Leitstellenbetrieb nicht beeinflusst wird.

Der Projektablauf ist im Abschnitt 3 Umsetzung des Vorhabens detailliert beschrieben.

1.2 Ausführungsanforderungen

1.2.1 Informationsaustausch

Der AG muss jederzeit über den Fortschritt der Arbeiten informiert sein.

Vor jedem Eingriff in bestehende Systeme, die im aktiven Leitstellen-Betrieb genutzt werden, sind entsprechende Unterlagen mit einer Darstellung der möglichen betrieblichen Beeinflussung, der Risikofaktoren und der Sicherungsmaßnahmen vorzulegen.

Auch bei einer nicht durch den AN verursachten Unterbrechung informiert sich der AN über den jeweiligen Projektstand und die Möglichkeit der Fortführung seiner Arbeiten.

1.2.2 Systemkomponenten

Generell müssen die vom Systemhersteller eingesetzten Komponenten auf den Dauerbetrieb 24 Stunden / 7 Tage die Woche ausgelegt sein.

1.2.3 Betriebssysteme

Für die im Rahmen der Beschaffung eingesetzten Betriebssysteme muss der Support des Betriebssystemherstellers bis zum nächsten Hardwaretausch (mind. 5 Jahre ab

Systemabnahme) gewährleistet sein. Betriebssysteme, deren Herstellersupport bereits abgelaufen ist oder innerhalb des genannten Zeitraumes abläuft, dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Auftraggebers eingesetzt werden und sind rechtzeitig vor Ablauf des Herstellersupportes ohne zusätzliche Kosten auf unterstützte Versionen umzustellen. Bei Betriebssystemen mit einem verfügbaren Long Term (Service) Branch und/oder niedrigeren Preisen für öffentliche Kunden/Behörden (Government) sind die entsprechenden Varianten anzubieten.

Sämtliche Komponenten oder Apps, die mit dem Betriebssystem mitgeliefert und mitinstalliert werden, sind zu deinstallieren bzw. deaktivieren, wenn diese für die Funktion des Systems nicht benötigt werden.

1.2.4 Laufzeitbedinge Lizenzen

Die fortschreitende Zwangseinführung von laufzeitbedingten Preismodellen für informationstechnische Hard- und Software, stellt für den Prozess der Kostenträgerschaft und Förderung eine nicht umsetzbare Komplexität dar.

Die angebotenen Elemente sind durch den Bieter im Rahmen der Angebotslegung für eine Betriebszeit von mindestens 5 Jahren nach Gesamtabnahme anzusetzen.

Zur Analyse der Kosten und mögliche Gegenüberstellungen im Rahmen der Abrechnung mit den Kostenträgern und der Förderstelle sind diese Lizenzkosten bereits bei der Angebotslegung in einer beizufügenden Anlage vollständig anzugeben.

Für jede unterschiedliche Lizenz, die explizit als Produkt Gegenstand der Lieferung des Auftragnehmers ist (z.B. Virtualisierung, Firewall), ist mindestens die folgende Auflistung darzustellen, sofern sie nicht eindeutig in den Einzelpositionen beschrieben ist:

- Geräte/Komponenten/Software
- Anzahl Lizenz
- Lizenzbezeichnung
- Lizenzlaufzeit
- Kostenmethodik für Lizenzen (einmalige/laufende Kosten)
- Beginn Laufzeit (Bestellung, Lieferung oder Inbetriebnahme)
- Lizenzanbieter (falls nicht Hersteller)

1.2.5 Gebäude und technische Gebäudeausstattung

Die technische Ausstattung der Leitstelle ist in das bestehende Gebäude zu integrieren.

1.2.5.1 Beschreibung des technischen Umfeldes

An beiden Standorten werden der Medientechnik für die zentrale Infrastruktur Serverschränke bzw. Höheneinheiten in Serverschränken mit einer maximalen Tiefe von 1000 mm beigestellt.

Die redundanten Komponenten in den Serverräumen sind auf zwei Schränke aufzuteilen.

Für die Schrank-zu-Schrank Anbindung zwischen den Schränken mit den Servern und denen mit Access-Switchen sind Multimodefaser (LWL) zu verwenden, welche auf Patchfeldern mit LC-Buchsen bereitgestellt werden.

Für die Anbindung zwischen den Schränken werden Glasfaserstrecken (LWL) auf Patchfeldern mit LC-Buchsen und zwischen den Standorten Glasfaserstrecken auf Patchfelder mit E2000-Buchsen bereitgestellt.

Die Stromversorgung in den Serverschränken erfolgt über redundante Stromleisten. Die

Komponenten in den Serverschränken müssen mit Stromkabeln auf C13 und auf Schuko angeboten werden.

1.2.6 Systemverkabelung

Die gesamte Systemverkabelung ist halogenfrei mit flammwidriger Verkabelung auszuführen. Hierbei sind besonders die Normen IEC-60754, IEC-60332 und IEC-61034-1 einzuhalten. Patchkabel und Stromversorgungskabel sind so weit möglichen in den Serverschränken, auf den Kabeltrassen und an den Arbeitsplätzen räumlich getrennt voneinander zu verlegen, um gegenseitige Beeinflussung zu vermeiden.

Alle Komponenten sind über verschiedenfarbige Patchkabel (Cat 7a mit RJ45 Steckverbindungen oder LWL mit entsprechender Leistungsqualität und LC- bzw. E2000-Stecker) zu rangieren.

Die Kabelfarben der Patchkabel werden vom AG / Objektüberwacher vorgegeben.

Für die Kabelführung in Serverschränken sind geeignete Kabelführungselemente vorhanden. Es dürfen keine Einwegkabelbinder in der Kabelrangierung von Patch- und Stromanschlusskabeln genutzt werden. Stattdessen sind die Kabel durch geeignete Kanäle und Abfangbügel in Bündeln zu führen. Ist eine Kabelfixierung notwendig, sind Kabelbinder in Klettverschlussausführung zu nutzen.

1.2.7 Komponenten- und Kabel-Beschriftung

Alle vom Auftragnehmer gelieferten und installierten Systemkomponenten und Kabel sowie zu integrierende bestehende Komponenten und Kabel sind gut leserlich zu beschriften. Die Beschriftung erfolgt direkt an der Komponente bzw. bei Kabeln auf fest verbundenen Kabelschilder an beiden Enden.

Der Beschriftungssyntax wird vom AG / Objektüberwacher vorgegeben.

1.2.8 Potentialausgleich

Sämtliche vom Auftragnehmer zu liefernden Komponenten sind gemäß VDE 0100 an den vorhandenen Potentialausgleichen anzuschließen. Serverschränke haben neben einem Fixpunkt, einen zusätzlichen Erdungsleiter am 19" Rahmen.

1.2.9 Arbeitskräfte

Durch den AN ist zu gewährleisten, dass für den gesamten Ablauf der Leistungserbringung für die angebotenen Systemkomponenten geschulte bzw. erfahrener Mitarbeiter als verantwortliche Techniker eingesetzt werden.

Das eingesetzte Personal des AN hat die deutsche Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen.

1.2.10 Arbeitszeiten

Arbeiten zur Projektrealisierung vor Ort haben innerhalb der Regelarbeitszeit (Mo. - Fr. 7:30 bis 17:00 Uhr) stattzufinden. Notwendige Abweichungen hiervon sind Ausnahmen, vom AN rechtzeitig (mind. 2 Wochen) anzumelden und zu begründen und durch den AG zu genehmigen.

1.2.11 Arbeitsstelleneinrichtung

Sind im Leistungsverzeichnis keine eigenen Positionen für Arbeitsstelleneinrichtung und -räumung vorgesehen, gehören diese als Nebenleistung zu den vertraglichen Leistungen. Die Verkehrssicherheit auf dem Gelände und innerhalb von Gebäuden muss während der Durchführung der Leistungen aufrechterhalten werden. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind herzustellen, zu unterhalten und wieder abzubauen.

Abladen und Lagern der gelieferten Materialien und Komponenten an den bereitgestellten

Stellen bzw. Räumlichkeiten, gehören als Nebenleistung zu den vertraglichen Leistungen.

Der Auftragnehmer hat sich über Art und Lage der Entsorgungs- und Versorgungsleitungen verantwortlich zu informieren und für entstehende Schäden und daraus resultierende Schadensersatzansprüche infolge schuldhafter Unkenntnis der Verhältnisse zu haften. Die Haftung des Auftraggebers bzw. der zuständigen Stellen für die Richtigkeit ihrer Angaben bleibt hiervon unberührt. Die zur Abnahme erforderlichen Leistungen, das Stellen von Hilfskräften und Geräten für Kontrollmessungen des Auftraggebers sind Bestandteil der vertraglichen Leistungen.

1.2.12 Zutritt zu den Standorten

Der Zutritt zu den Standorten wird nach Anmeldung des Auftragnehmers durch den Auftraggeber beim jeweiligen Eigentümer angemeldet und durch diesen autorisiert.

1.2.13 Ausführungen auf dem Gelände

Auf dem Gelände der Standorte sind Bewegungs- und Fahrwege strikt freizuhalten, die Fahrwege ausrückenden Einsatzfahrzeuge sind auf dem kürzesten Fahrweg sofort freizugeben. Markierte Park- und Lieferflächen direkt am Gebäude sind nur mit mindestens dreitägiger Vorankündigung garantiert verfügbar.

Die Ausführungen müssen während des regulären Betriebes durchgeführt werden. Da-her ist damit zu rechnen, dass die Tätigkeiten des AN auf Anweisung des Personals des AG unterbrochen werden müssen. Weiterhin sind alle Tätigkeiten, die zu Störungen des Betriebes führen können, mit dem Personal des AGs im Vorfeld der Tätigkeiten frühzeitig abzustimmen.

Sofern seitens Auftragnehmer bestimmte Leistungen außerhalb der Arbeitszeiten er-bracht werden müssen, sind diese schriftlich auf einem bereitgestellten Formblatt mindestens zwei Wochen vorher anzumelden und mit Auftraggeber und Fachplanung abzustimmen.

1.2.14 Lager- und Arbeitsräume

Der AG stellt dem AN für die Lagerung von Teilen am Standort der ILS und der Notleit-stelle abschließbare Räume zur Verfügung. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass an-gelieferte Ware durch Vertreter des AN angenommen und in den Lieferraum verbracht wird. Mit der Lieferung in Räumlichkeiten des AG erfolgt kein Gefahrenübergang.

Der AG stellt dem AN Arbeitsplätze (Tische mit Stühlen oder Stehpulte) mit Zugriff auf die gelieferten Einrichtungen bereit.

1.2.15 Lieferung, Montage, Abtransport und Entsorgung

Lieferungen bzw. Teillieferungen sind dem AG, bzw. der Objektüberwachung rechtzeitig - spätestens 3 Arbeitstage vor Lieferung - anzukündigen und mit diesem terminlich ab-zustimmen.

Die Lieferungen haben frei zur Verwendungsstelle zu erfolgen. Sämtliche Kosten und Nebenkosten, wie Kosten des Versands, Transportversicherung etc. sind in die LV-Positionen einzukalkulieren. Verpackungen sind vom AN kostenfrei zu entsorgen.

1.2.15.1 Transportmöglichkeiten

Zum Transport von Elementen in die Betriebs- (Arbeitsplätze) und Serverräume an den Standorten sind keine Einschränkungen bekannt. Eine barrierefreie Einbringung kann nicht zugesichert werden. Bei einem Übergang größer ein Stockwerk steht ein Aufzug zur Verfügung.

Alle Transportaufwände müssen im Angebotspreis enthalten sein.

1.2.15.2 Brandschutz, Entsorgung Verpackungsmaterial

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Verpackungs- und Baumaterialen, im Besonderen brennbare oder leichtentzündliche Stoffe, täglich unmittelbar nach den jeweiligen Arbeitsschritten auf seine Kosten fachgerecht zu entsorgen oder zumindest aus dem Gebäude zu entfernen. Das Zwischenlagern von Baustoffen und Verpackungsmaterialien in den Lager- und Montageräumen wird ausdrücklich untersagt.

1.2.16 Ausführungsunterlagen

Integraler Bestandteil der Ausführung sind die zur Verfügung gestellten Ausführungsunterlagen in der jeweils aktuellen Version.

Der vollständige Umfang an Ausführungsunterlagen (Schemazeichnungen, Pläne, etc..) werden dem Auftragnehmer nach Beauftragung unentgeltlich ausschließlich in digitaler Form auf einem Cloud-Laufwerk zur Verfügung gestellt. Weitere Ausfertigungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Nur Pläne mit einem entsprechenden Freigabevermerk des Auftraggebers und der Fachplanung sind verbindlich.

Der AN hat sämtliche Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Etwaige Unstimmigkeiten sind der Fachplanung unverzüglich anzuzeigen.

1.2.17 Dokumentation

Der Auftragnehmer ist zur Dokumentation des Gesamtsystems verpflichtet. Dazu gehören insbesondere die Anwenderdokumentation (Installations- und Bedienungsanleitungen, Nutzerhinweise und Hilfestellungen, Softwaresätze in Form kommentierter Listings etc.), technische Datenblätter und Handbücher für Hard- und Software sowie Verfahrensbeschreibungen. Die Dokumentation muss es dem für die Nutzung und Administration einzusetzenden Personal des AG ermöglichen, das Gesamtsystem nach Durchführung der vereinbarten Schulung ordnungsgemäß zu bedienen und zu administrieren. Dazu ist ein Notfallhandbuch Bestandteil der Dokumentation, in welchen in einfachen Abläufen („Kochrezepte“) dargestellt ist, wie in welchem Fehlerfall, welche Rückfallebene in Betrieb gesetzt wird, um den Leitstellenbetrieb aufrecht zu erhalten. Die Abläufe des Notfallhandbuches sind auch an der betriebsbereiten Installation zu schulen.

Die Dokumentation ist spätestens mit Erklärung der Betriebsbereitschaft in deutscher Sprache, digital, in ausdruckbarer Form und einfach in Papierform zu übergeben. Die Dokumentation muss geordnete Übersichtspläne, Stücklisten, Netzwerkpläne mit Angabe der IP-Adressen, Stromlaufpläne, Kabel und Leitungswege, Verteilerpläne, Anschlussbelegungen, Schnittstellenbelegungen etc. des Gesamtsystems beinhalten.

Darüber hinaus sind die gesamten Softwarestände zu dokumentierten und in der jeweiligen Version zur Verfügung zu stellen. Dies beinhaltet alle Applikationen und Betriebssysteme, die für den Betrieb notwendig sind als Setup, und alle notwendigen Konfigurationsdateien im jeweils aktuellen Stand inkl. einer Auflistung aller im System betriebenen Lizenzen. Zusätzlich ist eine Konfigurationsanleitung Teil der Dokumentation, aus welcher in Klartext die im System einstellbaren Parameter mit Default-Wertangaben und möglichen Konfigurationsbereichen beschrieben sind. Die Software-Konfiguration ist als "As-Built" Version Teil der Dokumentation.

Diese Dokumentation ist durch den Auftragnehmer unverzüglich nach Änderungen (z. B. bei Wartung/Pflege oder Störungsbeseitigung) zu aktualisieren und dem AG unaufgefordert zu übergeben. Die Lieferung der Dokumentation erfolgt in editierbarem MS Office Format (MS Excel .xlsx, MS Word .docx) über einen digitalen Austausch. Dokumentation, die diesen Vorgaben nicht entspricht, wird nicht anerkannt und ist durch den Auftragnehmer entsprechend anzupassen.

1.2.18 Normen, Zulassungen und Vorschriften

1.2.18.1 Einzuhaltende Vorschriften und Normen

Der Auftragnehmer ist verpflichtet nur solche Materialien und Komponenten zu verwenden, die mit dem CE-Gütezeichen oder gleichwertig versehen sind. Bauteile oder Fabrikate, die im Angebot durch den Bieter benannt wurden, dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers durch Gleichwertige ersetzt werden. Alle einschlägigen technischen Vertragsbedingungen, Vorschriften und Richtlinien, Prüfvorschriften und Merkblätter in der zum Ablauf der Angebotsfrist gültigen Fassung gelten als Vertragsbestandteil vereinbart, sofern im Leistungsverzeichnis nicht abweichend vereinbart. Sämtliche Komponenten sind wartungsarm auszulegen und servicefreundlich zu verbauen. Jeweils in der neuesten Fassung (zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe) einzuhaltende Normen, technische Spezifikationen und Vorschriften, Standards und Richtlinien:

- Bestimmungen, Leitsätze, Regeln, Merkblätter, Richtlinien und Druckschriften des Verbands Deutscher Elektrotechniker (VDE)
- Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften
- Richtlinien des Verbandes der Sachversicherer und der Technischen Überwachungsvereine
- Vorschriften der Berufsgenossenschaften und Bauaufsichtsbehörden sowie alle sonstigen anerkannten Regeln der Technik
- Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten (EMVG)
- Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)
- Sämtliche diese Ausschreibung direkt betreffenden oder tangierenden Europäischen Normen, gemeinsame technische Spezifikationen, Europäische Spezifikationen und Technischen Vorschriften
    - Beschluss des Europäischen Rates vom 22.12.1986 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (87/95/EWG)
    - Richtlinie 2000/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzungsrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie)

1.2.19 Abnahmebedingungen

Die erbrachten Leistungen sind zur Abnahme so zu präsentieren, dass eine einwandfreie Einsichtnahme und Überprüfung möglich sind. Nachweise der erbrachten Leistungen sind vom Auftragnehmer zu erstellende Abrechnungspläne und Aufmaß Blätter. Diese sind dem Auftraggeber bei allen Teil- bzw. Abschlagsrechnungen und mit der Schlussrechnung zu übergeben. Weitergehende Abrechnungs- oder Bestandsunterlagen können im Leistungsverzeichnis verlangt werden. Nur die durch das Aufmaß bzw. die Abrechnungspläne sich ergebenden Festmaße und Mengen werden in Ansatz gebracht, sofern im Leistungsverzeichnis nichts Abweichendes vorgegeben ist.

Vor der Abnahme erfolgt eine DGUV-Prüfung aller entsprechenden Komponenten durch den AG. Der AN begleitet diese Prüfung. Die Dienstleistung (Begleitung) ist über die LV-Position Projektmanagement anzubieten.

1.2.20 Beistellungen und Mitwirkungspflichten des AG

Der AG stellt den Zugang zu den Standorten der ILS sicher.

Der AG benennt einen Ansprechpartner/ Projektleiter, der notwendige Informationen zeitnah

zur Verfügung stellt und notwendige Entscheidungen und Freigaben zeitnah herbeiführt.

1.2.21 Objekt-/Bauüberwachung

Die Objekt-/Bauüberwachung obliegt dem Auftraggeber.

Der Auftraggeber hat einen weisungsbefugten Fachplaner für die Objektüberwachung beauftragt.

Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

1.3 Vorbemerkungen zur Angebotsabgabe

1.3.1 Allgemeine Bedingungen

In der vorliegenden Ausschreibung sind die funktionalen und technischen Anforderungen beschrieben.

Alle funktionalen und technischen Anforderungen sind Mindestforderungen, sofern die-se in den Texten nicht ausdrücklich mit KANN oder OPTIONAL angegeben sind.

Eine Nicht-Erfüllung der Mindestanforderungen führt zum Ausschluss des Angebots.

Die Bieter werden aufgefordert, Komponenten gemäß Leistungsverzeichnis und Anforderungen anzubieten. Nicht hier aufgeführte Positionen dürfen nicht angeboten werden.

Die Medientechnik ist inklusive der explizit aufgeführten Beistellungen als vollumfängliches System, d.h. Ende-zu-Ende Betriebsbereitschaft (Quellen zu Senken), anzubieten.

1.3.2 In den Einheitspreis einzukalkulierende Leistungen

Folgende Positionen werden in der Ausschreibung nicht gesondert ausgewiesen. Die entsprechenden Kosten sind in den Einheitspreisen mit zu berücksichtigen:

- Liefer-, Transport- und Montagekosten
- Kleinteile wie Befestigungsmaterial, Kabelschellen, Kabelstecker, etc.
- Messgeräte, Kommunikationstechnik, Lizenz- oder Nutzungskosten aller eingesetzten Werkzeuge, Software-Tools und der zugrundeliegenden Hardware,
- Dokumentation
- Reise- und Nebenkosten, Übernachtungskosten
- Auslagen für Berichte, Präsentationen, Versand, Abnahme etc.
- Kosten für Güte- und Eignungsprüfungen
- Kosten für Sachmängelhaftung.

1.4 Sicherheitsvorschriften

Die Ausführung von Leistungen und Montagen hat fachgerecht und gemäß den einschlägigen Richtlinien zu erfolgen. Insbesondere sind das:

- aktuell gültige Normen (z.B. DIN) und Vorschriften (z.B. VDE),
- spezielle Richtlinien öffentlicher Einrichtungen,
- Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,
- Richtlinien der Versicherungen (GUV),

- Allgemeingültige Gesetze (Arbeitsgesetze, Tariftreuegesetz, Handwerksordnung u.a.),
- Anmeldung feuergefährlicher Arbeiten und Staubarbeiten.

Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner Arbeiten alle zur Sicherung der Baustelle und für die Erfüllung der sonstigen Verkehrssicherungspflichten erforderlichen Maßnahmen unter eigener Verantwortung zu treffen.

Müssen Sicherheitsbauteile wie Absperrungen, Abdeckungen, usw. bei der Durchführung von Arbeiten beseitigt werden, so übernimmt der AN für die Dauer der Beseitigung die volle Verantwortung und hat nach Abschluss der Arbeiten und in Pausen für die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands zu sorgen. Der AN übernimmt über die gesamte Bauzeit die Unterhaltung der Sicherungsmaßnahmen gemäß UVV- und BG-Bedingungen.

1.5 Besondere Bedingungen

1.5.1 Änderungen und Nachträge

Jegliche Abweichungen und Änderungen von den Forderungen der Ausschreibung und/oder der angebotenen Produkte und Leistungen bedürfen der Schriftform. Sind Änderungen mit Minder- oder Mehrpreisen verbunden, sind dem Auftraggeber förmliche Nachtragsangebote vorzulegen.

1.5.2 Sicherheitseinbehalt

Unabhängig von den im Leistungsverzeichnis vereinbarten Vergütungen für die Bestandsunterlagen wird der Fertigstellungsgrad bis zur vollständigen Vorlage der Dokumentation (ggf. einschl. mängelfreier Sachverständigenabnahme) mit maximal 95% gewertet. Der Auszahlungsbetrag von Abschlags- oder Schlusszahlungen wird entsprechend berechnet.

1.5.3 Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen des Auftraggebers dürfen vom Bieter ausschließlich im Rahmen dieses Vergabeverfahrens verwendet werden. Sie dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden, auch nicht in Auszügen oder Teilen.

Der Bieter sichert mit der Abgabe seines Angebots zu, dass er die im Rahmen des Angebotsverfahrens erlangten Kenntnisse vertraulich behandelt und keinem Dritten zur Kenntnis bringt. Darüber hinaus sichert er zu, dass alle eingesetzten Mitarbeiter auf Vertraulichkeit verpflichtet wurden und dass er im Falle der Auftragserteilung eine projektbezogene Vertraulichkeitserklärung unterzeichnet und einhält.

2 BESCHAFFUNGSGEGENSTAND

Dieser Abschnitt gibt eine allgemeine und spezifische Übersicht zu den einzelnen Beschaffungsgegenständen und den funktionalen Anforderungen im Zusammenwirken innerhalb des Gesamtsystems.

Die spezifischen Leistungen von einzelnen Komponenten werden in den untergeordneten Abschnitten und im Leistungsverzeichnis / Preisblatt beschrieben.

Weitere Inhalte sind die Themen zur Projektorganisation und den Serviceleistungen.

2.1 IT-Grundschutz

Der AG fordert in die Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen in Anlehnung nach BSI IT-Grundschutz zur Erfüllung des Schutzbedarfs (siehe 1.1.4).

Um diese Anforderungen zu erfüllen sind umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen im IT-System zu implementieren. Für die Erfüllung der technischen und durch seine Dienstleistung bedingten organisatorischen Maßnahmen des Beschaffungsgegenstands (Bausteine APP, SYS und NET) dieser Ausschreibung muss der Auftragnehmer die notwendigen Leistungen (z.B. Härtung von Betriebssystemen, Verwendung von Plug-ins und Erweiterungen).

Der Auftragnehmer muss spätestens bis zum Beginn des Betriebs anhand der Checklisten des IT-Grundschutz für die anzuwendenden Bausteine nachweisen, dass er den geforderten Schutzbedarf der gelieferten Komponenten gemäß BSI IT-Grundschutz gewährleisten kann. Der AG behält sich vor, dies durch ein Third-Party-Audit zu prüfen.

Die Bausteine und Checklisten können für die Betrachtung der Aufwände zur Angebotskalkulation über die Webseite des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik kostenfrei abgerufen werden.

2.2 Medientechnik

Die nachfolgende Abbildung zeigt das Schema der Medientechnik, welches die Verortung der zu liefernde Hard- und Software sowie zu integrierenden Beistellungen (Schnittstellen, Komponenten) darstellt.

Das Schema sowie die nachfolgenden Beschreibungen bis einschließlich Abschnitt 2.2.3 BaBackup/Datensicherung beinhalten Anforderungen, die das Leistungsverzeichnis ergänzen.

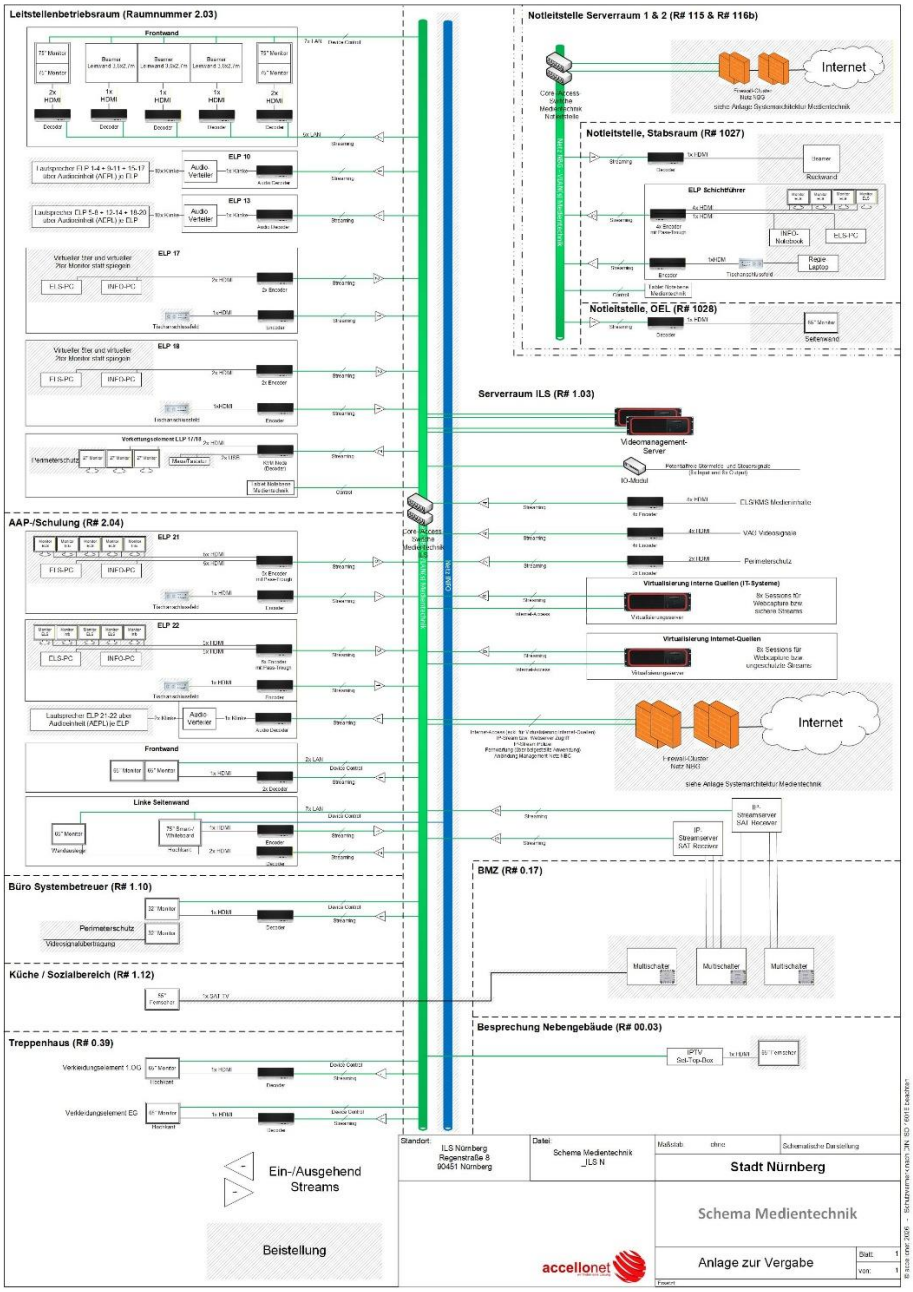


Abbildung 1: Schema Medientechnik

Die Abbildung ist zur besseren Lesbarkeit als Anlage den Vergabeunterlagen beigefügt.

Die Medientechnik wird als „System“ innerhalb des sogenannten Netz Nürnberg (Netz NBG) betrieben.

Das Netz NBG stellt dabei auch funktional notwendige Beistellungen wie die Fernwartung, den Zugriff auf Inhalte aus anderen Systemen und Netzen sowie dem Internet über Sicherheitsgateways (Firewalls und teilweise Proxy-Server).

Im Netz NBG befinden sich auch Beistellungen, in welche das System Medientechnik durch den AN Medientechnik einzubinden ist:

- Backup/Datensicherung
- Monitoring
- Logserver inkl. Security Information and Event Management (SIEM)

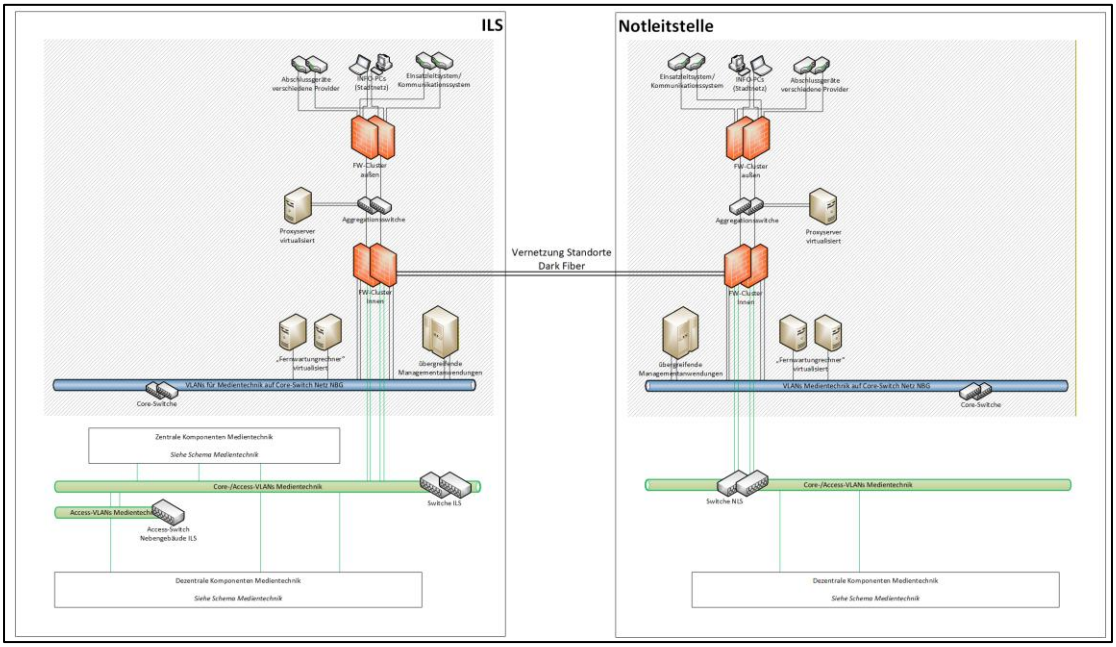


Abbildung 2: Systemarchitektur Medientechnik

Die Abbildung ist zur besseren Lesbarkeit als Anlage den Vergabeunterlagen beigefügt.

2.2.1 Netzwerkzonen

Aus sicherheits-, funktionalen und Lokationsgründen werden Zonen innerhalb der dargestellten Systemarchitektur gebildet.

Die Zonen werden durch VLANs auf der aktiven Netzwerktechnik abgebildet und begrenzen die Medientechnik als „System“ innerhalb des Netz NBG bzw. unterteilen Bereiche für definierte Komponenten der Medientechnik.

2.2.2 Netzwerkswitche

Die vom AN Medientechnik zu liefernden Switches zur Anbindung des zentralen und dezentralen Elementes werden als Access-Switche ILS, Access-Switch Nebengebäude ILS oder Access-Switch Notleitstelle bezeichnet.

Das Netzwerk der ILS muss Quality of Service (QoS) unterstützen. Der Datenverkehr im Netzwerk der ILS ist gemäß IEEE 802.1Q und DiffServ zu klassifizieren und zu priorisieren. Insbesondere sind Sprach- und Datenverbindungen mit Echtzeitverkehr gegenüber anderen Verbindungen (z.B. Backup) zu priorisieren.

Die Switches müssen in allen Funktionen über ein zentrales Netzwerk- und Systemmanagement überwacht werden können. Die Administration der Switches muss webbasiert oder per Command Line Interface (CLI) über ein getrenntes Managementnetz (VLAN Management) erfolgen.

Das softwarebasierte Netzwerk- und Systemmanagement der Switche kann auf Anforderung vom AN Medientechnik auf den Virtualisierungsumgebungen des Netz NBG gehostet werden. Das Netz NBG stellt dann notwendigen VMs mit Zugriffen auf das VLAN Management bereit.

2.2.3 Backup/Datensicherung

Neben einem internen Backup bzw. einer internen Datensicherung innerhalb der Anwendungen bzw. der verschiedenen Komponenten müssen zur Erfüllung der Anforderungen die Backups/Datensicherungen auf den beigestellten Backupserver gesichert werden:

- Tägliche Sicherung der Anwendungen der Medientechnik (Medienmanagement,

Applikationen, Presets, Konfigurationen, etc.) bzw. der verschiedenen Systeme/Komponenten der Medientechnik

- Diese Vorgabe gilt jeweils für alle (Sub-)Server, Anwendungen und Dienste der Medientechnik, wobei in begründeten Fällen davon abgewichen werden kann, solange sichergestellt ist das die Medientechnik vollständig wieder bedienbar wird
- Zugriff auf die Sicherungen besteht „von der Medientechnik aus“ 28 Tage

Der beigestellte Backupserver bietet mit der Software Veeam Data Platform der Medientechnik drei Möglichkeiten:

- Full VM-Backup (komplette Server),
- Agent-basierte Backups (Sicherungen aus dem Betriebssystem eines Servers heraus),
- Datensicherung über „freigegebene Laufwerke“ (Sicherungen werden von den Anwendungen/Diensten der Medientechnik auf definiertes Pfaden im Backupserver abgelegt).

Für den Fall eines vollständigen Verlustes ist durch den AN im Rahmen des Pflichtenheft ein Datensicherungs- und Recoverykonzept vorzulegen, dass die möglichst schnelle Wiederherstellung der Funktion der fehlerhaften Komponente gewährleistet. Dabei sind auch Desaster-Recovery-Fälle einzubeziehen. Die Zeit zwischen einem Komplett-Restore und dem möglichen Wiederherstellen der Betriebsbereitschaft muss minimalst gehalten werden.

2.2.4 Administration / Bedienung Hardware Server

Für die administrative Bedienung der verschiedene Hardwareserver und -komponenten in den Technikräumen werden Administrationsterminals mit KVM-Switchen und zugehörigen Adapter bzw. Kabelpeitschen beigestellt.

2.2.5 Integration DCF-Uhrzeit-Normal ILS und Not-ILS

Über die Firewalls des Netz NBG wird für die Uhrzeitsynchronisation, über NTP über einen Netzwerkanschluss einer Funkuhr beigestellt und ist zur Synchronisation aller technischen Komponenten zu integrieren. Die zentralen Firewall-Systeme im Netz NBG sind hierbei als Zielserver für die Zeitnormale zu verwenden.

2.3 Projektmanagementleistungen

2.3.1 Projektleitung

Vom Lieferanten sind Projektmanagementleistungen gefordert. Dazu gehören nachfolgend definierte Einzelleistungen, die über die gesamte Projektlaufzeit, d.h. von Auftragsvergabe bis zur Abnahme, zu erbringen sind.

Es sind folgende Einzelleistungen gefordert:

- Projektstatusbesprechungen: während der Projektlaufzeit finden regelmäßige Projektstatusbesprechungen als Video-Konferenz oder vor Ort (in Abhängigkeit der Lage) statt. Die Projektleitung der Medientechnik muss an den Statusbesprechungen teilnehmen.
- Technische Besprechungen: Die zur Klärung einzelner technischer und/oder organisatorischer Fachfragen notwendigen Besprechungen werden nach Bedarf zwischen der Projektleitung des Auftraggebers, weiteren Projektbeteiligten und der Projektleitung des Auftragnehmers festgelegt.
- Berichtswesen:

- Protokolle: Zu technischen Besprechungen sind durch den Auftragnehmer innerhalb von 5 Tagen entsprechende Protokolle zu erstellen und zu verteilen.

2.3.1.1 Information

Der AG muss jederzeit über den Fortschritt der Arbeiten informiert sein.

Vor jedem Eingriff in das in Betrieb befindliche System sind entsprechende Unterlagen mit einer Darstellung der möglichen betrieblichen Beeinflussung, der Risikofaktoren und der Sicherungsmaßnahmen vorzulegen.

Auch bei einer nicht durch den AN verursachten Unterbrechung informiert sich der AN über den jeweiligen Projektstand und die Möglichkeit der Fortführung seiner Arbeiten.

2.3.1.2 Change Requests

Alle im Laufe der Projektrealisierung zwischen den Projektleitern abgestimmten notwendigen Änderungen zu den Vergabeunterlagen und dem Pflichtenheft bedürfen der Schriftform (Change Request). Der AN legt diese schriftlich dem AG unter Angabe der Mehrung, Minderungen, Kosten zur Zustimmung bzw. Beauftragung vor.

2.3.1.3 Abnahme

Die erbrachten Leistungen sind zur Abnahme so zu präsentieren, dass eine einwandfreie Einsichtnahme und Überprüfung möglich sind. Nachweise der erbrachten Leistungen sind vom Auftragnehmer zu erstellende Abrechnungspläne und Aufmaßblätter.

Nur die durch das Aufmaß bzw. die Abrechnungspläne sich ergebenden Festmaße und Mengen werden in Ansatz gebracht.

Der Auftraggeber verlangt eine förmliche Abnahme mit schriftlicher Abnahmedokumentation.

Die Abnahme selbst beinhaltet unter anderem die Leistungsfeststellung, das Abnahmeprotokoll und ggf. die Dokumentation von nachzuarbeitenden Leistungen (Restpunkteliste).

Eine wirksame Abnahme durch konkludentes Handeln des Auftraggebers wie etwa durch Nutzung oder Teilnutzung scheidet aus.

Nach der Abnahme beginnt die gesetzliche Gewährleistungsphase.

3 UMSETZUNG DES VORHABENS

Die Bereitstellung und die Serviceleistungen des ausgeschriebenen IT-Systems sind Bestandteil des Gesamtvorhabens „Hardwaretausch“. Diese Teilschritte werden in nachfolgende Phasen eingeteilt und erfolgen in zeitlicher und inhaltlicher Abstimmung mit allen anderen Teilen des Gesamtvorhabens.

Das Projektmanagement für die Erbringung der eigenen Leistungen wird verantwortlich vom AN erbracht. Die Leitung und Steuerung des Gesamtvorhabens werden verantwortlich durch den AG erbracht.

Gegenseitige Beeinflussungen insbesondere die Abhängigkeit von der parallelen Erneuerung des Einsatzleitsystem und Kommunikationstechnik Leitstelle können für die Abnahme von Schnittstellen der Medientechnik vom AG nicht ausgeschlossen werden.

Im Folgenden wird die Vorgehensweise zur Umsetzung des Projekts skizziert.

3.1 Phasenplan der Projektdurchführung

Die Arbeiten des AN beginnen unmittelbar nach Zuschlagserteilung. Hierzu ist ein Kick-Off-Meeting gemeinsam mit dem AG durchzuführen. Der AN erwartet die finale Terminabstimmung zur Durchführung des Kick-Off-Meetings innerhalb von einer Woche nach Auftragserteilung und die Durchführung des Kick-Off-Meetings innerhalb von zwei Wochen ab Auftragserteilung.

Zu diesem Meeting hat der Auftragnehmer folgende Projekteigenschaften vorzubereiten und vorzustellen:

- Projektorganisation beim Auftragnehmer und Schnittstelle(n) zum Auftraggeber
- Projektplanung mit verbindlichen Liefer- und Installationsterminen auf Basis des EVB-IT Systemvertrages
- Erwartete Mitwirkungen und Beistellungen des Auftraggebers

  In der gemeinsamen Diskussion werden dann offene Fragen behandelt und Klärungs- und Entscheidungsprozesse angestoßen. Die aus dem Kick-Off-Meeting resultierenden Aktionen werden gemeinsam vereinbart, dazu gehört u.a. die Erstellung einer Feinspezifikation. Der Auftragnehmer erstellt ein detailliertes Protokoll des Kick-Off-Meetings.

Das Projekt wird in Phasen durchgeführt, eine Phase kann mehrere Arbeitspakete beinhalten. Generell gilt, dass Voraussetzung für den Beginn jedes Arbeitspakets die Freigabe durch den AG von dafür notwendigen Ergebnissen aus den vorhergehenden Phasen ist.

Phase	Inhalt
Kickoff	
Ph-01	Pflichtenheft
Ph-02	Bereitstellung und Herstellung der Betriebsbereitschaft
Ph-03	Inbetriebnahme
Probebetrieb	
Abnahme	

Tabelle 1: Phasen sind im Projekt

3.2 Phase 01: Pflichtenheft

Mit dem Start der Phase 01 erstellt der Auftragnehmer ein Pflichtenheft, auf Basis der Vergabeunterlagen und eines Workshops mit Mitarbeitern des Auftraggebers, welches detailliert die technische Umsetzung der Anforderungen des AG beschreibt.

Nach Abschluss der Erstellung legt der AN das Pflichtenheft dem AG zur Freigabe vor. Das Pflichtenheft wird durch den AG auf Plausibilität und offensichtliche Fehler bzw. Inkompatibilitäten geprüft, ggf. in einem iterativen Vorgehen auf Verlangen des AG durch den AN nachgearbeitet, korrigiert und nochmals vorgelegt und abschließend durch den AG freigegeben.

Das Pflichtenheft muss mindestens enthalten:

- Liefertermine und Installationsabläufe
- Systemarchitektur inkl. angebundener Fremdsysteme und Bereitstellung des AG
- Festlegungen, Funktionsumfang, technische Realisierungsdetails und Umsetzung zu internen und externen Schnittstellen
- Anforderungen an die Beistellungen des AG
- IP / VLAN / UDP - IP Portanforderungen
- Installationsverfahren
- Sicherungen/Backup der Komponenten
- Verfahren zu Änderungen der Programmstände
- Berechtigungskonzept und Benutzerverwaltung inkl. Festlegung der benötigten Rollen und zugehörigen Rechte
- Testfälle zur Feststellung der Verfügbarkeit und Funktionalität der Medientechnik
- Servicekonzept mit Bezug auf den Eigenbetrieb durch den AG

Falls sich im Laufe der Projektabwicklung funktionale Änderungen an dem Pflichtenheft ergeben, werden diese nach Abstimmung mit dem AG durch den AN nachgearbeitet und durchlaufen einen verkürzten Freigabeprozess.

Hinweis: Das Pflichtenheft wird über die gesamte Projektlaufzeit das zentrale Dokument zur Definition der Realisierungsdetails aller in der Leistungsbeschreibung geforderten Funktionen sein.

Nach Abschluss des Projektes wird es Bestandteil der Systemdokumentation.

3.3 Phase 02: Bereitstellung und Herstellung der Betriebsbereitschaft

Nach Freigabe des Pflichtenheft beginnt die Bereitstellung und Herstellung der Medientechnik bis zur Betriebsbereitschaft.

Hierzu gehören:

- Bestellung, Materialisierung, Lieferung, Inventarisierung aller neuen Komponenten (SW und HW)
- optionale Vorkonfiguration
- Installation, Konfiguration, Parametrierung, ggf. Anpassungen Hard- und Software einschließlich der übergreifenden Schnittstellen sofern gefordert lt. Pflichtenheft
- Unterstützung der Beistellungen des AG

- Interne Tests durch den AN
- Schulung der Administratoren
- Übergabe der Systemdokumentation

Nach Meldung der Betriebsbereitschaft durch den AN wird die Medientechnik durch den AG getestet. In den Tests des AG festgestellte Mängel sind durch den AN zu korrigieren.

Innerhalb bzw. zum Abschluss des Tests (und möglicher Mängelbeseitigungen) sind die Inhalte der Phase 02:

- Aktive Begleitung der Tests und Überprüfung der Systemstabilität
- Optimierung einzelner Komponenten nach Abstimmung mit dem AG
- Fortschreibung der Systemdokumentation

3.4 Phase 03: Inbetriebnahme

Die Phase 03 stellt die Inbetriebnahme der Medientechnik inklusive der Umschaltung bestehender/beigestellter Komponenten da.

3.4.1 Standortbezogene Teilleistungserbringung in der Phase 03

Durch die Einschränkung der nicht vollumfänglichen Inbetriebnahme der gesamten Medientechnik wird es zwei Inbetriebnahme geben.

Bei der Inbetriebnahme der ILS wird die zentrale und dezentrale Infrastruktur am Strandort der ILS sowie so weit von den Beistellungen möglich die zentrale Infrastruktur am Standort der NLS in Betrieb genommen. Nach Inbetriebnahme der ILS nutzt die Leitstelle die Medientechnik vollständig.

Bei der zweiten Inbetriebnahme wird die bereits laufende Medientechnik um fehlende Elemente am Standort der NLS ergänzt.

3.5 Probebetrieb und Abnahme

Nach Abschluss der Phase 03 findet ein 4-wöchiger Probebetrieb (Prüfung der Medientechnik im echten Betrieb) durch den AG statt, in dessen Rahmen gefunden Mängel an der Medientechnik inklusive der Anschaltung bestehender/beigestellter Komponenten, als Inhalt der Vertragserfüllung durch den AN zu beseitigen sind.

Der erfolgreiche Abschluss des Probebetriebs ist Voraussetzung für die Abnahme. Hierbei gilt: Der Probebetrieb ist nicht erfolgreich, wenn betriebsverhindernde Mängel aufgetreten sind, die nicht innerhalb der Wiederherstellungszeiten gemäß EVB-IT Systemvertrag endgültig beseitigt werden können. In diesem Fall verlängert sich der Probebetrieb entsprechend.

Mit der Abnahme beginnen der Systemservice gemäß EVB-IT Systemvertrag als Leistung der LV-Positionen Systemservice.

3.6 Termin- und Leistungsplan

Der zeitliche Ablauf des Projektes wird anhand des Phasenplans der Projektdurchführung definiert. Der Termin- und Leistungsplan findet sich im Abschnitt 8 des EVB-IT Systemvertrags. Der Bieter bestätigt mit der Abgabe seines Angebotes die Einhaltung der Terminkette und Einzelfristen.

Eine deutliche Überschreitung der Terminkette oder der Einzelfristen, die zu Lasten des Auftragnehmers geht, berechtigt den Auftraggeber zu einer Kündigung des Auftrages über die Lieferung des Gesamtsystems. Der Auftragnehmer hat im Falle einer solchen Vertragskündigung keinen Anspruch auf Vergütung erbrachter Leistungen und bleibt Eigentümer seines Systems.

3.7 Zusammenarbeit im Projekt

Vom AG und vom AN ist jeweils eine Projektleitung und eine Vertretung zu benennen. Die Projektleitung des AG verantwortet die Koordination der Beistellungen des AG im gesamten Projektablauf.

Die Projektleitung des AG koordiniert eventuell notwendige Mitwirkungsleistungen durch weitere Mitarbeiter des AG. Mitwirkungsleistungen des AG erfolgen zeitnah. Festlegungen zu Bearbeitungszeiten und Terminen, bspw. für Dokumentenreviews oder Freigaben, werden den Notwendigkeiten der Projektumsetzung entsprechend in Absprache mit dem AN getroffen und bereits in der Feinspezifikation festgelegt.

Leistungsverzeichnis
Medientechnik

Bedarfsträger	Stadt Nürnberg - Feuerwehr - Regenstr. 4 90451 Nürnberg	
Liegenschaften	Integrierte Leitstelle Nürnberg Regenstr. 8 90451 Nürnberg	Notleitstelle ILS Nürnberg - Nürnberg

Inhaltsverzeichnis

01.	**Zentrale Infrastruktur**	**3**
02.	**Dezentrale Infrastruktur**	**8**
02.01.	Betriebsraum ILS	8
02.02.	AAP/Schulung - ILS	13
02.03.	Systembetreuerbüro ILS	18
02.04.	Küche ILS	20
02.05.	Treppenhaus ILS	21
02.06.	Besprechungsraum Nebengebäude ILS	22
02.07.	Stabsraum und OEL NLS	23
02.08.	Serverräume ILS und NLS	25
03.	**Sonstige Dienstleistungen**	**27**
04.	**Systemservice**	**28**

01. Zentrale Infrastruktur

01.00.0010. Videomanagementserver (Mediensteuerungszentrale)

Für die Steuerung, Übertragung und Visualisierung der Medientechnik ist ein frei programmierbarer Videomanagementserver (alternativ Medienzentrale genannt) vorzusehen.
Diese soll alle benötigten Komponenten und Schnittstellen der vorliegenden Ausschreibung bzgl. Bild- und Ton-Technik unterstützen.

Funktional muss das System in der Lage sein, wahlfrei die Übertragung beliebiger Quellensignale (Eingangssignale) zu allen Signalsenken (Ausgabegeräte) einzeln oder in Gruppen zu ermöglichen.
Dabei werden flexible Splittingfunktionen gefordert, die die Darstellung mehrerer Quellensignale auf einem Ausgabegerät sowie die Darstellung eines Quellensignales verteilt auf mehreren Ausgabegeräten zulässt.

Die Multimediazentrale einschließlich der Datenhaltung ist redundant auszulegen, so dass bei Ausfall zentraler Komponenten der Betrieb sichergestellt werden kann.

Die Konfiguration und Bedienung der Managementserver bzw. der Quellen/Senken Anordnung hat über eine webbasierte Oberfläche zu erfolgen.
Quellen/Senken Anordnung mit kundenspezifischen Oberflächen, die Bedienung über Gesten, Wischen, Drag&Drop, frei gestaltbare Buttons, Slider, Einbindung von Grafik-Dateien, animierten Rückmeldungen, Meta-Daten, Auswahllisten, etc. unterstützt.

Systemanforderungen:

1. Technische Auslegung
- redundante Systemauslegung mit automatischem Backup der zentralen Steuer-und Management-Funktionen
- Signalübertragung und Verteilung (Zeitverhalten) ohne wahrnehmbare Latenz
- Überwachung und Arbitrierung der Redundanzkonfiguration
- Doppelstromversorgung USV 1 / USV 1 der zentralen Funktionseinheiten
- vollständig IP-basierte, skalierbare (erweiterungsfähige) Systemarchitektur
- redundante Netzwerkschnittstelle
- Betriebstemperatur 5 bis 45 Grad
- Luftfeuchtigkeit 10 - 90 %

2. Verwaltung aller Signal-Quellen und -Senken
- native Auflösung
- Managing Betriebs-Zustände der Komponenten (An / Aus)
- Fehler- und Zustandsüberwachung der Komponenten, SNMP Überwachung aller Komponenten der Multimedia-Zentrale
- Error-Reporting, SNMP Interface für das Networkmanagement

3. Verwaltung der Visualisierung
- frei definierbare kundenspezifische Szenarien zur Verschaltung von Quellen und Senken
- Definition von Split-Darstellungen, d.h. Anzeige mehrere Quellen auf einer Signal-Senke sowie eine Quellen auf mehreren Senken
- Definition von Scaler-Umrechnungen bei unterschiedlichen Auflösungen von Quellen und Senken

4. Steuerung und Funktionen
- Encoder an den Signal-Quellen
- Decoder an den Signal-Senken
- Steuerung und Erzeugung von Bildschirmausschnitten aus beliebigen Quellensignalen
- Steuerung und Erzeugung der Splitt-Darstellungen auf den Ausgabegeräten aus beliebigen Quellensignalen, einschließlich von Bildausschnitten

- skalierbare, mehrstufige Splitting Funktionen (mehrere Quellen auf einer Senke; mehrere Senken einer Quelle)
- Rollenkonzept mit individuellen Benutzerprofile und Rechtevergabe

Lieferumfang:
- inkl. aller HW- und SW-Komponenten
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- erforderliche Montagematerial und Verkabelung im beigestellten Serverschränken

1,000 psch

01.00.0020. Applikationsserver Virtualisierung Web-Quellen

Applikationsserver zur Einbindung von webbasierte Inhalten als Quellen für die Medientechnik

Anforderungen:
- dedizierte Server / Appliance
- mind. 8 Web-Quellen (Websites, Capture von Websites, Dashboards, Bild- und PDF-Dateien, RTP-Streams)
- Quellauflösung 720p, Full-HD und UHD auch in Kombination
- Unterstützung für Statische und Dynamische Inhalte mit mind. 30 FPS
- direkte IP-basierte Einspeisung der Quellen in die Medientechnik
- Sichere Softwareumgebung zur Trennung der einzelnen Quellen untereinander und zum Netz Medientechnik
- Einfache webbasierte Konfiguration (intuitive UX)
- Doppelstromversorgung USV 1 / USV 1
- redundante Netzwerkschnittstelle
- Betriebstemperatur 5 bis 45 Grad
- Luftfeuchtigkeit 10 - 90 %

Lieferumfang:
- inkl. aller HW- und SW-Komponenten
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- erforderliche Montagematerial und Verkabelung im beigestellten Serverschränken

2,000 St

01.00.0030. IP-Streamserver SAT Receiver

IP-Streamserver SAT Receiver (alternativ SAT>IP Server / Converter genannt) für die parallele Bereitstellung von mehreren SAT-TV/-Radio als Senken in der Medientechnik

Anforderungen:
- Datenübernahme / Streaming TV- und Radiosignalquellen DVB-SAT Budget-Aufbereitung
- DVB-S2
- Komprimierung: H.264, M-JPEG
- Auflösung: bis zu UHD
- Integration Programmliste
- Ausgabe von 6 gleichzeitigen Kanälen (6 TV-/Radio-Kanäle abrufbar "unbegrenzt" durch Decoder)
- Präsentation TV / Audio an beliebigen Senken der Medientechnik, Wahl zwischen den bereitgestellten Kanälen = Quellen über Quellen/Senken Anordnung in der Medientechnik
- Umschaltung der Kanäle mindestens über Touch-Bediengeräte, webbasierte Oberfläche und IPTV Set-Top-Boxen / IPTV Clients
- Sperre von einem, mehreren oder allen Tunern zur Blockierung der Umschaltung durch IPTV Set-Top-Boxen / IPTV Clients bzw. Konfiguration fester Kanäle auf einem, mehreren oder allen Tuner
- Betriebstemperatur 5 bis 45 Grad

- Luftfeuchtigkeit 10 - 90 %

Lieferumfang:
- inkl. aller HW- und SW-Komponenten
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- erforderliche Montagematerial und Verkabelung im beigestellten Serverschränken

2,000 St

01.00.0040. Software Decoder UHD

Softwarebasierter Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen der Multimediazentrale auf beigestellten PCs mit Windows Betriebssystemen

Die beigestellten PCs befinden sich in einem anderen Netzwerk, die Bereitstellung der Quellen erfolgt somit über das beigestellte Firewall-Cluster vom Netz Nürnberg (Netz NBG).
Die Medientechnik bzw. der Videomanagementserver muss die Quellen hierzu als abrufbare Streams bereitstellen.
Mehrkosten für die Nutzung dieses Software Decoder am Videomanagementserver oder sonstigen Komponenten sind in die Position einzukalkulieren.

Technische Ausführung:
- Software Decoder für Windows Betriebssysteme (Windows 11)
- Anzeige einer ausgewählten Quelle im Fenstermodus oder Vollbild
- Auswahl der möglichen Quelle über sich selbst aktualisierende oder manuelle einzuspielende Liste
- Videosignal in Auflösung bis 3840 x 2160 UHD
- Audiosignal als Stereosignal

Lieferumfang:
- Software
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte

Der Bieter kann für die Erfüllung eine am Markt frei verfügbare Software (z.B. VLC-Player) oder ein in Windows integrierte Software (Medienwiedergabe) in Kombination mit RTSP/HTTP oder vergleichbaren Streams verwenden.

1,000 St

01.00.0050. Software Decoder Full-HD

Softwarebasierter Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen der Multimediazentrale auf beigestellten PCs mit Windows Betriebssystemen

Die beigestellten PCs befinden sich in einem anderen Netzwerk, die Bereitstellung der Quellen erfolgt somit über das beigestellte Firewall-Cluster vom Netz Nürnberg (Netz NBG).
Die Medientechnik bzw. der Videomanagementserver muss die Quellen hierzu als abrufbare Streams bereitstellen.
Mehrkosten für die Nutzung dieses Software Decoder am Videomanagementserver oder sonstigen Komponenten sind in die Position einzukalkulieren.

Technische Ausführung:
- Software Decoder für Windows Betriebssysteme (Windows 11)
- Anzeige einer ausgewählten Quelle im Fenstermodus oder Vollbild
- Auswahl der möglichen Quelle über sich selbst aktualisierende oder manuelle einzuspielende Liste
- Videosignal in Auflösung bis 1920x1080 Full-HD
- Audiosignal als Stereosignal

Lieferumfang:
- Software
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte

Der Bieter kann für die Erfüllung eine am Markt frei verfügbare Software (z.B. VLC-Player) oder ein in Windows integrierte Software (Medienwiedergabe) in Kombination mit RTSP/HTTP oder vergleichbaren Streams verwenden.

1,000 St

01.00.0060. Core-/Access-Switch, 48 Port PoE Plus

Kompakter managed Ethernet Switch 1000Base-T Gigabit mit 48 Ports nach dem Netzwerkstandard IEEE 802.3at Typ 1 und Typ 2

Alle Ports müssen über PoE+ mit 34,2 Watt pro Kanal verfügen. Eine Integration in ein vorhandenes Monitoring soll mittels SNMP erfolgen.
Die Parametrierung soll über ein Web-Interface erfolgen. Alle relevanten Daten sollen über das Netzwerk an die Mediensteuerungszentrale übergeben werden, so dass diese an den Bedienmedien visualisiert werden können.

Für jeden Ausgang muss die gewünschte PoE-Versorgung über die Steuerung geschaltet werden können.

Die Switche sind zur Schaffung einer Redundanz in unterschiedlichen Serverschränken montiert, für das Stacking müssen LWL-Verbindungen verwendet werden

Technische Ausführung:
- 48 Ports mit 10/1001000 Base/T Ethernet, IEEE 802.3at PoE+ (34,2 Watt/48V)
- 4x Uplink-Port >= 10 Gigabit mit SFP-Transreceiver Duplex-LC (für Stacking und Verbindung zu Firewall Netz Nürnberg)
- Web interface
- Echtzeitmonitoring
- Standards: IEEE 802.3, 802.3u, 802.3x, 802.3ab und 802.3af
- Betriebstemperatur 5 bis 45 Grad
- Luftfeuchtigkeit 10 - 90 %

Lieferumfang:
- Switch
- inkl. redundante Stromversorgung (Doppelnetzteil)
- inkl. Montagematerial und Verkabelung im beigestellten Serverschränken
- inkl. Konfiguration

2,000 St

01.00.0070. Core-/Access-Switch, 24 Port PoE Plus

Kompakter managed Ethernet Switch 1000Base-T Gigabit mit 24 Ports nach dem Netzwerkstandard IEEE 802.3at Typ 1 und Typ 2

Alle Ports müssen über PoE+ mit 34,2 Watt pro Kanal verfügen. Eine Integration in ein vorhandenes Monitoring soll mittels SNMP erfolgen.
Die Parametrierung soll über ein Web-Interface erfolgen. Alle relevanten Daten sollen über das Netzwerk an die Mediensteuerungszentrale übergeben werden, so dass diese an den Bedienmedien visualisiert werden können.

Für jeden Ausgang muss die gewünschte PoE-Versorgung über die Steuerung geschaltet werden können.

Die Switche sind zur Schaffung einer Redundanz in unterschiedlichen Serverschränken montiert, für das Stacking müssen LWL-Verbindungen verwendet werden

Technische Ausführung:
- 24 Ports mit 10/1001000 Base/T Ethernet, IEEE 802.3at PoE+ (34,2 Watt/48V)
- 4x Uplink-Port >= 10 Gigabit mit SFP-Transreceiver Duplex-LC (für Stacking und Verbindung zu Firewall Netz Nürnberg)
- Web interface
- Echtzeitmonitoring
- Standards: IEEE 802.3, 802.3u, 802.3x, 802.3ab und 802.3af
- Betriebstemperatur 5 bis 45 Grad
- Luftfeuchtigkeit 10 - 90 %

Lieferumfang:
- Switch
- inkl. redundante Stromversorgung (Doppelnetzteil)
- inkl. Montagematerial und Verkabelung im beigestellten Serverschränken
- inkl. Konfiguration

2,000 St

02. Dezentrale Infrastruktur

02.01. Betriebsraum ILS

02.01.0010. Beamer UHD

Beamer, UHD

Eigenschaften:
- verfügbare Projektionsfläche 360 x 270 cm
- vorgesehene Projektion Breite von 3,40 m der verfügbaren Projektionsflächen
- Projektionsabstand 6,35m (Mitte Halterung - Projektionsfläche)
- Laser oder LED Technik
- V Lens-Shift bis zu 30 %
- Auflösung 3840x2160 UHD
- Helligkeit mind. 5000 Lumen
- 24/7
- Flüsterleise, weniger als 30 dB(A)
- Temperaturbetriebsbereich 5 - 35°C
- für Überkopf-Montage an Deckenhalterung geeignet
- Lebensdauer Lichtquelle >= 20.000 Stunden

Systemeingänge:
- 2x HDMI
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x Audioausgang

Lieferumfang:
- Beamer
- Fernbedienung
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 3m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 5m

3,000 St

02.01.0020. Beamer WUGXA

Beamer, WUGXA

Eigenschaften:
- verfügbare Projektionsfläche 360 x 270 cm
- vorgesehene Projektion Breite von 3,40 m der verfügbaren Projektionsflächen
- Projektionsabstand 6,35m (Mitte Halterung - Projektionsfläche)
- Laser oder LED Technik
- V Lens-Shift bis zu 30 %
- Auflösung 1.920x1.200 WUXGA
- Helligkeit mind. 5000 Lumen
- 24/7
- Flüsterleise, weniger als 30 dB(A)
- Temperaturbetriebsbereich 5 - 35°C
- für Überkopf-Montage an Deckenhalterung geeignet
- Lebensdauer Lichtquelle >= 20.000 Stunden

Systemeingänge:

- 2x HDMI
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x Audioausgang

Lieferumfang:
- Beamer
- Fernbedienung
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 3m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 5m

1,000 St

02.01.0030. Monitor 75" UHD

Technische Ausführung:
- LCD mit LED Hintergrundbeleuchtung (Direct lid LED)

Abmessungen und Auflösung:
- 75" LED Display
- 3840x2160 UHD
- Stegbreite (Bild-zu-Bild) <= 40 mm

Eigenschaften:
- 24/7
- Leuchtstärke: mind. 500 cd/m2
- Kontrast mind. 4000:1
- Farbtiefe: 10 bit
- Blickwinkel (O/U/L/R): 89/89/89/89°
- eingebaute Stereo- Lautsprecher > 2x 5W
- VESA Halterung/Aufnahme
- Leistungsaufnahme (Betrieb / Standby): max. 200W / max. 0.5 W
- Steuerung (inkl. on/off- Funktion) und Konfiguration über Netzwerk
- integriertes Netzteil für 230V Versorgung
- schwarzes Gehäuse

Schnittstellen:
- 2x HDMI
- 1x DisplayPort
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x Klinke 3,5mm Audioausgang

Lieferumfang:
- Monitor
- Fernbedienung
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 1,5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 1,5m

4,000 St

02.01.0040. Wandhalterung für Monitor 75"

Halterungen zur Montage und Ausrichtung des angebotenen 75" Monitors an einer tragfähigen Wand

- VESA Aufnahme für Wechsel von Monitor bei späteren Austausch (Defekt, Wartung, etc.)
- einstellbare Nivellierung +- 3° (für Korrektur zur Montage)

- einstellbare Neigung + 0° bis - 15°
- einstellbare Winkel +- 45°
- wartungsfreundliche Montage und Demontage des Monitors

inkl. Schraub- und Kleinmaterial

4,000 St

02.01.0050. Decoder UHD, 1-fach

Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage an einem Monitor oder an einem Beamer oder an der Wand entsprechend Festlegung im Pflichtenheft

3,000 St

02.01.0060. Decoder UHD, 2-fach

Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 2x HDMI 3840x2160 UHD

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage an einem Monitor oder an einem Beamer oder an der Wand entsprechend Festlegung im Pflichtenheft

2,000 St

02.01.0070. Decoder Audio mit Audioverteiler/-Splitter, 10-fach

Decoder für Empfang von Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe des Audio-Signal

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- in Summe maximal 2 HE mit einer Tiefe von 400 mm verfügbar
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb
- alle Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- Audiosignal muss mit ausreichender Leistung (>= Leistung bei Abgriff aus En-/Decoder) und gleichem Pegel am Ende der Anschlusskabel Klinke ankommen

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 1x Audioausgang mit nachgeschalteten Baustein Audioverteiler-/splitter zur parallelen Bereitstellung des Eingangssignal an bis zu zehn Ausgängen
  oder
  10x Audioausgang

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel 10x Audioausgang auf Klinke 3,5 mm (bis zu 12 m)
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Anschlusskabel 230V (wenn keine Versorgung über POE)
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

2,000 St

02.01.0080. KVM Node Decoder UHD, 2-fach

KVM Node Decoder mit KVM-Bedienungsfunktion für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen
sowie Wandlung und Übertragung der Maus/Tastatur-Eingaben zur Steuerung von KVM-Encodern bzw. daran angebundenen Senken

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- alle Bedienbefehle müssen ohne Datenverlust versendet werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang
- 2x USB

Systemausgänge:
- 2x HDMI 3840x2160 UHD

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

1,000 St

02.01.0090. Encoder UHD, 1-fach

Encoder zur Wandlung und Übertragung der Bild- und Ton-Signale in Netzwerk Medientechnik bzw. an die Multimediazentrale

Technische Ausführung:
- Encoder in kleiner / kompakter Bauform
- bis zu vier Encoder müssen bei maximal 2 HE mit einer Tiefe von 400 mm in den Leittischen unterzubringen sein
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen am Eingang digitalisiert werden, so dass keine Datenverluste bei der weiteren Signalverteilung entstehen können
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste versendet werden
- alle Eingänge müssen über eine Signalerkennung verfügen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Signal-Ausgang

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Aggregierung der Funktionen:
- Zusammenfassung der Funktionen in Multi-Geräten erlaubt

Lieferumfang:

- Encoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m für ELS-/INFO-PC (4 von 6 Stück) oder HDMI UHD >= 5m für Anschlussfeld (2 von 6 Stück)
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

6,000 St EUR

02.01.0100. Tablet Notebene Medientechnik

Tablet Notebene Medientechnik zur Bedienung der Medientechnik, d.h. Anordnung Quellen/Senken und Änderung Kanäle des IP-Streamserver SAT Receiver
mit Software bzw. Browseranwendung für webbasierter Oberfläche für Quellen/Senken Anordnung und auf Oberfläche/Server von IP-Streamserver SAT Receiver

- Tablet oder Touchpanel mit integrierten PC, flache Bauform mit geneigten Ständer zur Aufstellung auf Tischoberflächen
- gummierte Füße oder vergleichbare Unterseite zur Vermeidung von Beschädigungen bei Verschieben auf der Tischoberfläche
- Touchscreen- Technologie, hochauflösend, lichtstark, breite Ablesewinkel
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb
- sicheres Betriebssystem
- Bilddiagonale > 10"
- Auflösung >= 1920x1200
- Helligkeit >= 250 cd/m²
- Stromversorgung über PoE oder externes Netzteil

Lieferumfang:
- Tablet oder Touchpanel mit Ständer
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 5m (Patchpanel Technikcontainer zu Tischeinbaudose)
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 1,5m (Tischeinbaudose zu Device)
- Anschlusskabel für Energieversorgung wenn nicht über PoE versorgt

1,000 St

02.02. AAP/Schulung - ILS

02.02.0010. Monitor 65", Full-UHD

Technische Ausführung:
- LCD mit LED Hintergrundbeleuchtung (Direct lid LED)

Abmessungen und Auflösung:
- >= 64 Zoll LED Display, maximal 68 Zoll
- 3840x2160 UHD

- Stegbreite (Bild-zu-Bild) <= 40 mm

Eigenschaften:
- 24/7
- Leuchtstärke: mind. 500 cd/m2
- Kontrast mind. 4000:1
- Farbtiefe: 10 bit
- Blickwinkel (O/U/L/R): 89/89/89/89°
- VESA Halterung/Aufnahme
- Leistungsaufnahme (Betrieb / Standby): max. 175W / max. 0.5 W
- Steuerung (inkl. on/off- Funktion) und Konfiguration über Netzwerk
- integriertes Netzteil für 230V Versorgung
- schwarzes Gehäuse

Schnittstellen:
- 2x HDMI
- 1x DisplayPort
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x Klinke 3,5mm Audioausgang

Lieferumfang:
- Monitor
- Fernbedienung
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 1,5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 1,5m

3,000 St

02.02.0020. Wandhalterung für Monitor 65"

Halterungen zur Montage und Ausrichtung des angebotenen 65" Monitors an einer tragfähigen Wand

- VESA Aufnahme für Wechsel von Monitor bei späteren Austausch (Defekt, Wartung, etc.)
- einstellbare Nivellierung +- 3° (für Korrektur zur Montage)
- einstellbare Neigung + 0° bis - 15°
- einstellbare Winkel +- 45°
- wartungsfreundliche Montage und Demontage des Monitors

inkl. Schraub- und Kleinmaterial

2,000 St

02.02.0030. Wandhalterung für Monitor 65", Ausleger

Halterungen zur Montage und Ausrichtung des angebotenen 65" Monitors an einer tragfähigen Wand

- VESA Aufnahme für Wechsel von Monitor bei späteren Austausch (Defekt, Wartung, etc.)
- einstellbare Nivellierung +- 3° (für Korrektur zur Montage)
- einstellbare Neigung + 0° bis - 15°
- einstellbare Winkel +- 90°
- wartungsfreundliche Montage und Demontage des Monitors

inkl. Schraub- und Kleinmaterial

1,000 St

02.02.0040. Smart-/Whiteboard 75" UHD

Technische Ausführung:
- Multi-Touch LCD mit LED Hintergrundbeleuchtung (Direct lid LED)

Abmessungen und Auflösung:
- >74,5 Zoll LED Display, maximal 81 Zoll
- 3840x2160 UHD

Eigenschaften:
- 24/7 Betriebsmodus
- Leuchtstärke: mind. 450 cd/m2
- Kontrast mind. 4000:1
- Farbtiefe: 10 bit
- Blickwinkel (O/U/L/R): 89/89/89/89°
- VESA Halterung/Aufnahme
- Leistungsaufnahme (Betrieb / Standby): max. 500W / max. 5 W
- Steuerung (inkl. on/off- Funktion) und Konfiguration über Netzwerk
- integriertes Netzteil für 230V Versorgung
- Unterstützung hochkante Montage (90° gedreht) in der Software

Systemeingänge:
- 2x HDMI auf Rückseite
- 1x HDMI auf Frontseite
- 1x DisplayPort auf Rückseite
- 1x USB-A für Wechseldatenträger auf Rückseite
- 1x USB-A für Wechseldatenträger auf Frontseite
- 1x USB-C für Wechseldatenträger und PC-Anschluss (Video 3840x2160@60Hz DPAltMode, Touch, Daten und PowerDelivery 100W) auf Rückseite
- 1x USB-C für Wechseldatenträger und PC-Anschluss (Video 3840x2160@60Hz DPAltMode, Touch, Daten und PowerDelivery 100W) auf Frontseite
- 1x USB für Steuerung über Touch auf Rückseite
- 1x USB für Steuerung über Touch auf Frontseite
- 2x RJ45 Netzwerk

Systemausgänge:
- 1x Videoausgang HDMI auf Rückseite
- 1x Audioausgang Klinke 3,5 mm auf Rückseite

Lieferumfang:
- Smart-/Whiteboard
- 2x Bedienstift mit weicher Spitze
- Whiteboard Schwamm
- 2x Anschlusskabel HDMI UHD >= 3m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 3m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 3m

1,000 St

02.02.0050. Wandhalterung Smart-/Whiteboard 75", starr, hochkant

Halterungen zur hochkant (90° gedreht) Montage des angebotenen 75" Smart-/Whiteboard an einer tragfähigen Wand

- flache gerade Bauform
- starr
- wartungsfreundliche Montage und Demontage des Monitors

inkl. Schraub- und Kleinmaterial

1,000 St

02.02.0060. Decoder UHD, 2-fach

Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 2x HDMI 3840x2160 UHD

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage an einem Monitor oder an einem Beamer oder an der Wand entsprechend Festlegung im Pflichtenheft

2,000 St

02.02.0070. Decoder Audio mit Audioverteiler/-Splitter, 2-fach

Decoder für Empfang von Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe des Audio-Signal

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- in Summe maximal 1 HE mit einer Tiefe von 400 mm verfügbar
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb
- alle Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- Audiosignal muss mit ausreichender Leistung (>= Leistung bei Abgriff aus En-/Decoder) und gleichem Pegel am Ende der Anschlusskabel Klinke ankommen

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 1x Audioausgang mit nachgeschalteten Baustein Audioverteiler-/splitter zur parallelen Bereitstellung des Eingangssignal an bis zu zwei Ausgängen

oder
2x Audioausgang

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel 2x Audioausgang auf Klinke 3,5 mm (bis zu 5m)
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Anschlusskabel 230V (wenn keine Versorgung über POE)
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

1,000 St

02.02.0080. Encoder UHD, 1-fach

Encoder zur Wandlung und Übertragung der Bild- und Ton-Signale in Netzwerk Medientechnik bzw. an die Multimediazentrale

Technische Ausführung:
- Encoder in kleiner / kompakter Bauform
- bis zu vier Encoder müssen in den Leittischen bei maximal 2 HE mit einer Tiefe von 400 mm unterzubringen sein
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen am Eingang digitalisiert werden, so dass keine Datenverluste bei der weiteren Signalverteilung entstehen können
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste versendet werden
- alle Eingänge müssen über eine Signalerkennung verfügen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Signal-Ausgang

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Aggregierung der Funktionen:
- Zusammenfassung der Funktionen in Multi-Geräten erlaubt

Lieferumfang:
- Encoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m für ELS-/INFO-PC (4 von 6 Stück) oder HDMI UHD >= 5m für Anschlussfeld (2 von 6 Stück)
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

3,000 St

02.02.0090. Encoder UHD mit Pass-Through, 1-fach

Encoder zur Wandlung und Übertragung der Bild- und Ton-Signale in Netzwerk Medientechnik bzw. an die Multimediazentrale

Technische Ausführung:
- Encoder in kleiner / kompakter Bauform
- bis zu vier Encoder müssen bei maximal 2 HE mit einer Tiefe von 400 mm in den Leittischen unterzubringen sein
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen am Eingang digitalisiert werden, so dass keine Datenverluste bei der weiteren Signalverteilung entstehen können
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste versendet werden
- alle Eingänge müssen über eine Signalerkennung verfügen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Signal-Ausgang
- 1x HDMI 3840x2160 UHD Pass-Through

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Aggregierung der Funktionen:
- Zusammenfassung der Funktionen in Multi-Geräten erlaubt

Lieferumfang:
- Encoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m für ELS-/INFO-PC
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

10,000 St

02.03. Systembetreuerbüro ILS

02.03.0010. Monitor 32" UHD

Technische Ausführung:
- LCD mit LED Hintergrundbeleuchtung (Direct lid LED)

Abmessungen und Auflösung:
- 32 Zoll / 139cm Display
- 3840x2160 UHD
- Stegbreite (Bild-zu-Bild) <= 40 mm

Eigenschaften:
- 24/7
- Leuchtstärke: mind. 400 cd/m2
- Kontrast mind. 4000:1
- Farbtiefe: 10 bit
- Blickwinkel (O/U/L/R): 89/89/89/89°
- VESA Halterung/Aufnahme
- Leistungsaufnahme (Betrieb / Standby): max. 150W / max. 0.5 W
- Steuerung (inkl. on/off- Funktion) und Konfiguration über Netzwerk
- integriertes Netzteil für 230V Versorgung
- schwarzes Gehäuse

Schnittstellen:
- 2x HDMI
- 1x DisplayPort
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x Klinke 3,5mm Audioausgang

Lieferumfang:
- Monitor
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 1,5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 1,5m

1,000 St

02.03.0020. Decoder UHD, 1-fach

Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage an einem Monitor oder an einem Beamer oder an der Wand entsprechend Festlegung im Pflichtenheft

1,000 St

02.04. Küche ILS

02.04.0010. Fernseher 55", UHD

Fernseher 55 Zoll UHD mit integrierten SAT-Receiver DVB-S2 Receiver

Technische Ausführung:
- LCD mit LED Hintergrundbeleuchtung (Direct lid LED)

Abmessungen und Auflösung:
- 55 Zoll LED Display
- 3840x2160 (UHD)

Eigenschaften:
- Leuchtstärke: mind. 500 cd/m2
- Kontrast mind. 4000:1
- Farbtiefe: 10 bit
- eingebaute Stereo- Lautsprecher > 2x 5W
- VESA Aufnahme für Montage an Halterungen
- Leistungsaufnahme (Betrieb / Standby): max. 200W / max. 0.5 W

Systemeingänge:
- 2x HDMI
- 1x DisplayPort
- 1 x RJ45 Netzwerk
- Audioausgang

Lieferumfang:
- Fernseher
- Fernbedienung
- Anschlusskabel KOAX SAT >= 1,5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 1,5m

1,000 St

02.04.0020. Wandhalterung für Fernseher 55"

Halterungen zur Montage und Ausrichtung des angebotenen 55" Fernsehers an einer tragfähigen Wand

- VESA Aufnahme für Wechsel von Fernseher bei späteren Austausch (Defekt, Wartung, etc.)
- einstellbare Nivellierung +- 3° (für Korrektur zur Montage)
- einstellbare Neigung + 0° bis - 15°
- einstellbare Winkel +- 90°
- wartungsfreundliche Montage und Demontage des Monitors

inkl. Schraub- und Kleinmaterial

1,000 St

02.05. Treppenhaus ILS

02.05.0010. Monitor 65" UHD

Technische Ausführung:
- LCD mit LED Hintergrundbeleuchtung (Direct lid LED)

Abmessungen und Auflösung:
- >= 64 Zoll LED Display, maximal 68 Zoll
- 3840x2160 UHD
- Stegbreite (Bild-zu-Bild) <= 40 mm

Eigenschaften:
- 24/7
- Leuchtstärke: mind. 500 cd/m2
- Kontrast mind. 4000:1
- Farbtiefe: 10 bit
- Blickwinkel (O/U/L/R): 89/89/89/89°
- VESA Halterung/Aufnahme
- Leistungsaufnahme (Betrieb / Standby): max. 175W / max. 0.5 W
- Steuerung (inkl. on/off- Funktion) und Konfiguration über Netzwerk
- integriertes Netzteil für 230V Versorgung
- schwarzes Gehäuse

Schnittstellen:
- 2x HDMI
- 1x DisplayPort
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x Klinke 3,5mm Audioausgang

Lieferumfang:
- Monitor
- Fernbedienung
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 1,5m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 1,5m

2,000 St

02.05.0020. Decoder, Full-UHD, 1-fach

Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen

Technische Ausführung:

- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Ausgang
- 2x USB

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage an einem Monitor oder an einem Beamer oder an der Wand entsprechend Festlegung im Pflichtenheft

2,000 St

02.06. Besprechungsraum Nebengebäude ILS

02.06.0010. IPTV Set-Top-Box

Eigenschaften:
- 3840x2160 UHD
- Videocodecs HEVC/H.264, HEVC/H.265, MPEG-1
- Features Elektronischer Programmführer (EPG), Favoritenlisten, Schnelle Umschaltzeiten, Software-Update über Internet und OTA Update
- IPTV Empfang inkl. Umschaltung mit angebotenen IP-Streamserver SAT Receiver LV-Position 01.00.0030. kompatibel
- DLNA Player
- ohne dauerhaften Internetaccess betreibbar
- kompakte Bauform
- integriertes oder externes Netzteil für 230V Versorgung

Schnittstellen:
- 1x HDMI 2.1 out
- 1x RJ45 Netzwerk
- 1x USB 2.0

Lieferumfang:

- IPTV Set-Top-Box
- Fernbedienung
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 3m
- Anschlusskabel Strom 230 V >= 1,5m

1,000 St

02.07. Stabsraum und OEL NLS

02.07.0010. Decoder UHD, 1-fach

Decoder für Empfang von Bild- und Tonsignalen im Netzwerk Medientechnik bzw. von der Multimediazentrale, Wandlung und Ausgabe von Bild- und Tonsignalen

Technische Ausführung:
- Decoder in kleiner / kompakter Bauform
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Steuersignal-Eingang

Systemausgänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Stromversorgung:
- PoE

Lieferumfang:
- Decoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 2m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage an einem Monitor oder an einem Beamer oder an der Wand entsprechend Festlegung im Pflichtenheft

2,000 St

02.07.0020. Encoder UHD, 1-fach

Encoder zur Wandlung und Übertragung der Bild- und Ton-Signale in Netzwerk Medientechnik bzw. an die Multimediazentrale

Technische Ausführung:
- Encoder in kleiner / kompakter Bauform

- bis zu vier Encoder müssen bei maximal 2 HE mit einer Tiefe von 400 mm in den Leittischen unterzubringen sein
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen am Eingang digitalisiert werden, so dass keine Datenverluste bei der weiteren Signalverteilung entstehen können
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste versendet werden
- alle Eingänge müssen über eine Signalerkennung verfügen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Signal-Ausgang

Stromversorgung:
- PoE

Aggregierung der Funktionen:
- Zusammenfassung der Funktionen in Multi-Geräten erlaubt

Lieferumfang:
- Encoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 5m für Anschlussfeld
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

1,000 St

02.07.0030. Encoder UHD mit Pass-Through, 1-fach

Encoder zur Wandlung und Übertragung der Bild- und Ton-Signale in Netzwerk Medientechnik bzw. an die Multimediazentrale

Technische Ausführung:
- Encoder in kleiner / kompakter Bauform
- bis zu vier Encoder müssen bei maximal 2 HE mit einer Tiefe von 400 mm in den Leittischen unterzubringen sein
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen am Eingang digitalisiert werden, so dass keine Datenverluste bei der weiteren Signalverteilung entstehen können
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste versendet werden
- alle Eingänge müssen über eine Signalerkennung verfügen
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Signal-Ausgang
- 1x HDMI 3840x2160 UHD Pass-Through

Stromversorgung:
- PoE

Aggregierung der Funktionen:
- Zusammenfassung der Funktionen in Multi-Geräten erlaubt

Lieferumfang:
- Encoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m für ELS-/INFO-PC
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 2m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack von Leitstellenmöbel

4,000 St

02.07.0040. Tablet Notebene Medientechnik

Tablet Notebene Medientechnik zur Bedienung der Medientechnik, d.h. Anordnung Quellen/Senken und Änderung Kanäle des IP-Streamserver SAT Receiver
mit Software bzw. Browseranwendung für webbasierter Oberfläche für Quellen/Senken Anordnung und auf Oberfläche/Server von IP-Streamserver SAT Receiver

- Tablet oder Touchpanel mit integrierten PC, flache Bauform mit geneigten Ständer zur Aufstellung auf Tischoberflächen
- gummierte Füße oder vergleichbare Unterseite zur Vermeidung von Beschädigungen bei Verschieben auf der Tischoberfläche
- Touchscreen- Technologie, hochauflösend, lichtstark, breite Ablesewinkel
- lüfterloser, geräuschfreier Betrieb
- sicheres Betriebssystem
- Bilddiagonale > 10"
- Auflösung >= 1920x1200
- Helligkeit >= 250 cd/m²
- Stromversorgung über PoE oder externes Netzteil

Lieferumfang:
- Tablet oder Touchpanel mit Ständer
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 5m (Patchpanel Technikcontainer zu Tischeinbaudose)
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 1,5m (Tischeinbaudose zu Device)
- Anschlusskabel für Energieversorgung wenn nicht über PoE versorgt

1,000 St

02.08. Serverräume ILS und NLS

02.08.0010. KVM-Node Encoder UHD, 1-fach

KVM Node Encoder mit KVM-Bedienungsfunktion für Wandlung und Übertragung von Bild- und

Tonsignalen in Netzwerk Medientechnik bzw. zur Multimediazentrale
sowie Wandlung und Ausgabe von Steuerungsbefehlen über USB von KVM-Decodern bzw. daran angeschlossener Maus-/Tastatur

Technische Ausführung:
- Encoder in kleiner / kompakter Bauform oder als 19" Appliance mit maximal 2 HE hoch + 500 mm tief
- funktionale Integration in die Mediensteuerung zur Überwachung und Steuerung aller geforderten Funktionen
- alle Bild- und Tonsignale müssen am Eingang digitalisiert werden, so dass keine Datenverluste bei der weiteren Signalverteilung entstehen können
- alle Bild- und Tonsignale müssen ohne Datenverluste empfangen werden
- alle Bedienbefehle müssen ohne Datenverlust versendet werden
- alle Eingänge müssen über eine Signalerkennung verfügen

Systemeingänge:
- 1x HDMI 3840x2160 UHD
- 1x Klinke 3,5 mm

Systemausgänge:
- 1x LAN RJ45 A-/V-/Signal-Ausgang
- 2x USB

Stromversorgung:
- PoE und/oder Netzteil

Lieferumfang:
- Encoder
- Bereitstellung aller erforderlichen Lizenzen und Nutzungsrechte
- Anschlusskabel HDMI UHD >= 1,5m
- Anschlusskabel Klinke 3,5 mm >= 1,5m
- Anschlusskabel LAN CAT 7 mit CAT 6A RJ45 >= 3m
- Montage- und Befestigungsmaterial für Montage in 19" Rack in beigestellten Serverschrank

10,000 St

03. Sonstige Dienstleistungen

03.00.0010. Dienstleistung Projektmanagement

pauschale Position für die Dienstleistung des Bieters zum Projektmanagement entsprechend Leistungsbeschreibung

1,000 psch

03.00.0020. Dokumentation

pauschale Position für die Dienstleistung des Bieters zur Dokumentation des Gesamtsystems entsprechend Leistungsbeschreibung

1,000 psch

03.00.0030. Systembetreuerschulung

für die Hardware und Software (Betriebssysteme, Systemsoftware und Anwendungen) inkl. deren notwendigen Konfigurationen
inkl. Schnittstellen
inkl. Grundlagenschulung Infrastrukturkonzept und Datenhaltung
inkl. Vermittlung von Grundlagenkenntnissen der eingesetzten Hardware und Software
inkl. Einweisung in die gelieferte Dokumentation und deren Anwendung
inkl. Bedienung der Systeme

Durch den Ablauf des Gesamtprojektes ist eine Schulung und eine Nachschulung durchzuführen. Die Position muss die Kosten beinhalten.

Die Teilnahme ist zu zertifizieren.

Position je durchgeführte Schulung für bis zu 6 Teilnehmer

1,000 St

04. Systemservice

04.00.0010. Systemservice während der Gewährleistung

Preisposition für die Vergütung des Systemservice nach der Abnahme
entsprechend des System EVB-IT Systemvertrag während der Gewährleistung (Jahr 1 und 2)

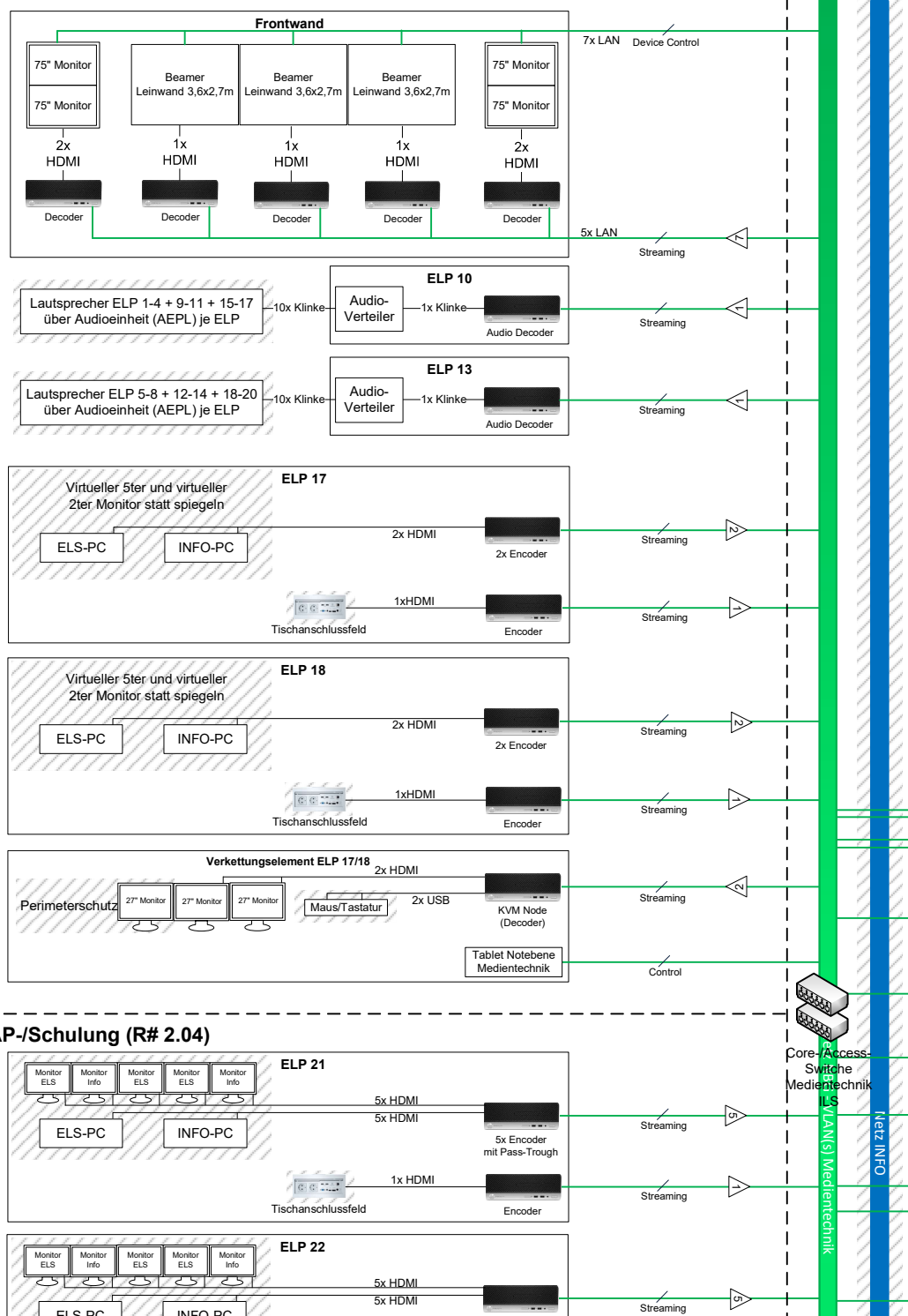
24,000 Monate

04.00.0020. Systemservice nach der Gewährleistung

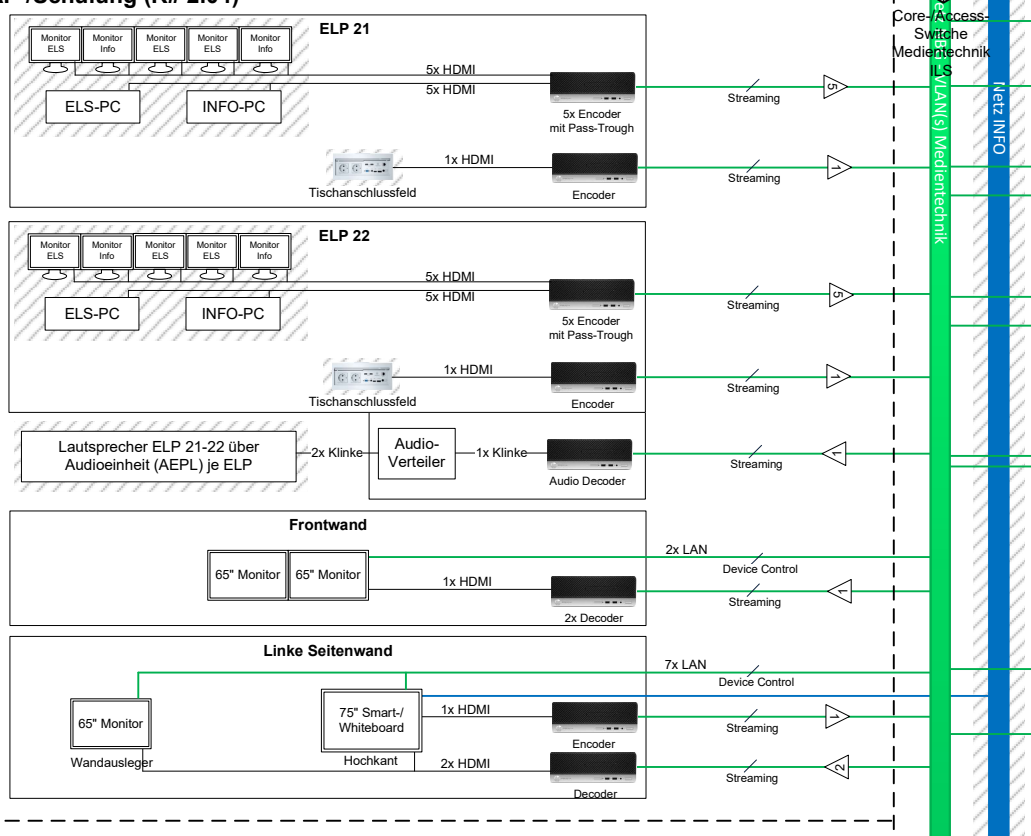
Preisposition für die Vergütung des Systemservice nach der Abnahme
entsprechend des System EVB-IT Systemvertrag nach Ablauf der Gewährleistung (Jahr 3 und 4)

24,000 Monate

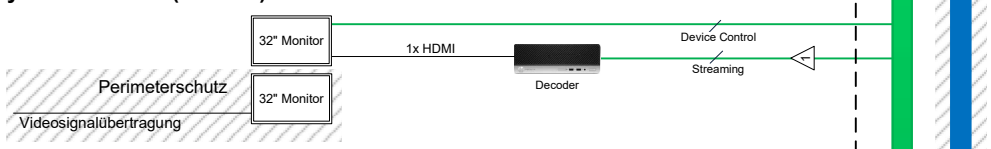
Leitstellenbetriebsraum (Raumnummer 2.03)



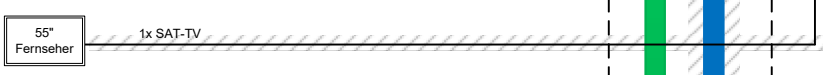
AAP-/Schulung (R# 2.04)



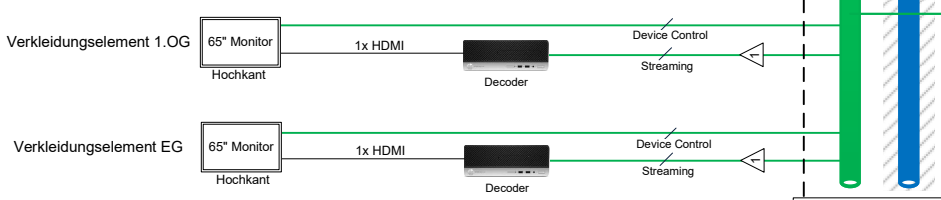
Büro Systembetreuer (R# 1.10)



Küche / Sozialbereich (R# 1.12)



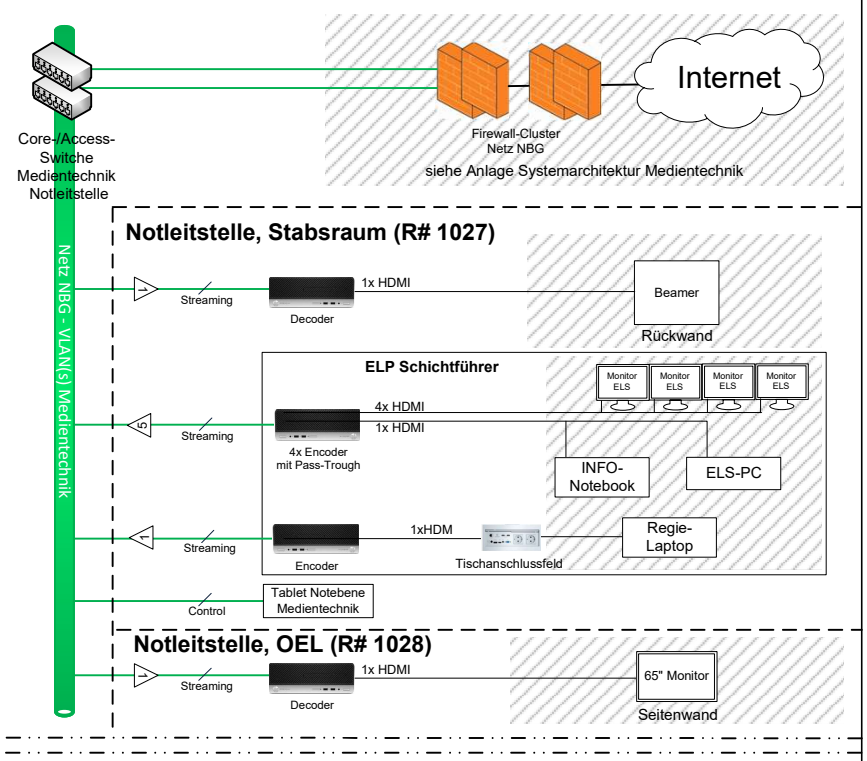
Treppenhaus (R# 0.39)



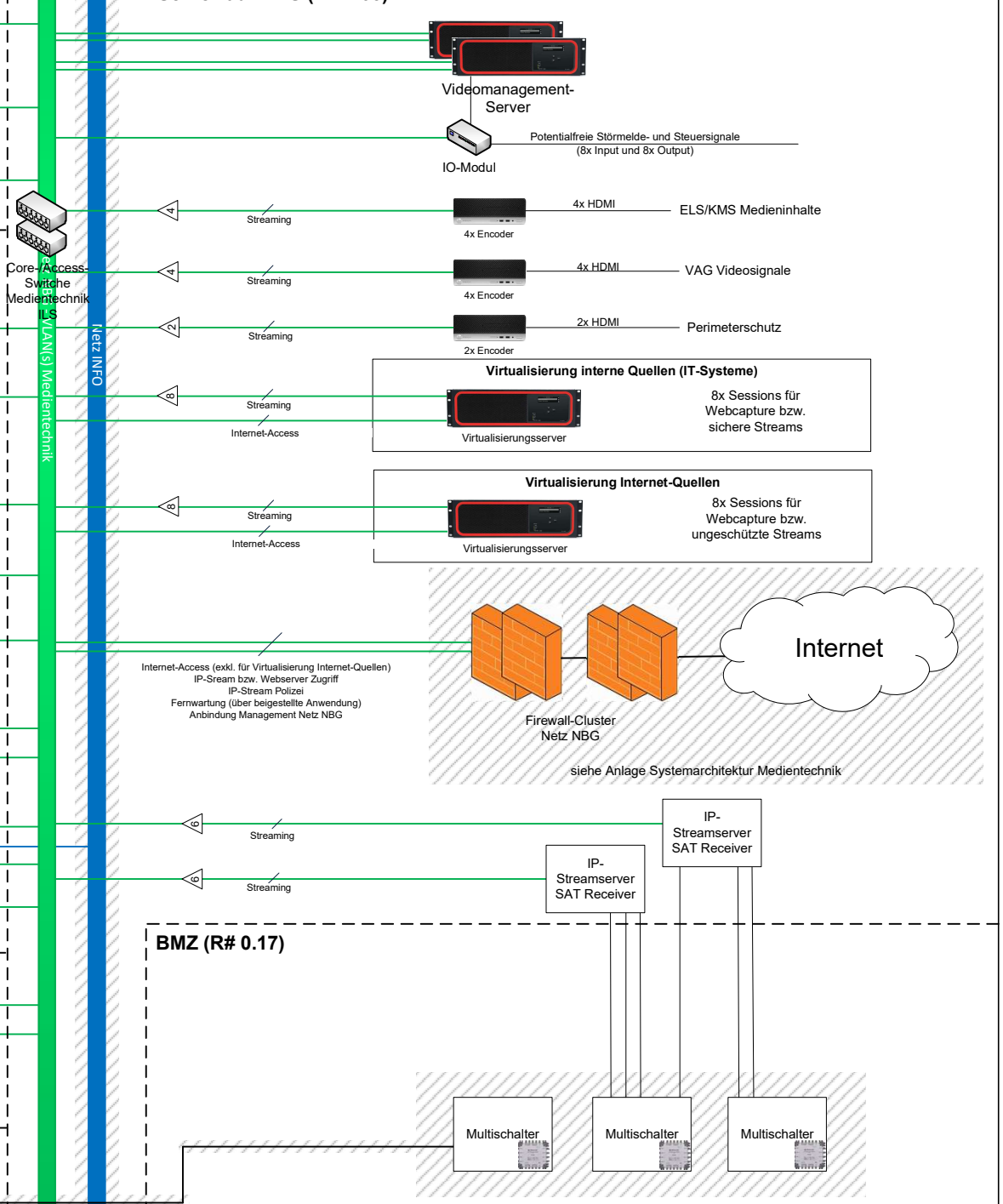
Ein-/Ausgehend Streams

Beistellung

Notleitstelle Serverraum 1 & 2 (R# 115 & R# 116b)

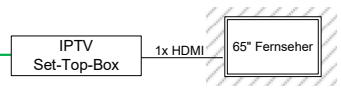


Serverraum ILS (R# 1.03)



BMZ (R# 0.17)

Besprechung Nebengebäude (R# 00.03)



Standort: ILS Nürnberg, Regenstraße 8, 90451 Nürnberg	Datei: Schema Medientechnik _ILS N	Maßstab: ohne	Schematische Darstellung
		Stadt Nürnberg	
		Schema Medientechnik	
		Anlage zur Vergabe	Blatt: 1 / von: 1
		Ersetzt:	

accellonet wir finden eine Lösung

© accellonet 2026 - Schutzvermerk nach DIN ISO 16016 beachten

Vertrag über die Erstellung eines Gesamtsystems

Inhaltsangabe

1 Gegenstand, Vergütung und Bestandteile des Vertrages 4
1.1 Vertragsgegenstand 4
1.2 Vergütung 5
1.3 Vertragsbestandteile 5
2 Übersicht über die vereinbarten Leistungen 6
2.1 Leistungen bis zur Abnahme 6
2.2 Leistungen nach der Abnahme 6
2.3 Vorgehensmodell 6
3 Systemumgebung* des Gesamtsystems und beizustellende Systemkomponenten* 7
4 Leistungen des Auftragnehmers zur Erstellung des Gesamtsystems 7
4.1 Verkauf von Hardware 7
4.2 Vermietung von Hardware 8
4.3 Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung auf Dauer (Verkauf) 9
4.3.1 Leistungsumfang und Vergütung 9
4.3.2 Mitteilung über Anpassungen der Standardsoftware* auf Quellcodeebene 10
4.3.3 Abweichende Lizenzbedingungen 10
4.3.4 Bereitstellung der Standardsoftware* 10
4.4 Überlassung von Standardsoftware* auf Zeit (Vermietung) 11
4.4.1 Leistungsumfang und Vergütung 11
4.4.2 Mitteilung über Anpassungen der Standardsoftware* auf Quellcodeebene 12
4.4.3 Abweichende Lizenzbedingungen 12
4.4.4 Bereitstellung der Standardsoftware* 12
4.5 Erstellung und Überlassung von Individualsoftware* auf Dauer 13
4.5.1 Leistungsumfang 13
4.5.2 Vergütung 13
4.5.3 Abweichende Nutzungsrechte an der Individualsoftware* 14
4.5.4 Sonderregelung: Lizenzrückvergütung 15
4.5.5 Einräumung von Rechten an Erfindungen 15
4.5.6 Bereitstellung der Individualsoftware* 15
4.6 Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen 15
4.6.1 Leistungsumfang 15
4.6.2 Vergütung 15
4.7 Erstellung des Gesamtsystems und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* 15
4.7.1 Leistungsumfang 15
4.7.2 Abweichende Nutzungsrechtsvereinbarungen 16
4.7.3 Vergütung 16
4.8 Schulung 16
4.8.1 Art und Umfang der Schulungen 16
4.8.2 Schulungsunterlagen 17
4.8.3 Vergütung für Schulungen inkl. Schulungsunterlagen 17
4.9 Dokumentation 17
4.10 Sonstige Leistungen zur Systemerstellung 18
4.10.1 Leistungsumfang 18
4.10.2 Vergütung 18
5 Systemservice 18
5.1 Arten von Systemserviceleistungen 18
5.1.1 Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems (Störungsbeseitigung) 18
5.1.2 Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* (vorbeugende Maßnahmen) 20
5.1.3 Überlassung von verfügbaren Programmständen* (Standardsoftware*) 21
5.2 Beginn / Dauer der Systemserviceleistungen 21
5.3 Kündigung von Systemserviceleistungen 21
5.4 Vergütung/Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen 22
5.4.1 Vergütung 22
5.4.2 Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen 22

5.5 Sonstige Regelungen zu Systemserviceleistungen 22
5.5.1 Teleservice* 22
5.5.2 Abnahme der Systemserviceleistungen 22
5.5.3 Dokumentation der Systemserviceleistungen 22
6 Weitere Leistungen nach der Abnahme 22
6.1 Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems nach der Abnahme 22
6.2 Sonstige Leistungen nach der Abnahme 23
6.2.1 Leistungsumfang 23
6.2.2 Vergütung 23
7 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung nach Aufwand 23
7.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand 23
7.2 Zeiten der Leistungserbringung bei Vergütung nach Aufwand 23
7.2.1 Während der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort) 23
7.2.2 Außerhalb der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort) 24
7.2.3 Während sonstiger Zeiten 24
7.3 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagessätzen 24
7.4 Reisekosten, Nebenkosten*, Materialkosten und Reisezeiten 24
7.4.1 Reisekosten, Nebenkosten* und Materialkosten 24
7.4.2 Reisezeiten 24
7.5 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand 25
7.6 Preisanpassung für Systemserviceleistungen, die nicht im Pauschalfestpreis* enthalten sind 25
8 Termin- und Leistungsplan 26
9 Zahlungsplan 28
10 Projektmanagement 29
10.1 Projektmanager/Projektleiter 29
10.2 Weitere Schlüsselpositionen des Auftragnehmers 29
10.3 Projektsteuerung/Projektkoordinierung 30
10.4 Behandlung von Änderungsverlangen (Change Requests) 30
11 Weitere Pflichten des Auftragnehmers 30
11.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers 30
11.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen 30
11.3 Kopier- oder Nutzungssperre* 31
11.4 Mitteilungspflicht bezüglich der zur Vertragserfüllung eingesetzten Werkzeuge* 31
11.5 Entsorgung der Hardware (ergänzend zu Ziffer 2.1 EVB-IT System-AGB) 31
11.6 Entsorgung der Verpackung 31
12 Mitwirkung des Auftraggebers 32
13 Abnahme 32
13.1 Gegenstand der Abnahme 32
13.2 Testdaten 32
13.3 Dauer, Ort und Systemumgebung* der Funktionsprüfung 32
13.4 Vereinbarungen zur Durchführung der Funktionsprüfung und zur Erklärung der Abnahme 33
13.5 Vereinbarungen zu Mängelklassen im Rahmen der Funktionsprüfung 33
14 Mängelhaftung (Gewährleistung) 33
14.1 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel des Gesamtsystems 33
14.2 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel an Teilleistungen 33
14.3 Mängelmeldungen 33
14.3.1 Form der Mängelmeldung 33
14.3.2 Adresse für Mängelmeldungen 34
14.4 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*, Servicezeiten, Hotline 34
14.4.1 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*, Mängelklassen 34
14.4.2 Servicezeiten 35
14.4.3 Hotline 35
14.5 Teleservice* 35
14.6 Weitere Vereinbarungen zur Mängelhaftung 35
15 Haftungsregelungen 36
15.1 Haftungsobergrenze bei leicht fahrlässiger Pflichtverletzung 36
15.2 Haftung bei Verzug 36

15.3 Haftung für den Systemservice 36
15.4 Haftung für entgangenen Gewinn 36
16 Vertragsstrafen bei Verzug 36
16.1 Verzug bei Erstellung des Gesamtsystems 36
16.2 Verzug bei Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* 37
17 Weitere Vereinbarungen 37
17.1 Garantien 37
17.1.1 Auftragnehmergarantien 37
17.1.2 Herstellergarantien 37
17.2 Übergabe bzw. Hinterlegung des Quellcodes* 37
17.2.1 Übergabe des Quellcodes* 37
17.2.2 Hinterlegung des Quellcodes 38
17.3 Haftpflichtversicherung 38
17.4 Sicherheiten 38
17.4.1 Vorauszahlungsbürgschaft 38
17.4.2 Vertragserfüllungs- oder Mängelhaftungssicherheit 38
17.4.3 Kombinierte Vertragserfüllungs- oder Mängelhaftungssicherheit 39
17.5 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit 39
17.6 Vereinbarungen zur Korruptionsprävention 40
17.7 Kündigungsrecht des Auftraggebers 40
17.8 Sonstige Vereinbarungen 40

Vertrag über die Erstellung eines Gesamtsystems

zwischen

Stadt Nürnberg, diese vertreten durch den Oberbürgermeister, dieser vertreten durch die Feuerwehr / Integrierte Leitstelle Nürnberg
Regenstraße 4
90451 Nürnberg

Vertragsnummer/Kennung Auftraggeber: **ZD/3-IT/2026004927**

— im Folgenden „Auftraggeber“ genannt —

und

N.N. _____
_____ _____
_____ _____

Vertragsnummer/Kennung Auftragnehmer: **XXX vom XX.XX.2025**

— im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt —

wird folgender Vertrag geschlossen:

1 Gegenstand, Vergütung und Bestandteile des Vertrages

1.1 Vertragsgegenstand

Gegenstand des EVB-IT Systemvertrages ist die Erstellung des nachfolgend beschriebenen Gesamtsystems, einschließlich der Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* durch den Auftragnehmer auf der Grundlage eines Werkvertrages und - soweit nachfolgend vereinbart - der Systemservice und die Weiterentwicklung des Gesamtsystems.

Medientechnik inkl. Anzeigegeräte

Die Leistungen zur Erstellung des Gesamtsystems bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit. Für den Auftraggeber ist von vertragswesentlicher Bedeutung, dass der Auftragnehmer die in diesem Vertrag vereinbarte Funktionalität des Gesamtsystems herstellt und alle dafür erforderlichen Schritte vornimmt. Der Auftragnehmer ist verantwortlicher Generalunternehmer für die Erstellung des Gesamtsystems und haftet für die Leistungen seiner Subunternehmer wie für seine eigenen Leistungen.

Art und Umfang der Leistungen ergeben sich aus diesem Vertrag, insbesondere aus den in Nummer 1.3 genannten Dokumenten.

1.2 Vergütung

☐ Der Pauschalfestpreis* beträgt _____. Die einzelnen Anteile am Pauschalfestpreis* werden nachfolgend nicht gesondert ausgewiesen.

☐ Ausgenommen vom Pauschalfestpreis* sind einzelne Leistungen, die gesondert vergütet werden.[1]

☐ Der Pauschalfestpreis* beträgt _____. Die einzelnen Anteile am Pauschalfestpreis* werden nachfolgend gesondert ausgewiesen.

☐ Ausgenommen vom Pauschalfestpreis* sind einzelne Leistungen, die gesondert vergütet werden.[1]

☐ Es wird kein Pauschalfestpreis* vereinbart. Die Vergütungen werden nachfolgend gesondert ausgewiesen.

☒ Einzelheiten zur Vergütung ergeben sich darüber hinaus aus der Vergütungszusammenstellung in Anlage Nr. 4.

Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung.
Die vereinbarte Vergütung versteht sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

1.3 Vertragsbestandteile*

Es gelten nacheinander als Vertragsbestandteile:

1.3.1 dieser Vertragstext bestehend aus den Seiten 1 bis 40 und den folgenden Anlagen:

Anlagen zum EVB-IT Systemvertrag			
Anlage Nr.	Bezeichnung	Datum/ Version	Anzahl Seiten
1	2	3	4
1	Leistungsbeschreibung Medientechnik	TT.MM.JJJJ/ Vx	XX
2	Leistungsverzeichnis Medientechnik	TT.MM.JJJJ/ Vx	XX
3	AVV	Der Abschluss erfolgt nach Zuschlag	
4	Angebot Nr. XXX einschließlich Angebotsschreiben und ausgefüllten Leistungsverzeichnis	TT.MM.JJJJ/ Vx	XX

☒ Es gelten die Anlagen in folgender Rangfolge 1,2,3,4.

Eine Einbeziehung von Lizenzbedingungen an Standardsoftware* erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der Nummern 4.3.3 bzw. 4.4.3, d.h. sie gelten ausschließlich hinsichtlich der Nutzungsrechtsregelungen und ins-

[1] Die gesonderte Vergütung ergibt sich z.B. für den Systemservice aus Nummer 5.4.1

besondere in der dort vereinbarten Rangfolge der Regelungen, unabhängig davon, ob und in welcher Rangfolge diese als Anlage in obiger Tabelle aufgelistet werden.

1.3.2 die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Erstellung eines Gesamtsystems (EVB-IT System-AGB) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung,

1.3.3 die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

Die EVB-IT System-AGB stehen unter http://www.cio.bund.de und die VOL/B unter http://www.bmwi.de zur Einsichtnahme bereit.

Soweit Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von § 305 BGB in den hier referenzierten Dokumenten des Auftragnehmers bzw. den sonstigen vom Auftragnehmer beigefügten Anlagen zu diesem Vertrag Regelungen in den EVB-IT System-AGB widersprechen, sind sie ausgeschlossen, soweit nicht eine anderweitige Vereinbarung in den EVB-IT System-AGB zugelassen ist.

Weitere Geschäftsbedingungen sind ausgeschlossen, soweit in diesem Vertrag nichts anderes vereinbart ist.

2 Übersicht über die vereinbarten Leistungen

2.1 Leistungen bis zur Abnahme

☒ Verkauf von Hardware
☐ Vermietung von Hardware
☒ Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung auf Dauer (Verkauf)
☐ Überlassung von Standardsoftware* auf Zeit (Vermietung)
☐ Erstellung und Überlassung von Individualsoftware* auf Dauer
☐ Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen
☒ Erstellung des Gesamtsystems und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* (z.B. durch Aufstellung, Installation*, Customizing* und Integration* der Systemkomponenten*)
☒ Schulung
☒ Projektmanagement
☐ Sonstige Leistungen _____

2.2 Leistungen nach der Abnahme

☒ Systemservice (z.B. Aufrechterhaltung und/oder Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft*)
☒ Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems
☐ Sonstige Leistungen _____

2.3 Vorgehensmodell

Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen auf der Grundlage des folgenden Vorgehensmodells:

☐ V-Modell XT*

- ☐ V-Modell XT* (Version/Stand) _____.

  Die Teile des Projekthandbuchs (AN), die der Auftraggeber in Umsetzung seiner Vorgaben in der Ausschreibung mindestens gefordert hat, ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

  Die Teile des QS-Handbuchs (AN), die der Auftraggeber in Umsetzung seiner Vorgaben in der Ausschreibung mindestens gefordert hat, ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

- ☐ Organisationsspezifisches V-Modell XT* gemäß Anlage Nr. _____.

  Die Teile des Projekthandbuchs (AN), die der Auftraggeber in Umsetzung seiner Vorgaben in der Ausschreibung mindestens gefordert hat, ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

  Die Teile des QS-Handbuchs (AN), die der Auftraggeber in Umsetzung seiner Vorgaben in der Ausschreibung mindestens gefordert hat, ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

☒ Sonstiges Vorgehensmodell gemäß Anlage Nr. 1.

3 Systemumgebung* des Gesamtsystems und beizustellende Systemkomponenten*

☒ Die Systemumgebung* des Gesamtsystems beim Auftraggeber ergibt sich aus Anlage Nr. 1 und 2.

☐ Die beizustellenden Systemkomponenten* ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der beizustellenden Systemkomponenten*	Art der beizustellenden Systemkomponenten* (HW, SW, IS, S)[1]
1	2	3

[1] HW = Hardware, SW = Standardsoftware*, IS = Individualsoftware*, S = Sonstige

☐ Die beizustellenden Systemkomponenten* ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

4 Leistungen des Auftragnehmers zur Erstellung des Gesamtsystems

4.1 Verkauf von Hardware

Der Auftragnehmer verkauft an den Auftraggeber die nachstehend aufgeführte Hardware:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung Produkt-Nr.	EXP[1]	Menge	Bei vereinbartem Pauschalfestpreis* lediglich im Feld „Summe“ den Anteil daran angeben[2].	
				Einzelpreis	Gesamtpreis
1	2	3	4	5	6
	Die Hardware ergibt sich aus dem Leistungsverzeichnis bzw. den Einzelpositionen des Leistungsverzeichnis sowie aus den Anlagen XX				
Summe					

[1] US = Hardware unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften
EU = Hardware unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften
DT = Hardware unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften
S = Hardware unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften

[2] Soweit in Nummer 1.2 vorgesehen, hat der Auftragnehmer hier den Anteil der Hardware an dem Pauschalfestpreis* anzugeben. Dies allein, um dem Auftraggeber die Bewertung des Pauschalfestpreises* zu ermöglichen.

☐ Die Vergütung für die gesamte Hardware gemäß Nummer 4.1 ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.
☐ Die Vergütung für die Hardware gemäß Nummer 4.1 lfd. Nr. _____ bis _____ ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

4.2 Vermietung von Hardware

Der Auftragnehmer vermietet an den Auftraggeber die nachstehend aufgeführte Hardware:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung, Produkt-Nr.	Menge	Mindestvertragsdauer in Monaten	Abw. Mietbeginn[1]	Mietdauer in Monaten (feste Laufzeit)	Abw. Kündigungsfrist in Monaten[2]	Automatische Verlängerung um Anzahl Monate[3]	Monatlicher Mietpreis	
								Einzelpreis	Gesamtpreis
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Monatlicher Gesamtmietpreis									

[1] Wenn abweichend von Ziffer 16.1 EVB-IT System-AGB
[2] Wenn abweichend von Ziffer 16.1.1 EVB-IT System-AGB
[3] Das Mietverhältnis verlängert sich um die vereinbarten Monate, wenn es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende der Mietdauer gekündigt wird.

☐ Weitere Vereinbarungen zur Kündigungsfrist abweichend von Ziffer 16.1.1 EVB-IT System-AGB gemäß Anlage Nr. _____.
☐ Die Vergütung für die gesamte Hardware gemäß Nummer 4.2 ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.
☐ Die Vergütung für die Hardware gemäß Nummer 4.2 lfd. Nr. _____ bis _____ ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

4.3 Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung auf Dauer (Verkauf)

4.3.1 Leistungsumfang und Vergütung

Dem Auftraggeber wird vom Auftragnehmer nachstehend aufgeführte Standardsoftware* gegen Einmalvergütung auf Dauer überlassen:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung, Produkt-Nr.	Menge	EXP[1]	Anzahl erlaubter Sicherungskopien	Zu liefernde Version[2]	Abweichende Nutzungsrechte gemäß Nutzungsrechtsmatrix Anlage Nr. (Muster 4)[3]	Bei vereinbartem Pauschalfestpreis* lediglich im Feld „Summe“ den Anteil daran angeben[4]	
							Einzelpreis	Gesamtpreis
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Die Hardware ergibt sich aus dem Leistungsverzeichnis bzw. den Einzelpositionen des Leistungsverzeichnis sowie aus den Anlagen XX							
Summe								

1 US = Standardsoftware* unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften
EU = Standardsoftware* unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften
DT = Standardsoftware* unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften
S = Standardsoftware* unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften

2 A = Überlassung der bei Abnahme aktuellen Version, anderenfalls Versionsnummer eintragen

3 In der hier bezeichneten Anlage erhält der Auftragnehmer im Rahmen der Vorgaben des Auftraggebers die Möglichkeit, von Ziffer 2.3 EVB-IT System-AGB abweichende Nutzungsrechte an der Standardsoftware* einzuräumen. Die Nutzungsrechtsregelungen der Lizenzbedingungen für die jeweilige Standardsoftware* gelten dann nachrangig (siehe Nummer 4.3.3).

4 Soweit in Nummer 1.2 vorgesehen, hat der Auftragnehmer den Anteil der Standardsoftware* an dem Pauschalfestpreis* anzugeben. Dies allein, um dem Auftraggeber die Bewertung des Pauschalfestpreises* zu ermöglichen.

☐ Die Vergütung für die gesamte Standardsoftware* gemäß Nummer 4.3.1 ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

☐ Die Vergütung für die Standardsoftware* gemäß Nummer 4.3.1 lfd. Nr. _____ bis _____ ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

4.3.2 Mitteilung über Anpassungen der Standardsoftware* auf Quellcodeebene

☐ Die Standardsoftware* aus Nummer 4.3.1 lfd. Nr. _____ wird im Sinne von Ziffer 2.3.1.3 EVB-IT System-AGB auf Quellcodeebene angepasst.

- ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass er die Anpassungen nicht in den Standard aufnehmen wird.
- ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass er
  - ☐ sämtliche Anpassungen in die Standardsoftware*
  - ☐ die Anpassungen gemäß Anlage Nr. _____ in die Standardsoftware*

  aufnehmen wird.
  - ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass dies abweichend von Ziffer 2.3.1.3 EVB-IT System-AGB nicht mit dem auf die Erklärung der Betriebsbereitschaft* folgenden Programmstand*, sondern
    - ☐ bis zur Abnahme des Gesamtsystems*
    - ☐ bis zu dem in Anlage Nr. _____ genannten Termin

    erfolgen wird.
- ☐ Näheres zu den Anpassungen und deren Übernahme in den Standard ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

4.3.3 Abweichende Lizenzbedingungen

Sofern abweichende Nutzungsrechte gemäß den Nutzungsrechtsmatrizen vereinbart werden, gelten bezüglich der Nutzungsrechte an der jeweiligen Standardsoftware* folgende Regelungen in der folgenden Rangfolge:

- Nutzungsrechtsmatrizen gemäß Muster 4 (s.a. Nummer 4.3.1, Spalte 7),
- Ziffer 2.3 EVB-IT System-AGB,
- die Nutzungsrechtsregelungen aus den jeweiligen Lizenzbedingungen in Anlage Nr. _____ bzw. – im Falle der Überlassung neuer Programmstände* im Rahmen des Systemservices – aus den gemäß Nummer 5.1.3 bekanntgegebenen Nutzungsrechtsregelungen neuer Programmstände. Die jeweiligen Nutzungsrechtsregelungen gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

4.3.4 Bereitstellung der Standardsoftware*

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Standardsoftware* wie folgt zur Verfügung:

☐ gemäß Nummer 4.3.1 lfd. Nr. _____ auf Datenträger: Typ: _____, Kennzeichnung: _____,

☐ gemäß Nummer 4.3.1 lfd. Nr. _____ in folgender Form: _____,

☒ wie in Anlage Nr. 1 und 2 beschrieben.

4.4 Überlassung von Standardsoftware* auf Zeit (Vermietung)

4.4.1 Leistungsumfang und Vergütung

Der Auftragnehmer vermietet an den Auftraggeber die nachstehend aufgeführte Standardsoftware*:

Lfd. Nr.	Produktbezeichnung und -beschreibung, Produkt-Nr.	Menge	EXP [1]	Anzahl erlaubter Sicherungskopien	Zu liefernde Version [2]	Abweichende Nutzungsrechte (Muster 4) [3] Anlage Nr.	Mindestvertragsdauer in Monaten	Abw. Mietbeginn [4]	Mietdauer in Monaten (feste Laufzeit)	Abw. Kündigungsfrist [5]	Automatische Verlängerung um Anzahl Monate [6]	Monatlicher Mietpreis	
												Einzelpreis	Gesamtpreis
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Monatlicher Gesamtmietpreis													

[1] US = Standardsoftware* unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften
EU = Standardsoftware* unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften
DT = Standardsoftware* unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften
S = Standardsoftware* unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften

[2] A = Überlassung der bei Abnahme aktuellen Version, anderenfalls Versionsnummer eintragen

[3] In der hier bezeichneten Anlage erhält der Auftragnehmer im Rahmen der Vorgaben des Auftraggebers die Möglichkeit, von Ziffer 2.3 EVB-IT System-AGB abweichende Nutzungsrechte an der Standardsoftware* einzuräumen. Die Nutzungsrechtsregelungen der Lizenzbedingungen für die jeweilige Standardsoftware* gelten dann nachrangig (siehe Nummer 4.4.3).

[4] Wenn abweichend von Ziffer 16.1 EVB-IT System-AGB.

[5] Wenn abweichend von Ziffer 16.1.1 EVB-IT System-AGB.

[6] Das Mietverhältnis verlängert sich um die vereinbarten Monate, wenn es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende der Mietdauer gekündigt wird.

☐ Die Vergütung für die gesamte Standardsoftware* gemäß Nummer 4.4.1 ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

☐ Die Vergütung für die Standardsoftware* gemäß Nummer 4.4.1 lfd. Nr. _____ bis _____ ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

4.4.2 Mitteilung über Anpassungen der Standardsoftware* auf Quellcodeebene

☐ Die Standardsoftware* aus Nummer 4.4.1 lfd. Nr. _____ wird im Sinne von Ziffer 2.3.1.3 EVB-IT System-AGB auf Quellcodeebene angepasst.

- ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass er die Anpassungen nicht in den Standard aufnehmen wird.
- ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass er
  - ☐ sämtliche Anpassungen in die Standardsoftware* aufnehmen wird
  - ☐ die Anpassungen gemäß Anlage Nr. _____ in die Standardsoftware* aufnehmen wird.
  - ☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass dies abweichend von Ziffer 2.3.1.3 EVB-IT System-AGB nicht mit dem auf die Erklärung der Betriebsbereitschaft* folgenden Programmstand*, sondern
    - ☐ bis zur Abnahme des Gesamtsystems*
    - ☐ bis zu dem in Anlage Nr. _____ genannten Termin

    erfolgen wird.
- ☐ Näheres zu den Anpassungen und deren Übernahme in den Standard ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

4.4.3 Abweichende Lizenzbedingungen

Sofern abweichende Nutzungsrechte gemäß den Nutzungsrechtsmatrizen vereinbart werden, gelten bezüglich der Nutzungsrechte an der jeweiligen Standardsoftware* folgende Regelungen in der folgenden Rangfolge:

- Nutzungsrechtsmatrizen gemäß Muster 4 (s.a. Nummer 4.4.1 Spalte 7),
- Ziffer 2.3 EVB-IT System-AGB,
- die Nutzungsrechtsregelungen aus den jeweiligen Lizenzbedingungen in Anlage Nr. _____ bzw. – im Falle der Überlassung neuer Programmstände* im Rahmen des Systemservices – aus den gemäß Nummer 5.1.3 bekanntgegebenen Nutzungsrechtsregelungen neuer Programmstände. Die jeweiligen Nutzungsrechtsregelungen gelten aber nur, soweit sie den sonstigen vertraglichen Regelungen weder entgegenstehen noch diese beschränken.

4.4.4 Bereitstellung der Standardsoftware*

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Standardsoftware* wie folgt zur Verfügung:

☐ gemäß Nummer 4.4.1 lfd. Nr. _____ auf Datenträger: Typ: _____, Kennzeichnung: _____,

☐ gemäß Nummer 4.4.1 lfd. Nr. _____ in folgender Form: _____,

☐ wie in Anlage Nr. _____beschrieben.

4.5 Erstellung und Überlassung von Individualsoftware* auf Dauer

4.5.1 Leistungsumfang

☐ Der Auftragnehmer erstellt folgende Individualsoftware*:

Lfd. Nr.	Individualsoftware*	Vergütungsanteil am Pauschalfestpreis* für die Erstellung von Individual-software*
1	2	3
Gesamtsumme		

☐ Die Individualsoftware* enthält folgende vorbestehende Teile*:

Lfd. Nr.	Lfd. Nr. aus Nummer 4.5.1, Tabelle 1, Spalte 1	Bezeichnung der vorbestehenden Teile*	Übergabe nur im Objektcode*
1	2	3	4

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über Änderungen im Zusammenhang mit den verwendeten vorbestehenden Teilen* im Projektverlauf rechtzeitig vorher schriftlich informieren. Sollte der Auftragnehmer nach Zuschlagserteilung zusätzliche oder andere vorbestehende Teile* in die Individualsoftware* einsetzen, so bestehen für diese vorbestehenden Teile* die Rechte gemäß Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB, jedoch werden keinesfalls ausschließliche Nutzungsrechte eingeräumt. Die ggf. für eine Verbreitung und Unterlizenzierung sämtlicher vorbestehenden Teile* zu zahlende Vergütung erhöht sich hierdurch nicht. Setzt der Auftragnehmer hingegen keine vorbestehenden Teile* ein, entfällt die Vergütung.

4.5.2 Vergütung

☐ Die gesonderte Vergütung für Erstellung der Individualsoftware* beträgt pauschal _____ Euro.

☐ Die Vergütung für Erstellung der Individualsoftware* erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 7

- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.
- ☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

☐ Die Erstellung der Individualsoftware* ist mit dem Pauschalfestpreis* abgegolten.

☐ Abweichend von Ziffer 8.1 EVB-IT System-AGB wird die gemäß Ziffer 2.3.2.4 EVB-IT System-AGB geschuldete Überlassung am Markt nicht erhältlicher, jedoch für die Bearbeitung der Individualsoftware* nötiger Werkzeuge* zusätzlich gemäß Anlage _____ vergütet.

Bei Verwendung vorbestehender Teile* durch den Auftragnehmer gem. Nummer 4.5.1. gilt Folgendes:

☐ Die Vergütung für das Recht zur Verbreitung und Unterlizenzierung der vorbestehenden Teile* insgesamt an beliebige Dritte beträgt insgesamt _____ Euro.

☐ Die Verbreitung und Unterlizenzierung der vorbestehenden Teile* ist mit der Vergütung für die Individualsoftware* abgegolten.

4.5.3 Abweichende Nutzungsrechte an der Individualsoftware*

Folgende abweichende Nutzungsrechte werden vereinbart für:

4.5.3.1 Gesamte Individualsoftware*

☐ Für die Individualsoftware* insgesamt gilt Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass statt des dort aufgeführten nicht ausschließlichen Nutzungsrechts ein ausschließliches Nutzungsrecht gewährt wird.

☐ Für die Individualsoftware* insgesamt gilt Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass die gewerbliche Verwertung, also insbesondere auch eine Unterlizenzierung, Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken zulässig ist.

4.5.3.2 Bestimmte Individualsoftware*

Für folgende Individualsoftware* werden von Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB abweichende Nutzungsrechte vereinbart:

☐ Für die Individualsoftware* gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ gilt Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass statt des dort aufgeführten nicht ausschließlichen Nutzungsrechts ein ausschließliches Nutzungsrecht gewährt wird.

☐ Für die Individualsoftware* gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ gilt Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass die gewerbliche Verwertung, also insbesondere auch eine Unterlizenzierung, Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken zulässig ist.

☐ Bezüglich der Nutzungsrechte an der Individualsoftware* gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____gelten vorrangig vor den Regelungen in Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB die Regelungen zu den Nutzungsrechten aus Anlage Nr. _____.

4.5.3.3 Verbreitung und Unterlizenzierung von vorbestehenden Teilen* der Individualsoftware*

☐ Das Recht zur Verbreitung und Unterlizenzierung der vorbestehenden Teile* ist ausgeschlossen.

☐ Abweichend von Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB ist der Auftraggeber auch zur gewerblichen Verbreitung und Unterlizenzierung vorbestehender Teile* der Individualsoftware* in Verbindung mit der Individualsoftware* selbst berechtigt.

☐ Die Verbreitung und Unterlizenzierung von vorbestehenden Teilen* der Individualsoftware* ist in Anlage Nr. _____ geregelt.

4.5.3.4 Werkzeuge*

☐ Abweichend von Ziffer 2.3.2.4 EVB-IT System-AGB wird dem Auftraggeber das Recht eingeräumt, statt nur eines weiteren Vervielfältigungsstücks _____ Vervielfältigungsstücke herzustellen, diese gemeinsam mit der Individualsoftware* zu verbreiten und dem Dritten daran die Rechte aus Ziffer 2.3.2.4 EVB-IT System-AGB mit Ausnahme des Verbreitungs- und Vervielfältigungsrechts einzuräumen.

☐ Abweichend von Ziffer 2.3.2.4 EVB-IT System-AGB werden dem Auftraggeber folgende Rechte gemäß Anlage Nr. _____ eingeräumt.

4.5.4 Sonderregelung: Lizenzrückvergütung (nur möglich bei nicht ausschließlicher Nutzungsrechtseinräumung)

☐ Hat der Auftraggeber sich kein ausschließliches Nutzungsrecht ausbedungen, verpflichtet sich der Auftragnehmer, an den Auftraggeber für jede Einräumung eines Nutzungsrechtes an der Individualsoftware* gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ an einen Dritten eine finanzielle Gegenleistung

- ☐ in Höhe von _____% der in Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____vereinbarten Vergütung
- ☐ in Höhe von _____% der erzielten, mindestens aber eine angemessene Lizenzgebühr (netto)
- ☐ gem. Anlage Nr. _____

zu zahlen.

Die Lizenzrückvergütung ist insgesamt begrenzt auf

- ☐ die gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ zu zahlende Vergütung, zuzüglich eines Aufschlages von _____%.
- ☐ _____% der gemäß Nummer 4.5.1 zu zahlenden Vergütung.

4.5.5 Einräumung von Rechten an Erfindungen

☐ Für Erfindungen, die anlässlich der Vertragserfüllung gemacht werden, gelten abweichend von Ziffer 2.3.2.5 EVB-IT System-AGB die Regelungen in Anlage Nr. _____.

4.5.6 Bereitstellung der Individualsoftware*

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber die Individualsoftware* wie folgt zur Verfügung:

☐ gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ auf Datenträger: Typ: _____ Kennzeichnung: _____.

☐ gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ in folgender Form: _____.

☐ gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ wie in Anlage Nr. _____beschrieben.

4.6 Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen

4.6.1 Leistungsumfang

☐ Die Übernahme von Altdaten und andere Migrationsleistungen erfolgen gemäß Anlage Nr._____.

4.6.2 Vergütung

☐ Die Übernahme von Altdaten und die anderen vereinbarten Migrationsleistungen sind mit dem Pauschalfestpreis abgegolten.

- ☐ Der Vergütungsanteil am Pauschalfestpreis* für die Übernahme von Altdaten und die anderen vereinbarten Migrationsleistungen beträgt _____ Euro.

☐ Die gesonderte Vergütung für die Übernahme von Altdaten und für die anderen vereinbarten Migrationsleistungen beträgt pauschal _____ Euro.

☐ Die Vergütung für die Übernahme von Altdaten und für die anderen vereinbarten Migrationsleistungen erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 7

- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.
- ☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

4.7 Erstellung des Gesamtsystems und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*

4.7.1 Leistungsumfang

Der Auftragnehmer schuldet die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems (Ziffer 2.4 EVB-IT System-AGB).

☒ Der Auftragnehmer schuldet die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* wie in Anlage Nr. 1 und 2 beschrieben.

4.7.2 Abweichende Nutzungsrechtsvereinbarungen

☐ Abweichend von Ziffer 2.4 EVB-IT System-AGB werden gem. Anlage Nr. _____ für die dort genannten Arbeitsergebnisse die dort aufgeführten Nutzungsrechte vereinbart.

☐ Abweichend von Ziffer 2.4 EVB-IT System-AGB werden dem Auftraggeber auch für die vorbestehenden Materialien Bearbeitungsrechte eingeräumt.

4.7.3 Vergütung

☐ Die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* ist mit dem Pauschalfestpreis* abgegolten.

☐ Der Vergütungsanteil am Pauschalfestpreis* für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* beträgt _____ Euro.

☐ Die gesonderte Vergütung für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* beträgt pauschal _____ Euro.

☐ Die Vergütung für die Leistungen zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 7

☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

4.8 Schulung

4.8.1 Art und Umfang der Schulungen

☒ Es sind Schulungen gemäß nachfolgender Tabelle vereinbart:

Lfd. Nr.	Anzahl der Schulungen	Art der Schulung (NZ/AD/MP/S)[1]	Inhalt der Schulung	Schulungstage pro Schulung	Ort[2]	Maximale Anzahl Teilnehmer pro Schulung	Sofern im Pauschalfestpreis* enthalten, keine Angabe notwendig	
							Betrag pro Schulung	Gesamtpreis
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	1	AD, MP	Schulung des technischen Personals zum administrativen Eigenbetrieb und als Trainer für Bediener	mind. 1		6	gemäß Angebot	gemäß Angebot
1	1	AD, MP	Nachschulung vor Migration des Betriebes in die ILS	mind. 1		6	gemäß Angebot	gemäß Angebot
Summe								

[1] NZ = Nutzerschulung
AD = Administratorenschulung
MP = Multiplikatorenschulung
S = sonstige Schulung

[2] Von Ziffer 2.5 EVB-IT System-AGB abweichender Ort der Schulung

☐ Vorbereitung und Durchführung von Schulungen erfolgen gemäß Anlage Nr. _____.

4.8.2 Schulungsunterlagen

☒ Es werden folgende Schulungsunterlagen geschuldet:

Lfd. Nr.	Schulung (hier lfd. Nr. aus Nummer 4.8.1 eintragen)	Schulungsunterlage	EXP[1]	Menge
1	2	3	4	5
1	1 und 2	Digitaler Inhalt der gesamten Schulung	DT	1

[1] US = Schulungsunterlage unterliegt US-amerikanischen Exportkontrollvorschriften
EU = Schulungsunterlage unterliegt EU-Exportkontrollvorschriften
DT = Schulungsunterlage unterliegt deutschen Exportkontrollvorschriften
S = Schulungsunterlage unterliegt _____ Exportkontrollvorschriften

☐ Soweit für die Individualsoftware* in Nummer 4.5.3 ausschließliche Nutzungsrechte vereinbart sind, gilt dies abweichend von Ziffer 2.5 EVB-IT System-AGB nicht für die Schulungsunterlagen gemäß Nummer 4.8.2 lfd. Nr. _____, die für den Auftraggeber individuell erstellt wurden. An diesen Schulungsunterlagen werden lediglich nicht ausschließliche Nutzungsrechte * gemäß Ziffer 2.3.2.1 EVB-IT System-AGB eingeräumt.

☐ Für folgende Schulungsunterlagen werden von Ziffer 2.5 EVB-IT System-AGB abweichende weitergehende Nutzungsrechte vereinbart:

- ☐ Für die Schulungsunterlagen gemäß Nummer 4.8.2 lfd. Nr. _____ wird statt des nicht ausschließlichen Nutzungsrechts ein ausschließliches Nutzungsrecht gewährt.
- ☐ Für die Schulungsunterlagen gemäß Nummer 4.8.2 lfd. Nr. _____ wird zusätzlich das Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung gewährt.
- ☐ Für die Schulungsunterlagen gemäß Nummer 4.8.2 lfd. Nr. _____ wird zusätzlich das Recht zur Bearbeitung sowie Vervielfältigung und Verbreitung der Bearbeitungen gewährt.

☐ Nutzungsrechte an den Schulungsunterlagen ergeben sich aus Anlage Nr._____.

4.8.3 Vergütung für Schulungen inkl. Schulungsunterlagen

☐ Die in Nummer 4.8.1 vereinbarte Vergütung für die Schulungen inkl. der Schulungsunterlagen ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

☐ Die Vergütung für die Schulungen inkl. der Schulungsunterlagen gemäß Nummer 4.8.1 lfd. Nr. _____ bis _____ ist nicht im Pauschalfestpreis* enthalten.

4.9 Dokumentation

☐ Ergänzend/abweichend von Ziffer 5.3 EVB-IT System-AGB ist die Dokumentation in folgender Sprache / in folgender Form zu erstellen: _____.

☐ Ergänzend/abweichend von Ziffer 5.3 EVB-IT System-AGB sind folgende Teile der Dokumentation: _____ bis zum _____ zu liefern.

☐ Abweichend von Ziffern 4.5 und 5.5 EVB-IT System-AGB sind Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen zum Systemservice oder im Rahmen der Mängelbeseitigung an den Dokumentationen erforderlich sind, **nicht** in die Dokumentation einzuarbeiten, sondern als separate Dokumente zu liefern.

☐ Abweichend von Ziffer 5.4 EVB-IT System-AGB ist der Auftragnehmer nicht über das gesetzliche Maß hinaus verpflichtet, die im Rahmen der Mängelhaftung gemäß Ziffer 13 EVB-IT System-AGB durchgeführten Maßnahmen zu dokumentieren.

☐ Abweichend von Ziffer 5.6 EVB-IT System-AGB wird an den für den Auftraggeber erstellten Dokumentationen statt des nicht ausschließlichen Nutzungsrechts ein ausschließliches Nutzungsrecht gewährt.

☒ Die Dokumentation ist gemäß dem in Nummer 2.3 vereinbarten Vorgehensmodell zu erstellen.

☒ Die Anwenderdokumentation ist zusätzlich als kontextsensitive “Online-Hilfe” im Gesamtsystem abzulegen.

☒ Weitere Vereinbarungen zur Dokumentation gemäß Anlage Nr.1.

4.10 Sonstige Leistungen zur Systemerstellung

4.10.1 Leistungsumfang

☐ Der Umfang der sonstigen Leistungen zur Systemerstellung ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

4.10.2 Vergütung

☐ Sonstige Leistungen sind mit dem Pauschalfestpreis* abgegolten.

  ☐ Der Vergütungsanteil am Pauschalfestpreis* für die sonstigen Leistungen beträgt _____Euro.

☐ Die gesonderte Vergütung für sonstige Leistungen beträgt pauschal _____ Euro.

☐ Die Vergütung erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 7

  ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

  ☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

5 Systemservice

Der Auftragnehmer verpflichtet sich im Rahmen des Systemservices zur Wiederherstellung und/oder zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems und/oder zur Lieferung neuer Programmstände* nach folgenden Regelungen:

5.1 Arten von Systemserviceleistungen

5.1.1 Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems (Störungsbeseitigung)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich bei Störungen die Betriebsbereitschaft*

☒ des Gesamtsystems gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT System-AGB wiederherzustellen.

☐ des Gesamtsystems gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT System-AGB mit Ausnahme folgender gelieferter, erstellter oder beizustellender Systemkomponenten* aus Nummer _____ lfd. Nr. _____ wiederherzustellen.

☐ folgender Systemkomponenten* aus Nummer _____ lfd. Nr. _____ gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT System-AGB wiederherzustellen.

☐ gemäß Anlage Nr. _____ wiederherzustellen.

5.1.1.1 Störungsmeldung

5.1.1.1.1 Form der Störungsmeldung

☐ Die Störungsmeldung erfolgt abweichend von Ziffer 11.3 EVB-IT System-AGB in der Regel gemäß Anlage Nr. _____.

5.1.1.1.2 Adresse für Störungsmeldungen

Die Störungsmeldung erfolgt

☒ an folgende Adresse:

Name/Firma:	N.N.
Organisationseinheit/Abteilung:	N.N.
☐ Postanschrift:	
☒ Telefon:	N.N.
☐ Fax:	
☒ E-Mail:	N.N.
☒ Web-Adresse:	N.N.

☐ gemäß Anlage Nr. _____.

5.1.1.2 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*,Mängelklassen

☒ Es werden folgende Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* (Ziffer 4.1.2 EVB-IT System-AGB) vereinbart:

Mängelklasse	Reaktionszeit* in Stunden	Wiederherstellungszeit* in Stunden
Betriebsverhindernder Mangel	2h	1 Werktag
Betriebsbehindernder Mangel	zum nächsten Werktag	3 Werktage
Leichter Mangel	Innerhalb von 3 Werktagen	1 Woche

☐ Die Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* werden in Anlage Nr. _____ für die dort abweichend von Ziffer 3 EVB-IT System-AGB definierten Mängelklassen festgelegt.

☐ Weitere Vereinbarungen (z.B. Reaktionszeiten*, Wiederherstellungszeiten*, Service Level Agreement) gemäß Anlage Nr. _____.

Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* beginnen ausschließlich mit dem Zugang der Störungsmeldung während der vereinbarten Servicezeiten und laufen ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.

Ergänzend können in Nummer 16.2 für die Nichteinhaltung der o.g. Zeiten Vertragsstrafen vereinbart werden.

5.1.1.3 Servicezeiten

☒ Es werden folgende Servicezeiten vereinbart:

Tag			Uhrzeit				
Montag	bis	Freitag	von	07:00	bis	18:00	Uhr
	bis		von		bis		Uhr
			von		bis		Uhr
An Sonntagen			von		bis		Uhr
An Feiertagen am Erfüllungsort			von		bis		Uhr

5.1.1.4 Hotline

☒ Der Auftragnehmer gewährt eine telefonische deutschsprachige Unterstützung (Hotline) zu folgenden Zeiten:

Tag			Uhrzeit				
Montag	bis	Freitag	von	08:00	bis	17:00	Uhr
	bis		von		bis		Uhr
			von		bis		Uhr
An Sonntagen			von		bis		Uhr
An Feiertagen am Erfüllungsort			von		bis		Uhr

☐ Weitere Vereinbarungen zur Hotline (z.B. Kreis der Berechtigten, Leistungsumfang) gemäß Anlage Nr. _____.

5.1.2 Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* (vorbeugende Maßnahmen)

Der Auftragnehmer verpflichtet sich

☐ angemessene Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, das Auftreten zukünftiger Störungen

- ☐ des Gesamtsystems
- ☐ des Gesamtsystems mit Ausnahme folgender gelieferter, erstellter oder beizustellenden Systemkomponenten* aus Nummer _____ lfd. Nr. _____
- ☐ folgender Systemkomponenten* aus Nummer _____ lfd. Nr. _____

zu vermeiden.

☐ zu vorbeugenden Maßnahmen gemäß Anlage Nr. _____.

5.1.3 Überlassung von verfügbaren Programmständen* (Standardsoftware*)

☒ Der Auftragnehmer verpflichtet sich, folgende Programmstände* für die aufgeführte Standardsoftware* zu überlassen, sobald sie am Markt verfügbar sind:

Lfd. Nr. aus Nummer 4.3.1	Lfd. Nr. aus Nummer 4.4.1	Überlassung aller verfügbaren Programmstände*			Zeitpunkt der Leistung	
		Patches*, Updates*	Upgrades*	Releases/ Versionen*	Auf Anforderung des Auftraggebers	Unverzüglich, sobald verfügbar
1	2	3	4	5	6	7
Die Hardware ergibt sich aus dem Leistungsverzeichnis bzw. den Einzelpositionen des Leistungsverzeichnis sowie aus den Anlagen XX						

☐ Besondere Vereinbarung zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* durch den Auftragnehmer gemäß Anlage Nr. _____.

☒ Besondere Vereinbarung zu Installation* und Customizing* der Programmstände* gemäß Anlage Nr. 1.

Soweit bezüglich der Nutzungsrechte der Standardsoftware* Nutzungsrechtsregelungen aus den Lizenzbedingungen in Nummer 4.3.3 bzw. 4.4.3 einbezogen sind, werden diese bei Überlassung neuer Programmstände* der jeweiligen Standardsoftware* durch die für den neuen Programmstand* geltenden Nutzungsrechtsregelungen ersetzt, wobei die in Nummer 4.3.3 bzw. 4.4.3 getroffenen Vereinbarungen auch für diese gelten. Diese neuen Nutzungsrechtsregelungen gelten aber nur, soweit die neuen Lizenzbedingungen dem Auftraggeber bei Überlassung mit Hinweis auf diese Regelung schriftlich bekannt gegeben werden.

5.2 Beginn / Dauer der Systemserviceleistungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vereinbarten Systemserviceleistungen beginnend mit

☐ dem Tag nach Ablauf der Verjährungsfrist für Sachmängelansprüche (Gewährleistungsfrist) des Gesamtsystems

☒ dem Tag nach der Abnahme des Gesamtsystems

☐ folgendem Datum _____

jeweils

☐ für die Dauer von _____ Monaten

☒ für die Dauer von mindestens 48 Monaten (Mindestvertragsdauer)

☐ für die in Anlage Nr. _____ vereinbarte Dauer

zu erbringen.

5.3 Kündigung von Systemserviceleistungen

☐ Abweichend von Ziffer 16.1.1 EVB-IT System-AGB beträgt die Kündigungsfrist _____ Monat(e) zum Ablauf eines _____ (z.B. Kalendermonat/Kalendervierteljahr/Kalenderjahr).

☐ Ergänzend zu Ziffer 16.1.1 EVB-IT System-AGB wird bei vereinbarter fester Laufzeit ein Sonderkündigungsrecht des Auftraggebers gem. Anlage Nr. _____ vereinbart.

5.4 Vergütung/Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen

5.4.1 Vergütung

☐ Der Systemservice ist (bei fester Laufzeit) insgesamt mit dem Pauschalfestpreis* abgegolten.
Der Vergütungsanteil für den Systemservice am Pauschalfestpreis* beträgt _____ Euro[2].

☐ Die gesonderte Vergütung für den Systemservice insgesamt (bei fester Laufzeit) beträgt pauschal _____ Euro.

☒ Die gesonderte monatliche Vergütung für den Systemservice beträgt pauschal gemäß Angebot Euro.

- ☒ Für den Zeitraum bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Sachmängelansprüche für das Gesamtsystem wird eine abweichende monatliche Vergütung in Höhe von pauschal gemäß Angebot Euro vereinbart.

☐ Die Vergütung für die Systemserviceleistungen gemäß Nummer(n) _____ (hier die relevanten Nummer(n) aus Nummer 5.1 eintragen) erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 7

- ☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.
- ☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

☐ Die Vergütung erfolgt gemäß Anlage Nr. _____.

5.4.2 Zahlungsfristen für Systemserviceleistungen

☐ monatlich (zahlbar bis zum 15. eines jeden Monats)
☒ quartalsweise (zahlbar bis zum 15. des zweiten Quartalsmonats)
☐ jährlich (zahlbar bis zum _____)
☐ einmalig zum _____
☐ gemäß Anlage Nr. _____

5.5 Sonstige Regelungen zu Systemserviceleistungen

5.5.1 Teleservice*

☐ Der Auftragnehmer erbringt Teile der Leistung mittels Teleservice* entsprechend der Teleservicevereinbarung gemäß Anlage Nr. .

5.5.2 Abnahme der Systemserviceleistungen

☐ Abweichend von Ziffer 4.3 EVB-IT System-AGB vereinbaren die Parteien eine Abnahme bestimmter Systemserviceleistungen gemäß Anlage Nr. _____.

5.5.3 Dokumentation der Systemserviceleistungen

☐ Abweichend von Ziffer 4.5 Satz 1 EVB-IT System-AGB ist der Auftragnehmer in dem in Anlage Nr. _____ aufgeführten Umfang verpflichtet, die im Rahmen des Systemservices durchgeführten Maßnahmen zu dokumentieren.

6 Weitere Leistungen nach der Abnahme

6.1 Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems nach der Abnahme

☐ Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das Gesamtsystem jeweils nach den Vereinbarungen in Anlage Nr. _____ weiterzuentwickeln, zu optimieren und an die sich ändernden Bedürfnisse des Auftraggebers anzupassen. Soweit in der Anlage nichts anderes geregelt ist, erfolgt die Beauftragung entsprechend den Konditionen dieses Vertrages und der einbezogenen EVB-IT System-AGB.

[2] Der Auftragnehmer hat den Anteil des Systemservices an dem Pauschalfestpreis* anzugeben, selbst wenn in Nummer 1.2 keine gesonderte Ausweisung von Preisanteilen vorgesehen ist. Dies allein, um die Berechnung der Haftungsobergrenze gemäß Ziffer 15.2 EVB-IT System-AGB und - bei Vereinbarung einer gesonderten Ausweisung - eine Bewertung des Pauschalfestpreises* zu ermöglichen.

6.2 Sonstige Leistungen nach der Abnahme

6.2.1 Leistungsumfang

☐ Der Umfang der sonstigen Leistungen nach der Abnahme ergibt sich aus Anlage Nr._____.

6.2.2 Vergütung

☐ Die sonstigen Leistungen nach der Abnahme sind mit dem Pauschalfestpreis* abgegolten.

☐ Der Vergütungsanteil am Pauschalfestpreis* für sonstige Leistungen nach der Abnahme beträgt _____ Euro.

☐ Die sonstigen Leistungen nach der Abnahme sind mit der pauschalen Vergütung für Systemserviceleistungen gemäß Nummer 5.4.1 abgegolten.

☐ Die gesonderte Vergütung für sonstige Leistungen nach der Abnahme beträgt pauschal _____ Euro.

☐ Die Vergütung erfolgt gesondert nach Aufwand gemäß Nummer 7

☐ mit einer Obergrenze in Höhe von _____ Euro.

☐ Dabei ist Personal der Kategorie(n) _____ einzusetzen.

7 Ergänzende Vereinbarungen bei Vergütung nach Aufwand

7.1 Vereinbarung der Preiskategorien bei Vergütung nach Aufwand

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Personalkategorie	Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 7.2.1		Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 7.2.2		Preis innerhalb der Zeiten gemäß Nummer 7.2.3	
		je Stunde	je Tag	je Stunde	je Tag	je Stunde	je Tag
1	2	3	4	5	6	7	8
Kategorie 1							
Kategorie 2							
Kategorie 3							
Kategorie 4							
Kategorie 5							

7.2 Zeiten der Leistungserbringung bei Vergütung nach Aufwand

Die Leistungen des Auftragnehmers werden erbracht:

7.2.1 Während der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort)

Wochentag			Uhrzeit				
Montag	bis	Freitag	von	07:00	bis	18:00	Uhr
	bis		von		bis		Uhr
			von		bis		Uhr

7.2.2 Außerhalb der Geschäftszeiten an Werktagen (außer an Samstagen und Feiertagen am Erfüllungsort)

Wochentag			Uhrzeit				
	bis		von		bis		Uhr
	bis		von		bis		Uhr
			von		bis		Uhr

7.2.3 Während sonstiger Zeiten

Wochentag	Uhrzeit				
Samstag	von		bis		Uhr
Sonntag	von		bis		Uhr
Feiertag am Erfüllungsort	von		bis		Uhr

☐ Weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

7.3 Abweichende Regelungen für die Bestimmung und Vergütung von Personentagessätzen

☐ Abweichend von Ziffer 8.5 Satz 1 EVB-IT System-AGB können bei entsprechendem Nachweis für einen Personentag bis zu 10 Stunden abgerechnet werden.

☐ Abweichend von Ziffer 8.5 Satz 2 und Satz 3 EVB-IT System-AGB wird Folgendes vereinbart: Ein voller Tagessatz kann nur in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens 10 Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als 10 Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen.

☐ Weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

7.4 Reisekosten, Nebenkosten*, Materialkosten und Reisezeiten

7.4.1 Reisekosten, Nebenkosten* und Materialkosten

☒ Reisekosten werden nicht gesondert vergütet.

☐ Reisekosten werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

☒ Nebenkosten* werden nicht gesondert vergütet.

☐ Nebenkosten* werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

☐ Materialkosten werden nicht gesondert vergütet.

☐ Materialkosten werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

7.4.2 Reisezeiten

☒ Reisezeiten werden nicht gesondert vergütet.

☐ Reisezeiten werden zu 50 % als Arbeitszeiten vergütet.

☐ Reisezeiten werden vergütet gemäß Anlage Nr. _____.

7.5 Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand

☐ Besondere Bestimmungen zur Vergütung nach Aufwand sind in Anlage Nr. _____ vereinbart.

7.6 Preisanpassung für Systemserviceleistungen, die nicht im Pauschalfestpreis* enthalten sind

☐ Gemäß Ziffer 8.6 EVB-IT System-AGB wird eine Preisanpassung vereinbart für Systemserviceleistungen gemäß Nummer(n) _____ (hier entsprechende Nummer(n) eintragen: 5.1.1, 5.1.2 oder/und 5.1.3).

☐ Abweichend von Ziffer 8.6 EVB-IT System-AGB wird eine Preisanpassung für Systemserviceleistungen nach Maßgabe der Anlage Nr. _____ vereinbart.

8 Termin- und Leistungsplan

☒ Der Termin- und Leistungsplan ergibt sich aus folgender Tabelle:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der zu erbringenden Leistung	Art des Termins MS[1], BB[2], BBTA[3], TA[4], VE[5]	Leistungszeit (Datum oder Zeitpunkt nach Zuschlagserteilung)	Leistungsort (einschließlich Anschrift)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Start von Ph-01 Pflichtenheft		Bis 10 Werktage nach Zuschlag	-	
2	Abschluss von Ph-01	MS	Bis 35 Werktage nach Zuschlag	-	15 Werktage für Workshops und Erarbeitung / Ausfüllen des Pflichtenhefts 10 Werktage für Prüfung / Kommentierung des Pflichtenhefts durch AG
3	Ph-02 Bereitstellung und Herstellung der Betriebsbereitschaft nach Vorliegen der dafür notwendigen Ergebnisse aus Ph-01		siehe Unterpunkte	alle Standorte	
3a	Teilleistung Ph-03 Standort der ILS zentrale Technik und dezentrale Technik	MS, BB	ab 08.03.2027 bis zum 05.04.2027	ILS	
3b	Teilleistung Ph-02 Standort der Notleitstelle	MS, BB	ab 12.04.2027 bis zum 17.04.2027	NLS	
4	Ph-03 Inbetriebnahme		siehe Unterpunkte	alle Standorte	
4a	Teilleistung Ph-03 Inbetriebnahme ILS	MS	07.04.2027	ILS	
4b	Teilleistung Ph-03 Inbetriebnahme Notleitstelle Inbetriebnahme Gesamt	MS	19.04.2027	NLS	
5	Abnahme	VE	10.05.2027 (erwartet)	alle Standorte	Nach erfolgreichen 4-wöchigen Probebetrieb nach 4b Inbetriebnahme Gesamt

1 MS = Meilenstein
2 BB = Termin der Betriebsbereitschaftserklärung
3 BBTA = Termin der Betriebsbereitschaftserklärung zur Teilabnahme
4 TA = Teilabnahmetermin

[5] VE = Vertragserfüllungstermin*

☐ Gemäß dem in Nummer 2.3 vereinbarten Vorgehensmodell V-Modell XT* bzw. dem vereinbarten organisationsspezifischen V-Modell XT* ergibt sich der Termin- und Leistungsplan aus dem Lastenheft gemäß Anlage Nr. _____ und den Teilen des Projekthandbuchs (AN), die der Auftraggeber in Umsetzung seiner Vorgaben in der Ausschreibung mindestens gefordert hat gemäß Anlage Nr. _____.

☐ Der Termin- und Leistungsplan ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

9 Zahlungsplan

☐ Der Auftraggeber leistet zum _____ (Datum) eine Vorauszahlung in Höhe von _____ Euro Zug um Zug gegen Übergabe einer Vorauszahlungsbürgschaft in gleicher Höhe gemäß Ziffer 20.1.1 EVB-IT System-AGB.

☒ Der Zahlungsplan ergibt sich aus folgender Tabelle:

Termin gemäß Nummer 8, lfd. Nr.	Art der Zahlung AZ[1], TZ[2], SZ[3]	Betrag	Bemerkungen
1	2	3	4
2	AZ	20 %	
3a	AZ	50 %	
5	SZ	30 %	

[1] AZ = Abschlagszahlung*
[2] TZ = Teilzahlung. Diese setzt eine erfolgreiche Teilabnahme voraus, gilt anderenfalls als AZ.
[3] SZ = Schlusszahlung

☐ Der Zahlungsplan ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

10 Projektmanagement

10.1 Projektmanager/Projektleiter

des Auftragnehmers (Schlüsselpositionen):

	Gesamtprojektverantwortlicher Projektmanager für die Erstellung des Gesamtsystems	Gesamtprojektverantwortlicher Projektleiter als Ansprechpartner
Name:	Wird nach Zuschlagserteilung finalisiert	Wird nach Zuschlagserteilung finalisiert
Position:		
Organisationseinheit/Abteilung:		
Telefon:		
Fax:		
E-Mail:		
Postanschrift:		

des Auftraggebers:

	Projektmanager	Projektleiter als Ansprechpartner
Name:	Wird nach Zuschlagserteilung finalisiert	Wird nach Zuschlagserteilung finalisiert
Position:	Projektleiter ILS Nürnberg	Projektleiter Fachplanung
Organisationseinheit/Abteilung:	ILS Nürnberg	Von der ILS Nürnberg beauftragter Fachplaner
Telefon:		
Fax:		
E-Mail:		
Postanschrift:		

10.2 Weitere Schlüsselpositionen des Auftragnehmers

Die Parteien definieren gemäß Ziffer 7.4 EVB-IT System-AGB folgende weitere Schlüsselpositionen auf Seiten des Auftragnehmers und deren Besetzung:

Lfd. Nr.	Schlüsselposition	Name	Kontaktdaten
1	2	3	4
1	Wird nach Zuschlagserteilung fina-lisiert	Wird nach Zuschlagserteilung fina-lisiert	Wird nach Zuschlagserteilung fina-lisiert

10.3 Projektsteuerung/Projektkoordinierung

Die Regeln zur Projektsteuerung und Projektkoordinierung ergeben sich aus

☐ dem vereinbarten Vorgehensmodell gemäß Nummer 2.3.

☒ folgenden Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. 1.

10.4 Behandlung von Änderungsverlangen (Change Requests)

Ergänzend/abweichend zu Ziffer 17 EVB-IT System-AGB sind die Vereinbarungen über die Behandlung von Änderungsverlangen (Change Requests), die während der Vertragsdauer vom Auftraggeber vorgebracht werden, festgelegt:

☐ in dem vereinbarten Vorgehensmodell gemäß Nummer 2.3.

☐ in Anlage Nr. _____.

11 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer hat folgende weitere Pflichten:

11.1 Besondere Anforderungen an Mitarbeiter des Auftragnehmers

☐ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers:

Lfd. Nr.	Position	Fachliche Qualifikation	Sicherheits-überprüfung SÜ 1, 2 oder 3[1]	Sonstige Anforderungen, z.B. weitere Sicherheitsanforderungen
1	2	3	4	5

[1] Stufen der Sicherheitsüberprüfung gemäß Sicherheitsüberprüfungsgesetz

☒ Mindestanforderungen an das einzusetzende Personal des Auftragnehmers ergeben sich aus Anlage Nr. 1.

11.2 Allgemeine Sicherheitsanforderungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Laufzeit des Vertrages:

☐ bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen die Regelungen zur IT-Sicherheit gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten;

☐ sich der Geheimschutzbetreuung gemäß Anlage Nr. _____ zu unterstellen;

☐ die Regelungen des Auftraggebers zur Sicherheit am Einsatzort gemäß Anlage Nr. _____ zu beachten;

☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.

11.3 Kopier- oder Nutzungssperre*

☐ Die vom Auftragnehmer gelieferten oder erstellten Systemkomponenten* weisen keine Kopier- oder Nutzungssperren* auf.

☐ Die vom Auftragnehmer gelieferten oder erstellten Systemkomponenten* weisen folgende Kopier- oder Nutzungssperren* auf: _____. Näheres siehe Anlage Nr. _____.

11.4 Mitteilungspflicht bezüglich der zur Vertragserfüllung eingesetzten Werkzeuge*

☐ Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber mit, dass er folgende Werkzeuge* für die Erstellung der Individualsoftware*, die für die Bearbeitung und Umgestaltung der Individualsoftware* notwendig sind,

- ☐ verwenden wird: _____. Näheres siehe Anlage Nr. _____.
- ☐ entwickeln wird: _____. Näheres siehe Anlage Nr. _____.

☐ In Ergänzung zu Ziffer 6.4 der EVB-IT System-AGB erstreckt sich die Mitteilungspflicht des Auftragnehmers auch auf die für die Erstellung des Gesamtsystems insgesamt eingesetzten Werkzeuge*.

11.5 Entsorgung der Hardware (ergänzend zu Ziffer 2.1 EVB-IT System-AGB)

☐ Ergänzend zu Ziffer 2.1 EVB-IT System-AGB und den entsprechenden gesetzlichen Regelungen gelten die in Anlage Nr. _____ aufgeführten zusätzlichen Vereinbarungen über die Entsorgung von in Nummer 4.1 genannter Hardware.

☐ Der Auftragnehmer übernimmt die Entsorgung auch von nicht in Nummer 4.1. genannter Hardware (Altgeräte) aufgrund gesonderter Vereinbarung gemäß Anlage Nr. _____.

11.6 Entsorgung der Verpackung

☐ Ergänzende Vereinbarung zur Entsorgung der Verpackung durch den Auftragnehmer gemäß Anlage Nr. _____.

☐ Die Entsorgung der Verpackung erfolgt durch den Auftraggeber (abweichend von Ziffern 2.1 und 2.2 EVB-IT System-AGB).

12 Mitwirkung des Auftraggebers

☐ Dem Auftraggeber obliegt folgende Mitwirkung (z.B. Infrastruktur, Organisation, Personal, Technik, Dokumente):

Lfd. Nr.	Art der Mitwirkung	Erläuterungen (z.B. fachliche Qualifikation des Personals, das Mitwirkungsleistungen erbringt)	max. Aufwand	Termin/ Zeitraum	Ort
1	2	3	4	5	6

☐ Gemäß dem in Nummer 2.3 vereinbarten Vorgehensmodell V-Modell XT* bzw. dem vereinbarten organisationsspezifischen V-Modell XT* ergibt sich die Mitwirkung des Auftraggebers aus dem Lastenheft gemäß Anlage Nr. _____ und dem Teil „Mitwirkung und Beistellungen des Auftraggebers“ des Projekthandbuchs (AN) gemäß Anlage Nr. _____.

☒ Die Mitwirkung des Auftraggebers ergibt sich aus Anlage Nr.1.

13 Abnahme

13.1 Gegenstand der Abnahme

Der Abnahmegegenstand ist das Gesamtsystem im Sinne dieses Vertrages und, soweit in Nummer 8 vereinbart, die einer Teilabnahme unterliegenden, in sich abgeschlossenen und funktional nutzbaren Teile des Gesamtsystems.

☐ Ergänzende Vereinbarungen zum Gegenstand der Abnahme gemäß Anlage Nr. _____.

☒ Das Gesamtsystem beinhaltet jeweils die aktuellste Version der vereinbarten Software* zum Zeitpunkt des Beginns der Erklärung der Betriebsbereitschaft*.

13.2 Testdaten

☐ Die Testdaten erstellt der Auftraggeber. Einzelheiten gemäß Anlage Nr. _____.

☐ Die Testdaten erstellt der Auftragnehmer. Einzelheiten gemäß Anlage Nr. _____.

13.3 Dauer, Ort und Systemumgebung* der Funktionsprüfung

☐ Dauer der Funktionsprüfungszeit (abweichend von der 30tägigen Frist in Ziffer 12.3 Satz 1 EVB-IT System-AGB): _____.

☐ Dauer der Funktionsprüfungszeit für teilabzunehmende Leistungen (abweichend von der 14tägigen Frist in Ziffer 12.3 Satz 2 EVB-IT System-AGB): _____.

☐ Ort der Funktionsprüfung (abweichend von Ziffer 12.4 EVB-IT System-AGB): _____.

☐ Ort der Funktionsprüfung für teilabzunehmende Leistungen (abweichend von Ziffer 12.4 EVB-IT System-AGB): _____.

☐ Ort und Dauer der Funktionsprüfung(en) ergeben sich aus Anlage Nr. _____ (abweichend von Ziffern 12.3 und 12.4 EVB-IT System-AGB).

☐ Abweichend von Ziffer 12.6 EVB-IT System-AGB beträgt der Zeitrahmen für erneute Funktionsprüfungen statt 14 Tagen jeweils _____.

☐ Die Durchführung der Funktionsprüfung erfolgt abweichend von Ziffer 12.4 EVB-IT System-AGB nicht in der in Nummer 3 genannten, sondern in folgender Systemumgebung*: _____.

13.4 Vereinbarungen zur Durchführung der Funktionsprüfung und zur Erklärung der Abnahme

☐ Gemäß dem in Nummer 2.3 vereinbarten Vorgehensmodell V-Modell XT* ergeben sich die Regelungen zur Durchführung der Funktionsprüfung und der Abnahme aus dem Lastenheft gemäß Anlage Nr. _____ und den Teilen des Projektplans (AN), die der Auftraggeber in Umsetzung seiner Vorgaben in der Ausschreibung mindestens gefordert hat gemäß Anlage Nr. _____.

☐ Die Regelungen zur Durchführung der Funktionsprüfung und der Abnahme ergeben sich aus Anlage Nr. _____ (abweichend von Ziffer 12 EVB-IT System-AGB).

13.5 Vereinbarungen zu Mängelklassen im Rahmen der Funktionsprüfung

☐ Abweichend von Ziffer 3 EVB-IT System-AGB werden in Anlage Nr. _____ die dort genannten Mängelklassen vereinbart.

☐ Abweichend von Ziffer 12 EVB-IT System-AGB werden die Auswirkungen der bei der Funktionsprüfung gefundenen Mängel in Anlage Nr. _____ vereinbart.

14 Mängelhaftung (Gewährleistung)

14.1 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel des Gesamtsystems

☐ Es gilt Ziffer 13.3 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass für Sachmängel und Rechtsmängel, die nicht Rechtsmängel der Individualsoftware* sind, die Verjährungsfrist statt 24 Monate _____ Monate beträgt.

☐ Es gilt Ziffer 13.3 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass für Rechtsmängel der Individualsoftware* die Verjährungsfrist statt 36 Monate _____ Monate beträgt.

☐ Anstelle der in Ziffer 13.3 EVB-IT System-AGB geregelten zwölfmonatigen Frist für den Rücktritt bezogen auf die Standardsoftware* tritt eine _____ monatige Frist.

☐ Es gilt Ziffer 13.3 EVB-IT System-AGB mit der Maßgabe, dass die für Rechtsmängel an Individualsoftware* vereinbarte Verjährungsfrist für Rechtsmängel an folgenden vereinbarten Systemkomponenten*_____ gilt.

☐ Die Verjährungsfristen für Sach- und Rechtsmängel ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

14.2 Verjährungsfrist (Gewährleistungsfrist) für Mängel an Teilleistungen

☐ Abweichend von Ziffer 13.4 EVB-IT System-AGB endet die Verjährungsfrist für Mängel an Teilleistungen nicht zwei Jahre nach der Teilabnahme und frühestens neun Monate nach der Gesamtabnahme, sondern gemäß Anlage Nr. _____.

14.3 Mängelmeldungen

14.3.1 Form der Mängelmeldung

Abweichend von Ziffer 11.3 EVB-IT System-AGB erfolgt die Mängelmeldung gemäß Anlage Nr. _____.

14.3.2 Adresse für Mängelmeldungen

Die Mängelmeldung erfolgt:

☒ an folgende Adresse:

Name/Firma:	N.N.
Organisationseinheit/Abteilung:	N.N.
☐ Postanschrift:	
☒ Telefon:	N.N.
☐ Fax:	
☒ E-Mail:	N.N.
☒ Web-Adresse:	N.N.

☐ gemäß Anlage Nr. _____.

14.4 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*, Servicezeiten, Hotline

14.4.1 Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*, Mängelklassen

☒ Für die Zeit bis zur Verjährung der Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist) werden folgende Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* vereinbart:

Mängelklasse	Reaktionszeit* in Stunden	Wiederherstellungszeit* in Stunden
Betriebsverhindernder Mangel	2 h	1 Werktag
Betriebsbehindernder Mangel	zum nächsten Werktag	3 Werktage
Leichter Mangel	Innerhalb von 3 Werktagen	1 Woche

Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* beginnen ausschließlich mit dem Zugang der Mängelmeldung während der Servicezeiten und laufen ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.

Ergänzend können in Nummer 16.2 für die Nichteinhaltung der o.g. Zeiten Vertragsstrafen vereinbart werden.

☐ Die Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* werden in Anlage Nr. _____ für die dort abweichend von Ziffer 3 EVB-IT System-AGB definierten Mängelklassen festgelegt.

14.4.2 Servicezeiten

☒ Es werden folgende Servicezeiten vereinbart:

Tag			Uhrzeit				
Montag	bis	Freitag	von	07:00	bis	18:00	Uhr
	bis		von		bis		Uhr
			von		bis		Uhr
An Sonntagen			von		bis		Uhr
An Feiertagen am Erfüllungsort			von		bis		Uhr

14.4.3 Hotline

☒ Der Auftragnehmer gewährt eine telefonische deutschsprachige Unterstützung (Hotline) zu folgenden Zeiten:

Tag			Uhrzeit				
Montag	bis	Freitag	von	08:00	bis	17:00	Uhr
	bis		von		bis		Uhr
			von		bis		Uhr
An Sonntagen			von		bis		Uhr
An Feiertagen am Erfüllungsort			von		bis		Uhr

☐ Weitere Vereinbarungen zur Hotline (Leistungsumfang) gemäß Anlage Nr. _____.

14.5 Teleservice*

☐ Der Auftragnehmer erbringt Teile der Leistung mittels Teleservice* entsprechend der Teleservicevereinbarung gemäß Anlage Nr. _____.

14.6 Weitere Vereinbarungen zur Mängelhaftung

☐ Der Ausschluss der Rechtsmängelhaftung wegen Patentverletzungen, die Dritte gegen den Auftraggeber wegen einer Nutzung außerhalb von EU und EFTA geltend machen (Ziffer 13.6 EVB-IT System-AGB), gilt nicht.

☐ Weitere Vereinbarungen gemäß Anlage Nr. _____.

15 Haftungsregelungen

15.1 Haftungsobergrenze bei leicht fahrlässiger Pflichtverletzung

☐ Abweichend von Ziffer 15.1 EVB-IT System-AGB beträgt die Haftungsobergrenze für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen insgesamt für diesen Vertrag _____ Euro.

☐ Abweichend von Ziffer 15.1 EVB-IT System-AGB gelten für die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.

15.2 Haftung bei Verzug

☐ Abweichend von Ziffer 15.1 EVB-IT System-AGB beträgt die Haftungsobergrenze für Verzug bei leichter Fahrlässigkeit insgesamt für diesen Vertrag 50 % des Auftragswertes*.

☐ Abweichend von Ziffer 15.1 EVB-IT System-AGB gelten für die Haftung für Verzug bei leichter Fahrlässigkeit die Regelungen gemäß Anlage Nr. _____.

15.3 Haftung für den Systemservice

☐ Abweichend von Ziffer 15.2 EVB-IT System-AGB beträgt die Haftungsobergrenze für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen beim Systemservice insgesamt _____ Euro pro Vertragsjahr.

☐ Abweichend von Ziffer 15.2 EVB-IT System-AGB beträgt die Haftungsobergrenze für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen beim Systemservice insgesamt für diesen Vertrag _____ Euro.

☐ Abweichend von Ziffer 15.2 EVB-IT System-AGB beträgt die Haftungsobergrenze für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen beim Systemservice

- ☐ minimal das _____fache (statt des Doppelten)
- ☐ maximal das _____fache (statt des Vierfachen)

der Vergütung, die für das erste Vertragsjahr des Systemservices zu zahlen ist. Ziffer 15.2 letzter Satz EVB-IT System-AGB bleibt unberührt.

15.4 Haftung für entgangenen Gewinn

☐ Abweichend von Ziffer 15.5 EVB-IT System-AGB haftet der Auftragnehmer auch für entgangenen Gewinn.

16 Vertragsstrafen bei Verzug

16.1 Verzug bei Erstellung des Gesamtsystems

☐ Abweichend von Ziffer 9.3 EVB-IT System-AGB gilt die dort aufgeführte Vertragsstrafe auch bei Überschreitung der für die einzelnen Meilensteine im Termin- und Leistungsplan gemäß Nummer 8 festgelegten Termine.

Die Summe der vorstehenden Vertragsstrafen ist auf den in Ziffer 9.3 EVB-IT System-AGB festgelegten Höchstbetrag anzurechnen.

☐ Abweichend von Ziffer 9.3 EVB-IT System-AGB gilt die dort aufgeführte Vertragsstrafe nicht bei Überschreitung der für die Teilabnahmen gemäß Nummer 8 festgelegten Termine.

☐ Abweichend von Ziffer 9.3 EVB-IT System-AGB wird bei Verzug der Leistung die Vertragsstrafenregelung gemäß Anlage Nr. _____ vereinbart.

16.2 Verzug bei Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten*

☐ Zusätzlich zur Vertragsstrafe gemäß Ziffer 9.3 EVB-IT System-AGB werden in Anlage Nr. _____ Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung der in Nummer 5.1.1.2 geregelten Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* nach der Abnahme des Gesamtsystems vereinbart.

☐ Zusätzlich zur Vertragsstrafe gemäß Ziffer 9.3 EVB-IT System-AGB werden in Anlage Nr. _____ Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung der in Nummer 14.4.1 geregelten Reaktions-* und Wiederherstellungszeiten* im Rahmen der Mängelhaftung (Gewährleistung) vereinbart.

17 Weitere Vereinbarungen

17.1 Garantien

17.1.1 Auftragnehmergarantien

☐ Der Auftragnehmer übernimmt zusätzlich zu der in diesem Vertrag (Nummer 14 und Ziffer 13 EVB-IT System-AGB) vereinbarten Mängelhaftung eine Haltbarkeitsgarantie, deren Konkretisierung und/oder Begrenzung, z.B. des Inhalts oder der Rechtsfolgen in der Anlage Nr._____ erfolgt.

☐ Der Auftragnehmer übernimmt zusätzlich zu der in diesem Vertrag vereinbarten Mängelhaftung (Nummer 14 und Ziffern 13, 14 EVB-IT System-AGB) eine Beschaffenheitsgarantie, deren Konkretisierung und/oder Begrenzung, z.B. des Inhalts oder der Rechtsfolgen in Anlage Nr. _____ erfolgt.

17.1.2 Herstellergarantien

☐ Der Auftragnehmer erklärt, dass die Hersteller der folgenden Systemkomponenten* folgende Haltbarkeitsgarantien übernehmen:

Lfd. Nr. der betroffenen Systemkomponente* gemäß Nummer 4	Garantiebeginn	Dauer der Garantie in Monaten	Name des Herstellers	Umfang der Leistung im Garantiefall (z.B. VOS/BIS[1])
1	2	3	4	5

[1] VOS = Vorortservice (am Erfüllungsort)
BIS = Bring-In-Service (zum Auftragnehmer auf dessen Kosten)

☐ Weitere Vereinbarungen (Konkretisierung und/oder Begrenzung z.B. des Inhalts oder der Rechtsfolgen) zur Haltbarkeitsgarantie und/oder Beschaffenheitsgarantie des Herstellers gemäß Anlage Nr. _____.

17.2 Übergabe bzw. Hinterlegung des Quellcodes*

17.2.1 Übergabe des Quellcodes*

☐ Abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT System-AGB wird der Quellcode* der Individualsoftware* gemäß Anlage Nr. _____ übergeben.

☐ Abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT System-AGB wird die Individualsoftware* gemäß Nummer 4.5.1 lfd. Nr. _____ nur im Objektcode* und nicht im Quellcode* übergeben.

☐ Abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT System-AGB wird der Quellcode* der Anpassungen der Standardsoftware*, die nicht in den Standard übernommen werden, gemäß Ziffer 2.3.1.3 EVB-IT System-AGB gemäß Anlage Nr. _____ übergeben.

☐ Abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT System-AGB wird der Quellcode* der Individualsoftware* am Ende jedes Erstellungstages in dem Software-Depository des Auftraggebers gespeichert.

☐ Näheres ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

☐ Abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT System-AGB wird der Quellcode* der Anpassungen der Standardsoftware* gemäß Ziffer 2.3.1.3 EVB-IT System-AGB am Ende jedes Erstellungstages in dem Software-Depository des Auftraggebers gespeichert.

☐ Näheres ergibt sich aus Anlage Nr. _____.

17.2.2 Hinterlegung des Quellcodes

☐ Es wird gemäß Ziffer 18.2 EVB-IT System-AGB die Hinterlegung des Quellcodes* folgender Standardsoftware* oder Individualsoftware* (abweichend von Ziffer 18.1 EVB-IT System-AGB) vereinbart.

Lfd. Nr. aus (4.3.1/4.4.1/4.5.1)	Hinterlegungsstelle und Hinterlegungsvereinbarung	ER	Beitritt zu einer bestehenden Hinterlegungsvereinbarung gemäß
1	2		3
Nummer _____ lfd. Nr. _____	Hinterlegungsstelle: _____ Hinterlegungsvereinbarung gemäß Anlage Nr. _____		Anlage Nr. _____
Nummer _____ lfd. Nr. _____	Hinterlegungsstelle: _____ Hinterlegungsvereinbarung gemäß Anlage Nr. _____		Anlage Nr. _____
Nummer _____ lfd. Nr. _____	Hinterlegungsstelle: _____ Hinterlegungsvereinbarung gemäß Anlage Nr. _____		Anlage Nr. _____

17.3 Haftpflichtversicherung

☒ Der Nachweis einer Haftpflichtversicherung gemäß Ziffer 19.1 EVB-IT System-AGB wird vereinbart.

17.4 Sicherheiten

17.4.1 Vorauszahlungsbürgschaft

☐ Die Übergabe einer Vorauszahlungsbürgschaft gemäß Ziffer 20.1.1 EVB-IT System-AGB wird vereinbart.

☐ Abweichend von Ziffer 20.1.1 EVB-IT System-AGB beträgt die Höhe der Vorauszahlungsbürgschaft statt 100% der Vorauszahlung _____ Euro (Hinweis: wenn niedriger als 100% der Vorauszahlung, haushaltsrechtlich i.d.R. nicht zulässig).

17.4.2 Vertragserfüllungs- oder Mängelhaftungssicherheit

Es werden für die Vertragserfüllung folgende Vertragserfüllungs- oder Mängelhaftungssicherheiten vereinbart:

☐ Vertragserfüllung

Es wird die Leistung einer Sicherheit für die Vertragserfüllung durch Hinterlegung von Geld auf einem Sperrkonto oder Übergabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß Ziffer 20.1.2 EVB-IT System-AGB vereinbart.

Höhe der Sicherheit:

☐ Abweichend von Ziffer 20.1.2 EVB-IT System-AGB beträgt die Höhe der Sicherheit _____% des Erstellungspreises*.

☐ Abweichend von Ziffer 20.1.2 EVB-IT System-AGB wird die teilweise Rückgabe der Sicherheit nach Teilabnahmen gemäß Anlage Nr. _____ geregelt.

Der Auftraggeber kann eine Anpassung der Sicherheit gemäß Ziffer 20.1.2 EVB-IT System-AGB verlangen.

☐ Mängelhaftung (Gewährleistung)

Es wird die Leistung einer Sicherheit für die Mängelhaftung durch Hinterlegung von Geld auf einem Sperrkonto oder Übergabe einer Mängelhaftungsbürgschaft gemäß Ziffer 20.1.3 EVB-IT System-AGB vereinbart.

Höhe der Sicherheit:

☐ Abweichend von Ziffer 20.1.3 EVB-IT System-AGB beträgt die Höhe der Sicherheit _____% des Auftragswertes*.

ODER

17.4.3 Kombinierte Vertragserfüllungs- oder Mängelhaftungssicherheit

Es wird die Leistung einer Sicherheit für die Vertragserfüllung und Mängelhaftung durch Hinterlegung von Geld auf einem Sperrkonto oder Übergabe einer Vertragserfüllungs- und Mängelhaftungsbürgschaft gemäß Ziffer 20.1.4 EVB-IT System-AGB vereinbart.

☐ kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelhaftungssicherheit

Höhe der Sicherheit:

☐ Abweichend von Ziffer 20.1.4 EVB-IT System-AGB beträgt die Höhe der Sicherheit für die Vertragserfüllung _____% des Erstellungspreises* und für die Mängelhaftung _____% des Erstellungspreises*.

Der Auftraggeber kann eine Anpassung der Sicherheit gemäß Ziffer 20.1.4 EVB-IT System-AGB verlangen.

17.5 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

☒ Ergänzend zu bzw. abweichend von Ziffer 21 EVB-IT System-AGB ergeben sich Regelungen zur Geheimhaltung bzw. zur Sicherheit aus Anlage Nr. 1.

☒ Da durch den Auftragnehmer personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers verarbeitet werden sollen (Auftragsdatenverarbeitung), treffen die Parteien in Anlage Nr. 3 eine schriftliche Vereinbarung, die zumindest die gesetzlichen Mindestanforderungen beinhaltet (z.B. gemäß § 11 Absatz 2 BDSG).

☐ Die Parteien treffen sonstige Vereinbarungen zum Datenschutz gemäß Anlage Nr. _____.

17.6 Vereinbarungen zur Korruptionsprävention

Der Auftragnehmer verpflichtet sich für die Laufzeit des Vertrages

☐ die in Anlage Nr. _____ aufgeführten Vorschriften zur Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung zu beachten.

☐ folgende weitere Regelungen einzuhalten: _____.

17.7 Kündigungsrecht des Auftraggebers

☐ Abweichend von den gesetzlichen Regelungen und Ziffer 16.2 EVB-IT System-AGB ergeben sich die Ansprüche des Auftragnehmers bei einer Kündigung des Auftraggebers gemäß § 649 BGB aus Anlage Nr. _____.

17.8 Sonstige Vereinbarungen

☐ Sonstige Vereinbarungen:

☐ Die sonstigen Vereinbarungen ergeben sich aus Anlage Nr. _____.

N.N.	XX	Nürnberg	XX
Ort	Datum	Ort	Datum
Auftragnehmer		Auftraggeber	
Unterschrift Auftragnehmer (Name in Druckschrift)		Unterschrift Auftraggeber (Name in Druckschrift)	

Ergänzende Vertragsbedingungen für die Erstellung eines Gesamtsystems
– EVB-IT System-AGB –

1 Gegenstand des EVB-IT Systemvertrages ____ 2
2 Art und Umfang der Leistungen zur Erstellung des Gesamtsystems ____ 2
3 Mängelklassifizierung ____ 8
4 Systemservice nach Abnahme ____ 9
5 Dokumentation ____ 11
6 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers ____ 12
7 Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer ____ 13
8 Vergütung ____ 14
9 Verzug ____ 15
10 Projektmanagement ____ 15
11 Mitwirkung des Auftraggebers ____ 16
12 Abnahme ____ 17
13 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln des Gesamtsystems (Gewährleistung) ____ 18
14 Schutzrechte Dritter ____ 20
15 Haftungsbeschränkung ____ 21
16 Laufzeit und Kündigung ____ 21
17 Änderung der Leistung nach Vertragsschluss ____ 23
18 Quellcodeübergabe und Quellcodehinterlegung ____ 23
19 Haftpflichtversicherung ____ 24
20 Vorauszahlungsbürgschaft, Vertragserfüllungs– und Mängelhaftungssicherheit ____ 24
21 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit ____ 26
22 Zurückbehaltungsrechte ____ 26
23 Schlichtungsverfahren ____ 27
24 Textform ____ 27
25 Anwendbares Recht ____ 27
Begriffsbestimmungen ____ 28

1 Gegenstand des EVB-IT Systemvertrages

1.1 Gegenstand des EVB-IT Systemvertrages ist die Erstellung eines Gesamtsystems auf der Grundlage eines Werkvertrages und - soweit vereinbart - Systemservice nach Abnahme und/oder die Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems.

Das Gesamtsystem ergibt sich aus den vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen und Lieferungen gemäß Nummern 2 und 4 des EVB-IT Systemvertrages einschließlich der vom Auftraggeber beizustellenden Systemkomponenten*. Die Leistungen zur Erstellung des Gesamtsystems können insbesondere umfassen:

- Verkauf von Hardware,
- Vermietung von Hardware,
- Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung auf Dauer,
- Überlassung von Standardsoftware* auf Zeit,
- Erstellung und Überlassung von Individualsoftware* auf Dauer,
- Erstellung des Gesamtsystems und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*,
- Schulung,
- Dokumentation.

Die Leistungen zur Erstellung des Gesamtsystems bilden eine sachliche, wirtschaftliche und rechtliche Einheit.

1.2 Die dem Auftraggeber obliegenden Mitwirkungsleistungen ergeben sich aus Nummer 12 des EVB-IT Systemvertrages sowie aus Ziffer 11 dieser Bedingungen.

1.3 Für den Auftraggeber ist von vertragswesentlicher Bedeutung, dass der Auftragnehmer die im EVB-IT Systemvertrag vereinbarte Gesamtfunktionalität herstellt.

1.4 Der Auftragnehmer leitet das Projekt und trägt die Erfolgsverantwortung für die vereinbarten Leistungen. Er haftet für die Leistungen seiner Subunternehmer wie für seine eigenen Leistungen.

2 Art und Umfang der Leistungen zur Erstellung des Gesamtsystems

Soweit im EVB-IT Systemvertrag nichts anderes vereinbart ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber mit Lieferung bzw. Überlassung die vereinbarten Rechte an den vereinbarten Teil- oder Gesamtleistungen ein, aufschiebend bedingt durch

- die auf die jeweilige Lieferung bzw. Überlassung folgende Abschlags-, Teil-, oder Schlusszahlung,
- eine Abnahme der betreffenden Teil- oder Gesamtleistung oder
- eine Kündigung des Auftraggebers aus wichtigem Grunde gemäß Ziffer 16.3.

Es gelten hinsichtlich der jeweiligen Leistungsbestandteile folgende Regelungen:

2.1 Verkauf von Hardware

Ist der Verkauf von Hardware vereinbart, liefert der Auftragnehmer die Hardware, stellt sie entsprechend den Vereinbarungen im EVB-IT Systemvertrag auf und verschafft dem Auftraggeber das Eigentum daran.

Der Auftragnehmer übernimmt die Entsorgung der Verpackungen und nach Ende der Nutzung die Entsorgung der von ihm gelieferten Hardware, soweit in Nummern 11.5 oder 11.6 des EVB-IT Systemvertrages nichts anderes vereinbart ist.

2.2 **Vermietung von Hardware**

Ist die Vermietung von Hardware vereinbart, stellt der Auftragnehmer die Hardware entsprechend den Vereinbarungen im EVB-IT Systemvertrag auf, überlässt sie dem Auftraggeber und hält den vertragsgemäßen Zustand während der Mietzeit aufrecht. Der Auftragnehmer nimmt die Verpackung zurück.

2.3 **Überlassung von Software***

Ist die Überlassung von Software* vereinbart, gilt Folgendes:

Die Software* wird dem Auftraggeber zur bestimmungsgemäßen Nutzung überlassen. Diese ergibt sich aus dem EVB-IT Systemvertrag in Verbindung mit diesen Bedingungen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, von der Software* eine Kopie zu Sicherungszwecken herzustellen. Die der Softwareverteilung zur bestimmungsgemäßen Nutzung oder der ordnungsgemäßen Datensicherung dienenden Vervielfältigungen der Software* sind Teil des bestimmungsgemäßen Gebrauchs. Werden die Nutzungsrechte auf eine im EVB-IT Systemvertrag definierte Hard- und/oder Softwareumgebung beschränkt, bedarf eine hiervon abweichende Nutzung der Zustimmung des Auftragnehmers. Ist eine im EVB-IT Systemvertrag definierte Hard- und/oder Softwareumgebung nicht funktionsfähig, ist die Nutzung bis zu deren Wiederherstellung in einer anderen Umgebung auch ohne Zustimmung des Auftragnehmers zulässig.

Die im Rahmen des EVB-IT Systemvertrages gelieferte oder erstellte Software* wurde zu einem angemessenen Zeitpunkt vor der Überlassung mit aktueller Scan-Software auf Befall mit Schaden stiftender Software* überprüft. Der Auftragnehmer erklärt, dass die Überprüfung keinen Hinweis auf Schaden stiftende Software* ergeben hat. Diese Regelung gilt für jede, auch die vorläufige und Vorabüberlassung, z.B. zu Testzwecken.

Unterliegt die Software* Exportkontrollvorschriften, weist der Auftragnehmer im EVB-IT Systemvertrag darauf hin.

2.3.1 **Überlassung von Standardsoftware***

Ist die Überlassung von Standardsoftware* vereinbart, gilt ergänzend Folgendes:

2.3.1.1 **Dauerhafte Überlassung**

Ist die dauerhafte Überlassung von Standardsoftware* gegen Einmalvergütung vereinbart, überlässt der Auftragnehmer dem Auftraggeber diese Standardsoftware* entsprechend den Vereinbarungen im EVB-IT Systemvertrag und stellt ihm diese zur Verfügung. Soweit im EVB-IT Systemvertrag keine andere bestimmungsgemäße Nutzung vereinbart ist, geht im Zeitpunkt der Lieferung

- das nicht ausschließliche,
- mit der Einschränkung des letzten Absatzes dieser Ziffer 2.3.1.1 übertragbare,
- dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare,
- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbare

Recht auf den Auftraggeber über, die Standardsoftware* zu nutzen, das heißt insbesondere, sie dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen. Dies gilt auch, soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden.

Macht der Auftraggeber von seinem Recht zur Übertragung des Nutzungsrechts Gebrauch, hat er seine vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Inhalt und Umfang der Nutzungsrechte

dem Dritten aufzuerlegen. Mit der Übertragung an den Dritten ist der Auftraggeber unbeschadet der Rechte gemäß Ziffer 2.3.1.4 letzter Satz nicht mehr zur Nutzung berechtigt.

2.3.1.2 **Überlassung auf Zeit**

Ist die Überlassung von Standardsoftware* auf Zeit vereinbart, überlässt der Auftragnehmer die Standardsoftware* dem Auftraggeber und hält den vertragsgemäßen Zustand während der vereinbarten Überlassungszeit aufrecht. Soweit im EVB-IT Systemvertrag keine andere bestimmungsgemäße Nutzung vereinbart ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber mit Beginn der vereinbarten Überlassungszeit

- das nicht ausschließliche,
- zeitlich auf die vereinbarte Nutzungszeit beschränkte, nach der vertraglichen Vereinbarung ordentlich und im Übrigen nur außerordentlich kündbare,
- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbare,
- nicht übertragbare

Recht ein, die Standardsoftware* zu nutzen, das heißt insbesondere, sie für die vereinbarte Nutzungszeit oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen. Dies gilt auch, soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden.

2.3.1.3 **Standardsoftware mit Anpassungen auf Quellcodeebene**

Werden Anpassungen an der Standardsoftware* auf Quellcodeebene vorgenommen, hat der Auftragnehmer spätestens mit der Angebotsabgabe mitzuteilen, ob er die Anpassungen in den Standard aufnehmen werde. Erklärt er dies, ist er verpflichtet, die Anpassungen in den auf die Erklärung der Betriebsbereitschaft* folgenden Programmstand* der Standardsoftware* aufzunehmen. Erfolgt keine entsprechende Erklärung oder ist keine Aufnahme der Anpassungen in den Standard erfolgt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Anpassungen auf Quellcodeebene im Quellcode* und die unangepassten Teile der Standardsoftware* im Objektcode* so zu übergeben, dass der Auftraggeber in der Lage ist, mit entsprechend qualifiziertem Personal hieraus wieder die angepasste Standardsoftware* zu erstellen. An dem zu übergebenden Quellcode* erhält der Auftraggeber die Rechte für Individualsoftware*.

2.3.1.4 **Weitere Nutzungsrechtsvereinbarungen**

Der Auftraggeber verpflichtet sich, die Standardsoftware* nicht in eine andere Codeform zu bringen oder Veränderungen am Code vorzunehmen, es sei denn, dass dies nach den gesetzlichen Vorschriften zulässig ist. Sofern nach den vertraglichen Bestimmungen das Nutzungsrecht an der Standardsoftware* endet, ist der Auftraggeber verpflichtet, die erstellten Vervielfältigungen zu vernichten bzw. dauerhaft zu löschen. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, eine Kopie ausschließlich für Prüf- und Archivierungszwecke zu behalten und zu nutzen.

2.3.2 **Erstellung und Überlassung von Individualsoftware***

Ist die Erstellung und Überlassung von Individualsoftware***** vereinbart, erstellt der Auftragnehmer diese Individualsoftware* entsprechend den Vereinbarungen, insbesondere in den Nummern 2 und 4 des EVB-IT Systemvertrages und stellt sie zur Verfügung.

2.3.2.1 **Rechteumfang Individualsoftware***

Soweit im EVB-IT Systemvertrag keine andere bestimmungsgemäße Nutzung vereinbart ist, geht jeweils, soweit die Individualsoftware* entstanden ist

- das nicht ausschließliche,

- für nichtgewerbliche Zwecke unterlizenzierbare,
- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbare,
- übertragbare,
- dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare

Recht auf den Auftraggeber über, die Individualsoftware* im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form

- zu nutzen, das heißt insbesondere, sie dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- abzuändern, zu übersetzen, zu bearbeiten oder auf anderem Wege umzugestalten,
- für nichtgewerbliche Zwecke auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen, auszustellen, zu veröffentlichen, in körperlicher oder unkörperlicher Form zu verbreiten, insbesondere nichtöffentlich und mit Ausnahme des Quellcodes* öffentlich wiederzugeben, auch durch Bild-, Ton- und sonstige Informationsträger,
- in Datenbanken, Datennetzen und Online-Diensten einzusetzen, einschließlich des Rechts, die Individualsoftware*, nicht jedoch den Quellcode*, den Nutzern der vorgenannten Datenbanken, Netze und Online-Dienste zur Recherche und zum Abruf mittels vom Auftraggeber gewählter Tools bzw. zum nicht gewerblichen Herunterladen zur Verfügung zu stellen,
- durch Dritte nutzen oder für den Auftraggeber betreiben zu lassen,
- nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen,
- zu verbreiten, soweit dies nicht gewerblich geschieht.

Das Nutzungsrecht bezieht sich auf die Individualsoftware*, insbesondere deren Objekt- und Quellcode* in allen Entwicklungs-, Zwischen- und Endstufen und auf die zugehörigen Dokumentationen sowie auf sonstige für die Ausübung der Nutzungsrechte notwendige Materialien, wie beispielsweise Analysen, Lasten- bzw. Pflichtenhefte, Konzepte und Beschreibungen.

Macht der Auftraggeber von seinem Recht zur Übertragung des Nutzungsrechts an der Individualsoftware* ganz oder teilweise Gebrauch oder überlässt er Dritten im Rahmen seines Vervielfältigungs-, Unterlizenzierungs- oder Verbreitungsrechts die Nutzung, hat er seine vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Inhalt und Umfang der Nutzungsrechte dem Dritten aufzuerlegen. Eine Haftung des Auftragnehmers gegenüber Dritten im Zusammenhang mit einer Unterlizenzierung oder Weiterverbreitung ist ausgeschlossen. Dies gilt auch für Mängelansprüche und auch, soweit der Auftraggeber Ansprüche gegen den Auftragnehmer geltend macht, die der Dritte seinerseits wegen der Individualsoftware* gegen den Auftraggeber geltend gemacht hat.

Soweit der Auftraggeber seine Nutzungsrechte an den Dritten übertragen hat, ist er nicht mehr zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, eine Kopie ausschließlich für Prüf- und Archivierungszwecke zu behalten und zu nutzen.

2.3.2.2 **Rechte an vorbestehenden Teilen*, Mitteilungspflichten des Auftragnehmers**

Ziffer 2.3.2.1 gilt grundsätzlich auch für vorbestehende Teile*, jedoch werden keinesfalls ausschließliche Nutzungsrechte an diesen eingeräumt.

Die Verbreitung und Unterlizenzierung von vorbestehenden Teilen* ist zu vergüten, wenn der Auftragnehmer deren Verwendung im Angebot mitgeteilt, die Vergütung für die Einräumung dieser Rechte dort beziffert und der Auftraggeber auf dieses Angebot so auch den Zuschlag erteilt hat. Solange der Auftraggeber diese Rechte an den vorbestehenden Teilen* nicht ausübt, wird die Vergütung für deren Verbreitung oder Unterlizenzierung nicht fällig.

Das Recht zur Bearbeitung der vorbestehenden Teile* ist ausgeschlossen, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- Der Auftragnehmer hat im bezuschlagten Angebot mitgeteilt, dass er statt des Quellcodes* der vorbestehenden Teile* nur deren Objektcode* überlassen werde und macht von diesem Recht Gebrauch.
- Der Auftragnehmer versetzt den Auftraggeber in die Lage, mit entsprechend qualifiziertem Personal aus den im Quellcode* überlassenen Teilen der Individualsoftware* und den nur im Objektcode* überlassenen vorbestehenden Teilen* die ausführbare Individualsoftware* zu erzeugen.
- Es besteht kein gesetzliches Bearbeitungsrecht.

Für den Einsatz von Werkzeugen* gilt Ziffer 2.3.2.4.

Die Verbreitung und Unterlizenzierung der vorbestehenden Teile* ist nur zusammen mit der Individualsoftware* in der überlassenen oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zulässig.

2.3.2.3 **Rückvergütung**

Ist in Nummer 4.5.4 des EVB-IT Systemvertrages eine Rückvergütung an den Auftraggeber für die Einräumung von Rechten an der Individualsoftware* oder von Teilen der Individualsoftware* an Dritte vereinbart, gilt folgende Berichtspflicht- und Buchüberprüfungsvereinbarung:

- Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber binnen eines Monats nach dessen Aufforderung in Textform eine aktuelle Übersicht über erfolgte bzw. vereinbarte Nutzungsrechtseinräumungen zu übermitteln (Abrechnung). Der Auftragnehmer ist vorbehaltlich einer anderen Vereinbarung zu maximal zwei Abrechnungen pro Vertragsjahr verpflichtet.
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einem vom Auftraggeber beauftragten, zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten einmal im Jahr zur Überprüfung der Abrechnungen zu den Bürozeiten des Auftragnehmers Einsicht in die für die Rückvergütung relevanten Unterlagen zu gewähren. Der Auftraggeber wird seinen Wunsch mit einer Frist von mindestens fünf Tagen in Textform ankündigen.

2.3.2.4 **Rechte an Werkzeugen***

Für den Fall, dass der Auftragnehmer nicht am Markt erhältliche Werkzeuge* für die Erstellung der Individualsoftware* verwendet bzw. entwickelt hat und ohne diese Werkzeuge* die Bearbeitung und Umgestaltung der Individualsoftware* nicht oder nur mit unzumutbarem Aufwand möglich ist, übergibt er dem Auftraggeber ein Vervielfältigungsstück dieses Werkzeugs spätestens bis zur Erklärung der Betriebsbereitschaft* und räumt ihm an diesem

- das nicht ausschließliche,

- örtlich unbeschränkte,
- in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbare,
- nur gemeinsam mit der Individualsoftware*, zu deren Bearbeitung bzw. Umgestaltung es dient, übertragbare,
- dauerhafte, unwiderrufliche und unkündbare

Recht ein, das Werkzeug* im Original ausschließlich zum Zwecke der Fehlerbeseitigung und Weiterentwicklung zur Bearbeitung und Umgestaltung der Individualsoftware* einzusetzen und hierfür das Werkzeug*

- zu nutzen, das heißt insbesondere, es dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, es anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden,
- durch Dritte nutzen oder für den Auftraggeber betreiben zu lassen,
- nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen.

Der Auftraggeber ist darüber hinaus berechtigt, ein weiteres Vervielfältigungsstück herzustellen und dieses gemeinsam mit der jeweiligen Individualsoftware* zu verbreiten und dem Dritten die Rechte aus dieser Ziffer 2.3.2.4 mit Ausnahme des Unterlizenzierungs-, Verbreitungs- und Vervielfältigungsrechts einzuräumen.

Statt des vom Auftragnehmer verwendeten Werkzeuges* kann dieser dem Auftraggeber eine reduzierte Version dieses Werkzeuges* übergeben und ihm die in dieser Ziffer 2.3.2.4 aufgeführten Rechte daran einräumen, wenn damit die Individualsoftware* ebenso gut bearbeitet und umgestaltet werden kann.

Der Auftragnehmer ist nicht zur Überlassung des Werkzeuges* verpflichtet, wenn er nachweisen kann, dass die Individualsoftware* mit einem am Markt erhältlichen anderen Werkzeug* ebenso gut bearbeitet und umgestaltet werden kann, wie mit dem von ihm verwendeten Werkzeug* und er dem Auftraggeber die Bezugsquelle nennt.

2.3.2.5 **Rechte an Erfindungen**

Soweit im EVB-IT Systemvertrag nichts anderes vereinbart ist, gilt für Erfindungen, die anlässlich der Vertragserfüllung gemacht werden, folgende Regelung:

- Der Auftragnehmer kann über die Erfindung und die daraus fließenden und damit in Zusammenhang stehenden Rechte frei verfügen und die Erfindung als Patent oder Gebrauchsmuster anmelden. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber bereits hiermit unentgeltlich ein einfaches, nicht ausschließliches, übertragbares, unterlizenzierbares und dinglich wirkendes Nutzungsrecht an jetzt und in Zukunft angemeldeten oder erteilten Patenten und Gebrauchsmustern in Verbindung mit der Nutzung der von der Erfindung betroffenen Systemkomponenten* ein. Soweit dies im Einzelfall nicht ausreichend ist, räumt der Auftragnehmer Nutzungsrechte in dem Umfang ein, der erforderlich ist, damit der Auftraggeber oder ein berechtigter Dritter die Rechte an der Systemkomponente* vertragsgemäß ausüben kann.
- Der Auftragnehmer hat auf seine Kosten sicherzustellen, dass die Ausübung der dem Auftraggeber zustehenden Nutzungsrechte an der Systemkomponente* weder durch ihn noch durch den Erfinder oder einen etwaigen Rechtsnachfolger beeinträchtigt werden kann. Insbesondere wird er zu diesem Zwecke etwaige Diensterfindungen in Anspruch nehmen.

2.4 **Erstellung des Gesamtsystems und Herbeiführung der Betriebsbereitschaft***

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das Gesamtsystem entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen zu erstellen und dessen Betriebsbereitschaft* herbeizuführen.

Dazu hat der Auftragnehmer die einzelnen von ihm zu liefernden oder zu erstellenden Systemkomponenten* sowie die durch den Auftraggeber beizustellenden Systemkomponenten* aufzustellen, zu installieren*, zu customizen* und zu integrieren*. Dies erfolgt jeweils nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung bzw., sofern sich daraus nichts ergibt, soweit zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems erforderlich.

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an den anlässlich der vorgenannten Tätigkeiten für den Auftraggeber insoweit erstellten Arbeitsergebnissen, insbesondere an den Ergebnissen der Installation*, des Customizing* und der Integration* sowie an den Protokollen und sonstigen damit im Zusammenhang stehenden Materialien, Datenbankwerken und Datenbanken die Rechte gemäß Ziffern 2.3.2.1 und 2.3.2.4 ein. Soweit vorbestehende Materialien wie z.B. Vorlagen, Konzepte und Dokumentationen urheberrechtlich geschützt sind, erhält der Auftraggeber jedoch kein Bearbeitungsrecht sowie kein Recht zur Unterlizenzierung, es sei denn, dass einer dieser Ausschlüsse nach den gesetzlichen Vorschriften unzulässig ist.

2.5 **Schulungen**

Sind Schulungen vereinbart, führt der Auftragnehmer diese in eigener Verantwortung und insbesondere entsprechend den Vereinbarungen in Nummern 2 und 4 des EVB-IT Systemvertrages durch. Ist nichts anderes vereinbart, sind alle Schulungen in deutscher Sprache durchzuführen. Schulungen finden beim Auftraggeber statt, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit Schulungen nicht beim Auftraggeber stattfinden, ist der Auftragnehmer für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und der entsprechenden Schulungsinfrastruktur verantwortlich. Ein Schulungstag umfasst acht Unterrichtsstunden à 45 Minuten sowie angemessene Pausen. Die Schulungsvergütung beinhaltet die angemessene Vorbereitung der Schulung sowie die Einräumung der vereinbarten Nutzungsrechte an den Schulungsunterlagen. Die Schulungsunterlagen sind in deutscher Sprache geschuldet. Die vereinbarten Vervielfältigungsstücke gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Zu den Schulungsunterlagen gehören die elektronischen Präsentationsdateien.

An nicht für den Auftraggeber erstellten Schulungsunterlagen räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das nicht ausschließliche, unwiderrufliche, dauerhafte und übertragbare Recht ein, die Schulungsunterlagen für eigene Zwecke des Rechteinhabers zu nutzen, soweit nichts anderes vereinbart ist.

Soweit Schulungsunterlagen oder Teile davon für den Auftraggeber erstellt wurden, räumt der Auftragnehmer diesem für Schulungen und im Übrigen allein für eigene Zwecke des Rechteinhabers die Rechte entsprechend Ziffer 2.3.2.1 in Verbindung mit Nummer 4.5.3 EVB-IT Systemvertrag ein, soweit nichts anderes vereinbart ist.

3 **Mängelklassifizierung**

3.1 Soweit im EVB-IT Systemvertrag, insbesondere in dessen Nummern 5.1.1.2, 13.5 oder 14.4.1 nicht anders vereinbart, wird zwischen folgenden drei Mängelklassen unterschieden:

3.1.1 Ein betriebsverhindernder Mangel liegt vor, wenn die Nutzung des Gesamtsystems unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt ist.

3.1.2 Ein betriebsbehindernder Mangel liegt vor, wenn die Nutzung des Gesamtsystems erheblich eingeschränkt ist.

3.1.3 Ein leichter Mangel liegt vor, wenn die Nutzung des Gesamtsystems ohne oder mit unwesentlichen Einschränkungen möglich ist.

3.2 Ein betriebsbehindernder Mangel liegt auch vor, wenn die leichten Mängel insgesamt zu einer nicht unerheblichen Einschränkung der Nutzung des Gesamtsystems führen.

4 Systemservice nach Abnahme

Sind Systemserviceleistungen vereinbart, erbringt der Auftragnehmer diese nach Maßgabe der Vereinbarungen im EVB-IT Systemvertrag sowie der folgenden Regelungen:

4.1 Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft*

Ist die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems oder von Systemkomponenten* vereinbart, gehören hierzu alle für die Störungsbeseitigung notwendigen Maßnahmen des Auftragnehmers. Dies umfasst z.B. Instandsetzungsleistungen für Hardware und Pflegeleistungen für Software* zur Beseitigung von Störungen. Letztere beinhalten z.B. die Erstellung und Überlassung einer fehlerbereinigten Fassung der Individualsoftware* und die Überlassung eines für die Störungsbeseitigung notwendigen Programmstandes* für die Standardsoftware*.

Liegt eine Störung in der Standardsoftware* vor und ist die Störungsbeseitigung für Standardsoftware* vereinbart, gilt Folgendes:

- Der Auftragnehmer ist während der Vertragslaufzeit verpflichtet, einen verfügbaren, die Störung beseitigenden Programmstand* bereitzustellen.
- Ist ein die Störung beseitigender Programmstand* nicht verfügbar, hat der Auftragnehmer eine Umgehungslösung zur Verfügung zu stellen.
- Ist dies unzumutbar, hat er sich beim Hersteller der Standardsoftware* für die baldmögliche Überlassung eines die Störung beseitigenden Programmstandes* einzusetzen. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer hierüber Auskunft erteilen.

Im Rahmen der Pflicht zur Bereitstellung einer Umgehungslösung* kann der Auftraggeber in der Regel keinen Eingriff in den Objekt-* oder Quellcode* der Standardsoftware* verlangen.

4.1.1 Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist eine neue Systemkomponente* vom Auftraggeber zu übernehmen, wenn sie der Beseitigung von Störungen dient. Zur Übernahme einer neuen Systemkomponente* ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, wenn ihm dies nicht zuzumuten ist, weil die neue Systemkomponente* wesentlich von der vereinbarten Ausführung abweicht.

Übernimmt der Auftraggeber eine neue Systemkomponente* aus diesem Grunde nicht, wird der Auftragnehmer auf Wunsch des Auftraggebers eine andere Lösung vorschlagen, sofern eine solche möglich und zumutbar ist.

Übernimmt der Auftraggeber eine neue Systemkomponente*, gilt Folgendes:

- Enthält die neue Systemkomponente* mehr Funktionalität als die im EVB-IT Systemvertrag aufgeführte Systemkomponente* (Mehrleistung), ist der Auftraggeber zur Zahlung einer Mehrvergütung nur verpflichtet, wenn er diese Mehrleistung nutzen will. Dazu zählt auch der Fall, dass er die Mehrleistung nutzt, obwohl er die neue Systemkomponente* auch ohne die Mehrleistung vertragsgemäß nutzen könnte, nicht jedoch der Fall, dass er die bisherige Funktionalität nur zusammen mit der Mehrleistung nutzen kann. Eine Mehrvergütung

entfällt, soweit die Überlassung der neuen Systemkomponente* bereits Gegenstand der Leistungsverpflichtung gemäß Ziffer 4.2 ist.

- Entstehen ihm durch die Nutzung der neuen Systemkomponente* höhere Kosten als zuvor, gehen diese zu Lasten des Auftragnehmers. Dies gilt nicht, soweit diese höheren Kosten darauf zurückzuführen sind, dass der Auftraggeber vorhandene Mehrleistungen nutzen will. Satz 2 des ersten Aufzählungspunktes dieser Ziffer 4.1.1 gilt entsprechend.

4.1.2 Sind keine Servicezeiten vereinbart, gelten die Zeiträume von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr (mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage am Erfüllungsort) als Servicezeiten. Sind keine Reaktionszeiten* vereinbart, ist mit den Arbeiten zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems unverzüglich nach Zugang der Störungsmeldung innerhalb der Servicezeiten zu beginnen. Sind keine Wiederherstellungszeiten* vereinbart, sind die Arbeiten zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems in angemessener Frist innerhalb der Servicezeiten abzuschließen. Hält der Auftragnehmer vereinbarte Reaktions- und/oder Wiederherstellungszeiten* nicht ein, gerät er nach deren Überschreitung auch ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, dass er die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

Im Falle des Verzuges kann der Auftraggeber den Ausgleich des Verzögerungsschadens verlangen. Darüber hinaus kann er die Vereinbarung zum Systemservice gemäß Nummer 5 des EVB-IT Systemvertrages und – falls vereinbart – die Vereinbarung zur Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems gemäß Nummer 6 des EVB-IT Systemvertrages kündigen und/oder Schadensersatz statt der Leistung verlangen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Tritt die gleiche Störung nach Erklärung der Betriebsbereitschaft* wieder auf und beruht die Störung auf der gleichen Ursache, gilt sie als nicht beseitigt. Hat der Auftraggeber die Störung vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht und ist eine Pauschalvergütung für den Systemservice vereinbart, kann der Auftragnehmer vom Auftraggeber eine angemessene Vergütung für die Störungsbeseitigung verlangen.

4.2 Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft*

Ist die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems vereinbart, können hierzu je nach Vereinbarung die Wartung des Gesamtsystems oder von Systemkomponenten* und/oder die Überlassung von neuen Programmständen* der Standardsoftware* des Gesamtsystems gehören.

4.2.1 Wartung des Gesamtsystems

Ist die Wartung des Gesamtsystems (Systemwartung) vereinbart, sollen im vertraglich vereinbarten Umfang die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems oder von Systemkomponenten* gewährleistet und insbesondere vorausschauend Störungen vermieden werden.

4.2.2 Überlassung von neuen Programmständen*

Ist der Auftragnehmer zur Überlassung neuer Programmstände* verpflichtet, hat der Auftragnehmer diese zu installieren*, zu customizen* und in das Gesamtsystem zu integrieren*, soweit nichts anderes vereinbart ist. Für den Fall, dass Standardsoftware* für den Auftraggeber gemäß Ziffer 2.3.1.3 angepasst wurde, gehört dazu auch, diese Anpassungen in dem neuen Programmstand* für den Auftraggeber vorzunehmen. Enthalten neue Programmstände* wesentliche neue Funktionalitäten, sind das Customizing* und die Integration* in Bezug auf diese Funktionalitäten nur insoweit geschuldet, als dies zur Herstellung der Betriebsbereitschaft* erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, auf Wunsch

des Auftraggebers das Customizing* und die Integration* in Bezug auf diese Funktionalitäten auch weitergehend vorzunehmen. Für diesen Fall gilt Ziffer 17. Im Übrigen darf eine Nutzung neuer Funktionalitäten durch das Customizing* nicht behindert werden. Die Verpflichtung zur Überlassung von Programmständen* umfasst auch die Verpflichtung zur Einräumung von Nutzungsrechten in Art und Umfang, wie sie für die zu pflegende Standardsoftware* bestehen.

4.3 **Abnahme der Systemserviceleistungen**

Nach Durchführung der Systemserviceleistungen erklärt der Auftragnehmer die Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems oder der vereinbarten Systemkomponente*. Systemserviceleistungen des Auftragnehmers, die zu nicht unwesentlichen Eingriffen in das Gesamtsystem führen unterliegen der Abnahme. Bei unwesentlichen Eingriffen ist statt einer Abnahme die Erklärung der Betriebsbereitschaft* ausreichend. In diesem Fall steht die Erklärung der Abnahme gleich. Soweit Eingriffe einer Abnahme unterliegen, steht dem Auftraggeber das Recht zu, das Gesamtsystem oder die vereinbarte Systemkomponente* innerhalb einer angemessenen Frist nach Zugang der Betriebsbereitschaftserklärung einer Funktionsprüfung zu unterziehen. Für die Einhaltung der vereinbarten Wiederherstellungszeit* genügt bei erfolgreicher Beseitigung einer Störung der Zeitpunkt der Erklärung der Betriebsbereitschaft* für die Fristwahrung.

4.4 **Mängelhaftung bei Systemserviceleistungen**

Sind die Systemserviceleistungen mangelhaft erbracht, gilt Ziffer 13 entsprechend. An Stelle des Rücktritts nach Ziffer 13.11 tritt das Recht auf Kündigung der Systemservicevereinbarung gemäß Nummer 5 des EVB-IT Systemvertrages in Bezug auf die betroffene Leistung, es sei denn, dem Auftraggeber ist das Festhalten an der Systemservicevereinbarung insgesamt nicht zumutbar. In diesem Fall ist der Auftraggeber zur Kündigung der Systemservicevereinbarung insgesamt berechtigt.

4.5 **Dokumentation der Systemserviceleistungen**

Der Auftragnehmer dokumentiert die durchgeführten Systemserviceleistungen in angemessener Art und Weise, soweit nichts anderes vereinbart ist.

Der Auftragnehmer wird alle Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen zum Systemservice gemäß Ziffer 4 an den Dokumentationen erforderlich werden, in die Dokumentationen einarbeiten, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit eine Einarbeitung dem Auftragnehmer rechtlich nicht möglich ist, wird er eine entsprechende Ergänzung der Dokumentation zur Verfügung stellen.

5 Dokumentation

5.1 Der Auftragnehmer ist zur Dokumentation des Gesamtsystems verpflichtet.

5.2 Zu der Dokumentation des Gesamtsystems gehören insbesondere die Anwendungsdokumentation (Nutzerhinweise, Anleitungen und Hilfestellungen etc.) sowie Nutzungshandbücher für Hard- und Software* und Verfahrensbeschreibungen.

Die Dokumentation muss es dem für die Nutzung und Administration einzusetzenden Personal des Auftraggebers ermöglichen, das Gesamtsystem nach Durchführung der vereinbarten Schulung ordnungsgemäß zu bedienen, sofern das Personal ausreichende Vorbildung und Ausbildung aufweist.

Die Dokumentation muss darüber hinaus den technischen Aufbau und die technischen Abläufe des Gesamtsystems so umfassend beschreiben, dass es dem Auftraggeber bei Einsatz von Personal mit ausreichender Vorbildung und Ausbildung möglich ist, die Unterlagen auch ohne

Inanspruchnahme des Auftragnehmers zu verwenden, insbesondere um das Gesamtsystem selbstständig einsetzen und, soweit die Gewährung entsprechender Rechte vereinbart ist, auch fortentwickeln zu können.

5.3 Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist die Dokumentation spätestens mit Erklärung der Betriebsbereitschaft* in deutscher Sprache mindestens in zweifacher Ausfertigung oder in ausdruckbarer Form zu übergeben. Die Nutzung der gängigen englischen Fachbegriffe ist zulässig.

5.4 Der Auftragnehmer dokumentiert die im Rahmen der Mängelhaftung gemäß Ziffer 13 durchgeführten Maßnahmen, soweit nichts anderes vereinbart ist.

5.5 Der Auftragnehmer wird alle Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Mängelhaftung gemäß Ziffer 13 an den Dokumentationen erforderlich werden, in diese einarbeiten, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit eine Einarbeitung dem Auftragnehmer rechtlich nicht möglich ist, wird er eine entsprechende Ergänzung der Dokumentation zur Verfügung stellen.

5.6 An für den Auftraggeber erstellten Dokumentationen räumt der Auftragnehmer diesem die Rechte entsprechend Ziffer 2.3.2.1 in Verbindung mit Nummer 4.5.3 EVB-IT Systemvertrag ein, soweit nichts anderes vereinbart ist. An allen anderen Dokumentationen räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Rechte entsprechend Ziffer 2.3.1.1 bzw. bei gemieteten Dokumentationen die Rechte gemäß Ziffer 2.3.1.2 ein, soweit nichts anderes vereinbart ist.

6 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers

6.1 Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen, wenn Vorgaben des Auftraggebers in nicht unwesentlichem Umfang fehlerhaft, unvollständig, widersprüchlich oder objektiv nicht ausführbar oder beizustellende Systemkomponenten* nicht vertragsgemäß sind und er dies erkennt oder hätte erkennen müssen. Sofern mit zumutbarem Aufwand möglich, hat er dem Auftraggeber gleichzeitig die ihm erkennbaren Folgen schriftlich mitzuteilen und vor weiteren Maßnahmen dessen Entscheidung abzuwarten. Der Auftraggeber wird diese Entscheidung unverzüglich mitteilen. Der Auftragnehmer ist jedoch nicht verpflichtet, die Vorgaben und Beistellungen weitergehend zu untersuchen und zu prüfen, als dies für die Erstellung des Gesamtsystems erforderlich ist.

6.2 Erkennt der Auftragnehmer, dass die Datensicherungsmaßnahmen des Auftraggebers nicht einer ordnungsgemäßen Datensicherung entsprechen, hat er dies und die ihm erkennbaren Folgen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

6.3 Treten Änderungen bei Normen (z.B. EN, DIN, ISO) ein, die mehr als nur unwesentliche Auswirkungen auf die Leistungsverpflichtungen des Auftragnehmers haben, oder ändern sich die ausdrücklich für die Leistungserbringung vereinbarten Normen, hat der Auftragnehmer dies und die ihm erkennbaren Folgen dem Auftraggeber in angemessener Frist in Textform mitzuteilen.

6.4 Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber auf dessen Anforderung in angemessener Frist, unabhängig davon spätestens jedoch bis zur Erklärung der Abnahme mit, welche für die Bearbeitung und Umgestaltung der Individualsoftware* notwendigen Werkzeuge* er bei deren Erstellung verwendet bzw. entwickelt hat.

6.5 Sofern eine Mitwirkung des Auftraggebers nicht in zwischen den Parteien abgestimmten Zeitplänen festgehalten ist, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber so rechtzeitig auf die zu erbringende Mitwirkung hinzuweisen, dass die vereinbarte Leistungserbringung nicht gefährdet

wird. Sofern eine Mitwirkung des Auftraggebers nach Auffassung des Auftragnehmers nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß erfolgt und diese für den Projekterfolg wesentlich ist, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf hinweisen.

6.6 Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber Kopier- oder Nutzungssperren* mit, die die vertragsgemäße Nutzung des Gesamtsystems beeinträchtigen könnten. Dies gilt nicht für vom Auftraggeber beigestellte Systemkomponenten*.

6.7 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber auf dessen Anfrage angemessen über den Stand der Erstellung des Gesamtsystems informieren. Der Auftraggeber kann in diesem Zusammenhang nach rechtzeitiger Vorankündigung zu den üblichen Geschäftszeiten Einsicht in alle für die Beurteilung des Projektstandes notwendigen fachlichen und technischen projektbezogenen Unterlagen des Auftragnehmers verlangen. Er kann zu diesem Zweck einen Dritten beauftragen. Soweit rechtlich zulässig und zumutbar, wird sich der Auftraggeber bemühen, einen Dritten zu beauftragen, der kein Konkurrent des Auftragnehmers ist. Der Auftraggeber ist zur Verschwiegenheit verpflichtet und wird Dritte, die er beauftragt, zur Verschwiegenheit verpflichten. Der Ort der Einsichtnahme wird einvernehmlich festgelegt. Jede Partei trägt die ihr entstehenden Kosten.

6.8 Ist im Rahmen des Projektfortschritts festzustellen, dass die Einhaltung von Terminen gemäß Termin- und Leistungsplan gefährdet ist, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich informieren.

7 Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer

7.1 Der Auftragnehmer erbringt die Leistung durch Personal, das entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen für die Erbringung der vereinbarten Leistung qualifiziert ist. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache, soweit nichts anderes vereinbart ist.

7.2 Der Auftragnehmer darf zur Erbringung von Leistungen, die qualitativ oder quantitativ für das Gesamtsystem wesentlich sind, Subunternehmer nur einsetzen oder eingesetzte Subunternehmer nur auswechseln, wenn der Auftraggeber dem ausdrücklich zustimmt. Er wird unverzüglich zustimmen, wenn sich unter Berücksichtigung des neuen Subunternehmers anstelle des alten Subunternehmers keine andere Zuschlagsentscheidung ergeben hätte. Die Einarbeitung des neuen Subunternehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Für die im Angebot des Auftragnehmers benannten Subunternehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt.

7.3 Auftraggeber und Auftragnehmer werden durch organisatorische Maßnahmen gewährleisten, dass die jeweils von ihnen im Rahmen der Gesamtsystemerstellung gegenseitig abgestellten Mitarbeiter ausschließlich dem Direktionsrecht und der Disziplinargewalt des jeweiligen Arbeitgebers unterstehen. Weisungen erfolgen ausschließlich im Rahmen der vereinbarten Aufgabenverteilung.

7.4 Der Auftragnehmer darf Personen in vereinbarten Schlüsselpositionen nur mit Einwilligung des Auftraggebers auswechseln. Der Auftraggeber wird seine Einwilligung unverzüglich erklären, wenn die Ablösung zwingend erforderlich ist und der Auftragnehmer eine qualifizierte Ersatzperson anbietet. Zwingend erforderlich ist die Ablösung, wenn der weitere Einsatz unmöglich ist. Personal, das nicht auf Schlüsselpositionen eingesetzt ist, darf der Auftragnehmer auch ohne Einwilligung des Auftraggebers auswechseln, sofern das Ersatzpersonal über die vertraglich vorausgesetzte Eignung verfügt. Die Einarbeitung erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers.

8 Vergütung

8.1 Der Pauschalfestpreis* ist die einseitig nicht änderbare Gesamtvergütung, die für die Leistung nach Ziffer 1.1 geschuldet ist, soweit nicht für einzelne Leistungen eine gesonderte ggf. pauschalierte Vergütung vereinbart ist. Materialkosten, Reisezeiten, Reisekosten und Nebenkosten* sind im Pauschalfestpreis* enthalten. Nachforderungen durch den Auftragnehmer sind ausgeschlossen, soweit die Parteien keine Änderung der Leistungen vereinbaren.

8.2 Eine im EVB-IT Systemvertrag vereinbarte Vergütung nach Aufwand ist das Entgelt für den Zeitaufwand, soweit nichts anderes vereinbart ist. Materialkosten, Reisezeiten, Reisekosten und Nebenkosten* werden entsprechend der vertraglichen Vereinbarung vergütet. Vom Auftraggeber zu vertretende Wartezeiten des Auftragnehmers werden wie Arbeitszeiten vergütet. Der Auftragnehmer muss sich jedoch anrechnen lassen, was er durch die Nichterbringung seiner Leistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Ist bei Vergütung nach Aufwand eine Obergrenze vereinbart, ist der Auftragnehmer auch bei Überschreitung dieser Grenze zur vollständigen Erbringung der vereinbarten Leistung verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Überschreitung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer ist jedoch in diesem Fall verpflichtet, die vereinbarte Leistung gegen zusätzliche Vergütung nach Aufwand zu den vereinbarten Sätzen vollständig zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies verlangt.

8.3 Die Vergütung für die Erstellung des Gesamtsystems wird nach der Gesamtabnahme fällig, soweit nicht im Zahlungsplan in Nummer 9 des EVB-IT Systemvertrages Zahlungen nach Teilabnahmen vereinbart sind. Anspruch auf Vorauszahlungen bzw. Abschlagszahlungen* hat der Auftragnehmer nur, soweit diese im EVB-IT Systemvertrag vereinbart sind. Das Recht, bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 632a BGB Abschlagszahlungen* zu verlangen, bleibt jedoch unberührt.

8.4 Eine fällige Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung zu zahlen, soweit nichts anderes vereinbart ist. Dieser sind bei Vergütung nach Aufwand vom Auftragnehmer unterschriebene Nachweise über die Leistungen und die weiteren geltend gemachten Kosten, z.B. entsprechend Muster 2 - Leistungsnachweis Systemvertrag - beizufügen. Voraussetzung für die Fälligkeit der Vergütung bei vereinbarter Vergütung nach Aufwand für Systemserviceleistungen gemäß Ziffer 4 ist darüber hinaus, soweit eine solche vereinbart ist, die Abnahme der jeweiligen Leistung.

8.5 Je Kalendertag wird pro Person nicht mehr als ein Tagessatz vergütet, soweit nichts anderes vereinbart ist. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens 8 Zeitstunden geleistet wurden. Werden weniger als 8 Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Ist ein Stundensatz vereinbart, werden angefangene Stunden anteilig vergütet. Pausen sind auszuweisen und werden nicht vergütet. Werden mehr als sechs Zeitstunden geleistet, wird vermutet, dass der Auftragnehmer eine halbstündige Pause eingelegt hat. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer nachweist, keine Pause gemacht zu haben.

8.6 Ist eine Preisanpassung für Leistungen vereinbart, die nicht im Pauschalfestpreis* enthalten sind, gilt, falls keine anderweitige Regelung vorgesehen ist, Folgendes: Eine Erhöhung der Vergütung kann erstmalig 12 Monate nach Abnahme des Gesamtsystems, weitere Erhöhungen frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Erhöhung angekündigt werden. Eine Erhöhung wird drei Monate nach der Ankündigung wirksam. Die Erhöhung hat

angemessen und marktüblich zu sein und darf maximal 3 % der zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erhöhung geltenden Vergütung betragen.

8.7 Alle Preise verstehen sich rein netto und, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht, zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

9 Verzug

9.1 Der Vertragserfüllungstermin*, Teilabnahmetermine - soweit solche vereinbart wurden - und einzelne Meilensteine sind im Termin- und Leistungsplan gem. Nummer 8 des EVB-IT Systemvertrages festgelegt. Soweit nicht anders vereinbart, sind diese Termine verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen im Termin- und Leistungsplan genannten Ausführungsfristen angemessen; die gesetzlichen Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.

9.2 Wenn der Auftragnehmer den Vertragserfüllungstermin* oder Teilabnahmetermine nicht einhält, kommt er ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten hat. Der Auftraggeber kann im Fall des Verzuges den Verzögerungsschaden verlangen. Ferner kann der Auftraggeber vom EVB-IT Systemvertrag zurücktreten und Schadensersatz statt der Leistung verlangen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. §§ 281 Abs. 2, 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.

9.3 Des Weiteren ist der Auftraggeber für den Fall der Überschreitung des vereinbarten Vertragserfüllungstermins* um mehr als sieben Kalendertage berechtigt, für jeden Kalendertag, an dem sich der Auftragnehmer mit der Einhaltung des Vertragserfüllungstermins* in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % des Auftragswertes* zu verlangen. Satz 1 gilt auch für Überschreitungen von vereinbarten Teilabnahmeterminen. In diesem Fall berechnet sich die Vertragsstrafe nach dem auf die Teilleistung entfallenden Anteil am Auftragswert*. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes* betragen.

9.4 § 341 Abs. 3 BGB wird dahingehend abgeändert, dass die Strafe bis zur Schlusszahlung geltend gemacht werden kann. Dies gilt nicht, wenn sich der Auftraggeber bei der Abnahme die Vertragsstrafe trotz Aufforderung durch den Auftragnehmer nicht vorbehalten hat. Die Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet.

10 Projektmanagement

10.1 Das vereinbarte Vorgehensmodell ergibt sich aus Nummer 2.3 des EVB-IT Systemvertrages. Soweit dort nichts anderes vereinbart ist, ist der Auftragnehmer verantwortlich für

- Planung, Steuerung und Kontrolle des Projektes unter Einhaltung der Faktoren Zeit, Qualität und, soweit kein Festpreis vereinbart ist, Budget,
- Festlegung der Rahmenbedingungen für die Projektorganisation,
- Kontrolle und Einhaltung der vertraglichen Abmachungen,
- Organisation und Dokumentation eventueller Änderungsverfahren,
- Problem- und Konfliktlösung bei der Projektplanung, bei der Projektabwicklung und beim Projektabschluss,

- Überwachung des Projektfortschrittes und Einleitung von eventuell notwendigen Krisenmaßnahmen,
- Gewährleistung der Projektberichterstattung und -kommunikation,
- Berichterstattung an den Auftraggeber über den Projektverlauf.

10.2 Jeder Vertragspartner benennt in Nummer 10 des EVB-IT Systemvertrages einen oder mehrere Ansprechpartner (z.B. Projektleiter oder Projektmanager), die befugt sind, die im Projekt erforderlichen Entscheidungen entweder selbst zu treffen oder herbeizuführen. Hat ein Vertragspartner die Rolle des Projektleiters nicht besetzt, übernimmt diese Rolle dessen Projektmanager.

10.3 Sofern eine Vergütung nach Aufwand vereinbart ist, werden projektbezogene interne Abstimmungen des Auftragnehmers sowie Schulungen und Qualifizierungen des Auftragnehmers nicht vergütet.

11 Mitwirkung des Auftraggebers

11.1 Dem Auftraggeber obliegen die in Nummer 12 des EVB-IT Systemvertrages aufgeführten Mitwirkungsleistungen sowie die gemäß Nummer 3 des EVB-IT Systemvertrages vereinbarten Beistellungsleistungen. Er wird dem Auftragnehmer die erforderlichen Informationen und Unterlagen aus seiner Sphäre zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber wird den Mitarbeitern des Auftragnehmers Zugang zu seinen Räumlichkeiten und der dort vorhandenen informationstechnischen Infrastruktur gewähren, soweit dies zur Erbringung der Leistung erforderlich ist und die vertraglich vereinbarten persönlichen Voraussetzungen (z.B. Sicherheitsüberprüfungen nach Sicherheitsüberprüfungsgesetz - SÜG) erfüllt sind. Kommt der Auftraggeber seinen Mitwirkungsleistungen trotz Aufforderung des Auftragnehmers nicht, nicht rechtzeitig oder unvollständig nach, kann der Auftragnehmer ein Angebot unterbreiten, diese Leistungen selbst anstelle des Auftraggebers zu erbringen. Sonstige Ansprüche des Auftragnehmers bleiben unberührt.

11.2 Verlangt der Auftragnehmer eine über die geschuldete Mitwirkung des Auftraggebers hinausgehende Leistung des Auftraggebers, kann der Auftraggeber es übernehmen, diese anstelle des Auftragnehmers als eigene Mitwirkungsobliegenheit zu erbringen; die für die Erstellung des Gesamtsystems zu zahlende Vergütung reduziert sich entsprechend. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, diesen Beitrag des Auftraggebers zu prüfen, ggf. zu korrigieren und in das Gesamtsystem zu integrieren*. Die vertraglichen und gesetzlichen Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

11.3 Der Auftraggeber hat Störungen bzw. Mängel unter Angabe der ihm bekannten und für deren Erkennung zweckdienlichen Informationen zu melden. Soweit keine andere Form der Störungsmeldung vereinbart ist, wird er diese in der Regel auf dem Störungsmeldeformular entsprechend Muster 1 vornehmen. Auf Nachfrage des Auftragnehmers hat er im Rahmen des Zumutbaren bestimmte, in seine Sphäre fallende Maßnahmen zu treffen, die eine Feststellung und Analyse der Störung bzw. des Mangels ermöglichen, z.B. notwendige, mit zumutbarem Aufwand von ihm beschaffbare einzelne technische Informationen aus seiner Sphäre bereit zu stellen.

11.4 Dem Auftraggeber obliegt, den Auftragnehmer über von ihm veranlasste Änderungen an der Systemumgebung* oder Beistellungen zu informieren, sofern sich diese auf die vertraglichen Leistungen des Auftragnehmers auswirken. Bei vereinbartem Systemservice obliegt es dem Auftraggeber, den Auftragnehmer rechtzeitig über nicht vom Auftragnehmer vorgenommene

oder initiierte Änderungen an den Systemkomponenten* zu informieren, sofern sich diese auf die Erbringung der vertraglichen Leistungen des Auftragnehmers auswirken. Diese Obliegenheit gilt unabhängig davon, ob der Auftraggeber zu einer solchen Änderung berechtigt ist.
Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über ihm bekannte nachteilige Auswirkungen dieser Änderungen unverzüglich unterrichten. Jeder Vertragspartner kann verlangen, dass der Vertrag entsprechend der Änderungen angepasst wird.

11.5 Der Auftraggeber wird bei auszutauschenden Systemkomponenten* oder Teilen von diesen die Datenträger entnehmen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

11.6 Bei vereinbartem Teleservice* wird der Auftraggeber entsprechend den Festlegungen in einer Teleservicevereinbarung die notwendigen technischen Einrichtungen beim Auftraggeber bereitstellen und den Zugriff auf das System ermöglichen.

11.7 Die ordnungsgemäße Datensicherung obliegt dem Auftraggeber, soweit die Datensicherung nicht Bestandteil der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.

12 Abnahme

12.1 Abnahmegegenstand ist das Gesamtsystem und - soweit vereinbart - teilabnahmefähige Leistungen.

12.2 Der Auftragnehmer hat die Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems zum vereinbarten Termin zu erklären und das Gesamtsystem zur Funktionsprüfung zur Verfügung zu stellen. Wenn im EVB-IT Systemvertrag dafür kein Termin vereinbart ist, hat dies so rechtzeitig vor dem vereinbarten Vertragserfüllungstermin* zu erfolgen, dass dem Auftraggeber mindestens die vereinbarte Funktionsprüfungszeit vor dem Vertragserfüllungstermin* zur Verfügung steht. Die Erklärung der Betriebsbereitschaft* setzt voraus, dass der Auftragnehmer das Gesamtsystem vertragsgemäß hergestellt hat und die zur Durchführung der Funktionsprüfung vereinbarten Schulungen durchgeführt wurden. Abweichend davon kann der Auftragnehmer die Betriebsbereitschaft* auch ohne vorherige Schulung erklären, sofern der Auftraggeber dem Auftragnehmer trotz Aufforderung nicht ausreichend Gelegenheit dazu gegeben hat.

12.3 Soweit nichts anderes vereinbart ist, steht dem Auftraggeber das Recht zu, das Gesamtsystem innerhalb von 30 Tagen nach dem Zugang der Betriebsbereitschaftserklärung einer Funktionsprüfung zu unterziehen (Funktionsprüfungszeit). Für teilabzunehmende Leistungen gilt davon abweichend eine Funktionsprüfungszeit von 14 Tagen, soweit nichts anderes vereinbart ist.

12.4 Die Funktionsprüfung erfolgt nach der Erklärung der Betriebsbereitschaft* in der vertraglich vereinbarten Systemumgebung* beim Auftraggeber, soweit nichts anderes vereinbart ist. In der Funktionsprüfung werden das Gesamtsystem oder die teilabzunehmenden Leistungen auf Mangelfreiheit überprüft. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Funktionsprüfung in angemessenem Umfang unterstützen.

12.5 Werden betriebsverhindernde und/oder betriebsbehindernde Mängel festgestellt, kann der Auftraggeber die Funktionsprüfung abbrechen. Sofern lediglich betriebsbehindernde Mängel festgestellt werden, darf der Auftraggeber die Funktionsprüfung jedoch nur abbrechen, wenn deren Fortsetzung aufgrund der Mängel nicht mehr sinnvoll erscheint. Der Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer nach Abschluss oder Abbruch der Funktionsprüfung bei der Funktionsprüfung festgestellte Mängel entsprechend der vereinbarten Mängelklassifizierung mit.

12.6 Hat der Auftraggeber die Funktionsprüfung gemäß Ziffer 12.5 Satz 1 abgebrochen, setzt er dem Auftragnehmer eine angemessene Frist, die Mängel zu beseitigen. Nach deren Beseitigung hat

der Auftragnehmer erneut die Betriebsbereitschaft* des Gesamtsystems oder der teilabzunehmenden Leistungen zu erklären. Der Auftraggeber hat das Recht zur erneuten Funktionsprüfung. Soweit nichts anderes vereinbart ist, beträgt der dafür vereinbarte Zeitrahmen 14 Tage.

12.7 Ziffer 12.6 gilt auch, wenn die Funktionsprüfung trotz betriebsverhindernder Mängel und betriebsbehindernder Mängel vollständig durchgeführt wird.

12.8 Der Auftraggeber erklärt nach Ende der Funktionsprüfungszeit die Abnahme des Gesamtsystems, wenn dieses lediglich leichte Mängel aufweist und diese in ihrer Summe auch nicht gemäß Ziffer 3.2 als betriebsbehindernde Mängel gelten. Diese werden in der Abnahmeerklärung als Mängel festgehalten und vom Auftragnehmer im Rahmen seiner Haftung für Sach- und Rechtsmängel gemäß Ziffern 13 und 14 unverzüglich beseitigt, soweit nicht eine Frist für die Beseitigung vereinbart ist.

12.9 Teilabnahmen finden nur statt, wenn sie ausdrücklich vereinbart sind; in diesem Fall erfolgt die Erklärung der Betriebsbereitschaft* für die vereinbarten einzelnen Teile des Gesamtsystems. Soweit nicht anders vereinbart, ist Gegenstand der Teilabnahme die Funktionsfähigkeit der Teilleistung isoliert betrachtet, das heißt sie umfasst grundsätzlich weder systemübergreifende Funktionalitäten noch die Interoperabilität der Teilleistung mit anderen Teilen des Gesamtsystems. Systemübergreifende Funktionalitäten und die Interoperabilität der Teilleistungen sind dann Gegenstand der Teilabnahme, soweit die Nutzung dieser Teilleistungen vor der Gesamtabnahme vereinbart ist und diese Nutzung deren Interoperabilität vereinbarungsgemäß voraussetzt. Nach Erklärung der Abnahme der letzten Teilleistung erfolgt eine Gesamtabnahme. Gegenstand der Gesamtabnahme ist insbesondere die Prüfung der systemübergreifenden Funktionalitäten sowie der Interoperabilität aller Teile des Gesamtsystems. Die Erklärung der Gesamtabnahme bleibt erforderlich. Die Erfüllung des EVB-IT Systemvertrages richtet sich ausschließlich danach, ob das Gesamtsystem wie vertraglich vereinbart insgesamt abnahmefähig im Sinne von Ziffer 12.8 ist. Hierfür bleibt der Auftragnehmer nachweispflichtig. Im Übrigen gelten die Regelungen zur Abnahme des Gesamtsystems entsprechend.

12.10 Kann der Auftragnehmer zum Vertragserfüllungstermin* kein abnahmefähiges Gesamtsystem übergeben, kommt er mit der Erfüllung des EVB-IT Systemvertrages in Verzug. Es gilt Ziffer 9. Vorgenannte Sätze gelten nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten hat.

12.11 Die Abnahme hat förmlich zu erfolgen. Der Abnahme steht es aber gleich, wenn der Auftraggeber das Gesamtsystem nicht innerhalb einer ihm vom Auftragnehmer bestimmten angemessenen Frist abnimmt, obwohl er dazu verpflichtet ist.

13 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln des Gesamtsystems (Gewährleistung)

13.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das Gesamtsystem frei von Sach- und Rechtsmängeln zu erstellen.

13.2 Für die zum Zeitpunkt der Abnahme beiden Parteien bekannten und nicht behobenen Mängel gelten die Mängelansprüche als vorbehalten.

13.3 Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt grundsätzlich 24 Monate, für Rechtsmängelansprüche an der Individualsoftware* 36 Monate jeweils ab der Erklärung der Gesamtabnahme, soweit nichts anderes vereinbart ist. Nach Ablauf von 12 Monaten der Verjährungsfrist ist, sofern sich der Auftragnehmer darauf beruft, ein Rücktritt vom EVB-IT

Systemvertrag bezogen auf Standardsoftware* gleich aus welchem Grund ausgeschlossen. Hinsichtlich aller weiteren Leistungen bleibt das Recht zum Rücktritt unberührt, auch wenn der Rücktrittsgrund in einem Mangel der Standardsoftware* liegt. Abweichend von Satz 1 und 2 verjähren die Ansprüche in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat. Die Verjährungsfrist endet in diesem Falle jedoch nicht vor den Fristen gemäß Satz 1 und 2.

13.4 Soweit Leistungen teilabgenommen wurden, beginnt die Verjährungsfrist mit dem Zeitpunkt der jeweiligen Teilabnahme und endet zwei Jahre nach der jeweiligen Teilabnahme, frühestens aber neun Monate nach der Gesamtabnahme. Soweit sich die Gesamtabnahme aus Gründen verzögert, die der Auftraggeber zu vertreten hat, beginnt die Neunmonatsfrist zu dem Zeitpunkt, zu dem die Gesamtabnahme ohne diese Verzögerung hätte erfolgen müssen.

Für alle Mängel an teilabgenommen Leistungen, die gleichzeitig Mängel des Gesamtsystems sind, beginnt die Verjährungsfrist mit der Teilabnahme, endet jedoch erst mit dem Ablauf der Verjährungsfrist für Mängel des Gesamtsystems.

13.5 Die Mängelansprüche erstrecken sich nicht auf beigestellte Systemkomponenten* und solche Systemkomponenten*, die der Auftraggeber oder ein Dritter ohne Zustimmung des Auftragnehmers ändert. Dies gilt nicht, wenn der Auftraggeber nachweist, dass diese Änderung für den gemeldeten Mangel nicht ursächlich und nicht auf eine zuvor durchgeführte Selbstvornahme gemäß Ziffer 13.11 zurückzuführen ist. Darüber hinaus erstrecken sich die Mängelansprüche nicht auf Software*, die der Auftraggeber nicht in der vereinbarten Systemumgebung* einsetzt, es sei denn, der Auftraggeber weist nach, dass dieser Einsatz für den gemeldeten Mangel nicht ursächlich war.

13.6 Die Rechtsmängelhaftung erstreckt sich nicht auf Ansprüche wegen Patentverletzungen und Gebrauchsmusterverletzungen im Sinne der deutschen Rechtsordnung, die Dritte gegen den Auftraggeber geltend machen, wegen dessen Nutzung von Systemkomponenten* außerhalb der Mitgliedsstaaten von EU und EFTA.

13.7 Meldet der Auftraggeber vor Ablauf der Verjährungsfrist Mängel, und verhandeln die Parteien im Sinne des § 203 BGB, ist die Verjährung gehemmt, bis der Auftragnehmer oder der Auftraggeber die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert. Die Verjährung tritt frühestens drei Monate nach dem Ende der Hemmung ein.

13.8 Eine neue Systemkomponente* ist vom Auftraggeber zu übernehmen, wenn sie der Vermeidung oder Beseitigung von Mängeln dient und der Auftragnehmer aus der Übernahme resultierende nachteilige Folgen für den Auftraggeber ebenfalls ausgleicht, wobei Ziffer 13.9 Anwendung findet. Zur Übernahme der neuen Systemkomponente* ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, wenn ihm dies nicht zuzumuten ist, z.B. weil die neue Systemkomponente* wesentlich von der vereinbarten Ausführung oder im Hinblick auf ihre Bedienung abweicht. An neuen Programmständen* räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber Nutzungsrechte in Art und Umfang ein, wie sie für die gelieferte Software* bestehen.

13.9 Übernimmt der Auftraggeber eine neue Systemkomponente*, gilt Folgendes:

- Enthält die neue Systemkomponente* mehr Funktionalität als die im EVB-IT Systemvertrag aufgeführte Systemkomponente* (Mehrleistung), ist der Auftraggeber zur Zahlung einer Mehrvergütung nur verpflichtet, wenn er diese Mehrleistung nutzen will. Dazu zählt auch der Fall, dass er die Mehrleistung nutzt, obwohl er die neue Systemkomponente* auch ohne die Mehrleistung vertragsgemäß nutzen könnte, nicht jedoch der Fall, dass er die bisherige Funktionalität nur zusammen mit der Mehrleistung nutzen kann.

- Entstehen ihm durch die Nutzung der neuen Systemkomponente* höhere Kosten als zuvor gehen diese zu Lasten des Auftragnehmers. Dies gilt nicht, soweit diese höheren Kosten darauf zurückzuführen sind, dass der Auftraggeber vorhandene Mehrleistungen nutzen will; Satz 2 des ersten Aufzählungspunktes dieser Ziffer 13.9 gilt entsprechend.

13.10 Der Auftragnehmer hat ihm bekannte Mängel unverzüglich, spätestens innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nach seiner Wahl durch Nachbesserung oder Neulieferung zu beheben. Handelt es sich um einen Mangel in der Standardsoftware*, kann der Auftragnehmer bis zur Überlassung eines den Mangel beseitigenden Programmstandes* eine Umgehungslösung* zur Verfügung stellen, soweit und solange dies für den Auftraggeber zumutbar ist. Die Verpflichtung des Auftragnehmers, den Mangel unverzüglich zu beseitigen, bleibt unberührt. Bei der Verletzung von Schutzrechten Dritter gilt vorrangig Ziffer 14. Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Kosten, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen. Erfolgt die Nacherfüllung durch Neuerstellung oder Neulieferung, entfällt der Nutzungsherausgabeanspruch des Auftragnehmers.

13.11 Schließt der Auftragnehmer die Mängelbehebung nicht innerhalb einer ihm gesetzten Frist erfolgreich ab, kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer entweder

- eine weitere angemessene Nachfrist verbunden mit der Ankündigung setzen, nach deren fruchtlosem Ablauf den Mangel selbst zu beseitigen. Läuft diese Frist fruchtlos ab, ist der Auftraggeber berechtigt, den Mangel selbst zu beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen.
- oder eine weitere angemessene Nachfrist setzen und nach deren fruchtlosem Ablauf die Vergütung angemessen herabsetzen oder vom EVB-IT Systemvertrag ganz oder teilweise zurücktreten. Ein Rücktritt wegen eines unerheblichen Mangels ist jedoch ausgeschlossen.

13.12 Der Auftraggeber kann darüber hinaus bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen Schadens- oder Aufwendungsersatz gem. § 634 Nr. 4 BGB im Rahmen der Ziffer 15 verlangen.

14 Schutzrechte Dritter

Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Nutzung des erstellten Gesamtsystems oder sonstige Leistungen des Auftragnehmers geltend und wird deren Nutzung hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, haftet der Auftragnehmer unbeschadet der Rechte des Auftraggebers gemäß Ziffer 13 wie folgt:

14.1 Der Auftragnehmer kann im Rahmen des Wahlrechts gemäß Ziffer 13.10 auf seine Kosten entweder die Leistungen so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht nicht verletzen, aber im Wesentlichen doch den vereinbarten Funktions- und Leistungsmerkmalen in für den Auftraggeber zumutbarer Weise entsprechen, oder den Auftraggeber von Ansprüchen gegenüber dem Schutzrechtsinhaber freistellen.

14.2 Ist die Nacherfüllung dem Auftragnehmer unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich, hat er das Recht, die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurückzunehmen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dabei eine angemessene Auslauffrist zu gewähren, es sein denn, dies ist nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich. Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers z.B. auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz bleiben unberührt.

14.3 Die Parteien werden sich unverzüglich wechselseitig über geltend gemachte Ansprüche Dritter verständigen. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen

und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.

14.4 Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

15 Haftungsbeschränkung

Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens-, Freistellungs- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:

15.1 Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert* beschränkt. Davon abweichend gilt:

- Beträgt der Auftragswert* weniger als 25.000,- €, wird die Haftung auf 50.000,- € beschränkt.
- Beträgt der Auftragswert* 25.000,- € oder mehr und weniger als 100.000,- €, wird die Haftung auf 100.000,- € beschränkt.

15.2 Die Haftungsobergrenze für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen beim Systemservice ist die Summe der Vergütungen, die für die Vertragslaufzeit für den Systemservice zu zahlen ist. Sie beträgt jedoch insgesamt minimal das Doppelte und maximal das Vierfache der Vergütung, die für das erste Vertragsjahr des Systemservice zu zahlen ist.
Bei der Bestimmung der vorgenannten Vergütungen bleibt eine etwaige vereinbarte Reduktion wegen Mängelansprüchen unberücksichtigt.

15.3 Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre. Die Beschränkung gilt nicht, wenn und soweit die Datensicherung Bestandteil der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.

15.4 Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt sowie bei einem Garantieversprechen, soweit bzgl. letzterem nichts anderes geregelt ist.

15.5 Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen, soweit in Nummer 15.4 des EVB-IT Systemvertrages nichts anderes vereinbart ist.

16 Laufzeit und Kündigung

16.1 Vertragliche Regelungen für Dauerschuldverhältnisse (die Leistungsteile Vermietung von Hardware, zeitweilige Überlassung von Standardsoftware*, Systemservice sowie Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems) beginnen mit der Erklärung der Abnahme des Gesamtsystems, soweit nichts anderes vereinbart ist.

16.1.1 Ist für Dauerschuldverhältnisse kein Ende der jeweiligen Laufzeit im EVB-IT Systemvertrag vereinbart, kann der jeweilige Leistungsteil mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf eines Kalendermonats gekündigt werden, frühestens jedoch zum Ende einer im EVB-IT

Systemvertrag vereinbarten Mindestvertragsdauer. Im EVB-IT Systemvertrag kann eine andere Kündigungsfrist vereinbart werden.

16.1.2 Eine Kündigung gemäß Ziffer 16.2 oder 16.3 erfasst auch die Dauerschuldverhältnisse. Der Auftraggeber ist aber berechtigt, einzelne oder alle Dauerschuldverhältnisse aus der Kündigung auszunehmen. Für die ausgenommenen Dauerschuldverhältnisse findet der EVB-IT Systemvertrag weiter Anwendung. Den Parteien bleibt es unbenommen, für die verbleibende Vertragslaufzeit stattdessen die Einbeziehung der jeweils einschlägigen EVB-IT bzw. BVB zu vereinbaren.

16.1.3 Ein wichtiger Grund für die Kündigung eines Dauerschuldverhältnisses über die zeitweilige Überlassung von Standardsoftware* durch den Auftragnehmer ist die schwerwiegende Verletzung von Nutzungsrechten des Rechteinhabers, die der Auftraggeber trotz schriftlicher Abmahnung aufrechterhält. Das Recht zur Kündigung auch ohne eine schriftliche Abmahnung gemäß § 543 Abs. 3 Satz 2 BGB bleibt für die dort genannten Fälle unberührt.

16.2 Der Auftraggeber hat das Recht, den EVB-IT Systemvertrag gemäß § 649 BGB zu kündigen. Soweit nichts anderes vereinbart ist, hat der Auftragnehmer im Falle der Kündigung aufgrund dieser Regelung die gesetzlichen Rechte, ist jedoch verpflichtet, auf der Basis der durch die Kündigung ersparten Aufwendungen die von ihm beanspruchte Vergütung nachvollziehbar darzulegen. Des Weiteren ist er verpflichtet darzulegen, welche Systemkomponente* er als fertig gestellt bzw. begonnen ansieht bzw. welche Systemkomponente* er bereits von Dritten erworben hat.

Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber auf dessen Wunsch gegen angemessene Vergütung in angemessener Weise so, dass der Auftraggeber oder ein Dritter das nach dem EVB-IT Systemvertrag vereinbarte Gesamtsystem fertig stellen kann, sofern dies für den Auftragnehmer nicht unzumutbar ist. Diese Unterstützungsleistung gilt als „Füllauftrag“ im Sinne von § 649 BGB, soweit dies für den Auftragnehmer nicht unzumutbar ist.

16.3 Im Übrigen kann der EVB-IT Systemvertrag von jedem Vertragsteil nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragsteile die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe gesetzten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, soweit nicht gemäß § 323 Abs. 2 BGB eine Fristsetzung entbehrlich ist.

16.3.1 Hat der Auftragnehmer die Kündigung zu vertreten, ist die tatsächlich fertig gestellte bzw. begonnene Leistung abzurechnen, soweit der Auftraggeber für sie Verwendung hat. Soweit noch nicht erfolgt, liefert der Auftragnehmer diese Leistung und überträgt dem Auftraggeber die vereinbarten Nutzungs- und Eigentumsrechte daran. Die Abrechnung erfolgt anteilig nach den vereinbarten Preisen. Die nicht verwendbare Leistung wird dem Auftragnehmer zurückgewährt. Die mit der Rückgewähr verbundenen Kosten trägt der Auftragnehmer. Die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche bleiben unberührt.

16.3.2 Im Falle von Ziffer 16.3.1 unterstützt der Auftragnehmer den Auftraggeber auf dessen Wunsch gegen angemessene Vergütung in angemessener Weise so, dass der Auftraggeber oder ein Dritter das nach dem EVB-IT Systemvertrag vereinbarte Gesamtsystem fertig stellen kann, sofern dies für den Auftragnehmer nicht unzumutbar ist.

17 Änderung der Leistung nach Vertragsschluss

17.1 Der Auftraggeber kann nach Vertragsschluss jederzeit Änderungen des Leistungsumfangs des Gesamtsystems im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Das Änderungsverfahren ist auf einem Formular gemäß Muster 3 - Änderungsverfahren EVB-IT Systemvertrag - zu dokumentieren, soweit nichts anderes vereinbart ist.

17.2 Der Auftragnehmer hat das Änderungsverlangen des Auftraggebers zu prüfen und wird dem Auftraggeber in angemessener Frist, insbesondere unter Berücksichtigung von Art und Umfang des Änderungsverlangens mitteilen, ob es zumutbar und falls nicht, warum es unzumutbar ist.

17.3 Hat das zumutbare Änderungsverlangen keinen Einfluss auf die vereinbarte Vergütung oder Termine, hat der Auftragnehmer unverzüglich mit der Umsetzung des Änderungsverlangens zu beginnen und dies dem Auftraggeber mitzuteilen.

17.4 Hat das zumutbare Änderungsverlangen Einfluss auf die vereinbarte Vergütung oder Termine, wird der Auftragnehmer ein Realisierungsangebot unter Angabe von Terminen und den Auswirkungen auf die vereinbarte Vergütung unterbreiten. Der Auftraggeber wird das Realisierungsangebot des Auftragnehmers in angemessener Frist annehmen oder ablehnen.

17.5 Bedarf die Erstellung des Realisierungsangebotes einer umfangreichen technischen Planung, kann der Auftragnehmer dieses von der Zahlung einer angemessenen Vergütung abhängig machen. Er wird in diesem Fall ein entsprechendes Planungsangebot mit Angabe der Vergütung unterbreiten. Der Auftraggeber wird das Planungsangebot des Auftragnehmers in angemessener Frist annehmen oder ablehnen.

17.6 Kommt eine Vereinbarung über die Änderung der Leistung zustande, ist der EVB-IT Systemvertrag, insbesondere die Leistungsbeschreibung, entsprechend anzupassen. Kommt keine Vereinbarung zustande, werden die Arbeiten auf der Grundlage des geltenden EVB-IT Systemvertrages weitergeführt. Ist das Änderungsverlangen dem Auftragnehmer zumutbar und kommt keine Vereinbarung zustande, weil sich die Parteien wegen Mehrleistungen nicht über die Anpassung der Vergütung einigen können, kann der Auftraggeber die Durchführung der Änderung gleichwohl verlangen. Die Vergütung wird in diesem Fall angemessen erhöht. Kommt keine Vereinbarung zustande, weil sich die Parteien wegen Mehrleistungen nicht über die Anpassung des Termin- und Leistungsplanes einigen können, kann der Auftraggeber die Durchführung der Änderung gleichwohl verlangen. In diesem Fall verschieben sich die von der Änderung betroffenen im Termin- und Leistungsplan genannten Ausführungsfristen angemessen.

18 Quellcodeübergabe und Quellcodehinterlegung

18.1 Soweit nichts anderes vereinbart ist, hat der Auftragnehmer den jeweils aktuellen Stand des Quellcodes* der Individualsoftware* und etwaiger Anpassungen der Standardsoftware* auf Quellcodeebene gemäß Ziffer 2.3.1.3 mit der Abnahme des Gesamtsystems und nach der Abnahme bei jeder Übergabe eines neuen Programmstandes* der Individualsoftware* bzw. der betroffenen Standardsoftware* an den Auftraggeber zu übergeben. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer gemäß Ziffer 2.3.1.3 erklärt, er werde die Anpassungen in den Standard übernehmen und dies auch vertragsgemäß umsetzt. Zum Quellcode* gehören dessen fachgerechte Kommentierung und die Beschreibung der notwendigen Systemparameter sowie sonstige notwendige Informationen, die den Auftraggeber in die Lage versetzen, mit Fachpersonal den Quellcode* zu bearbeiten, um eine selbstständige Weiterentwicklung der

Individualsoftware* bzw. der Anpassungen der Standardsoftware* auf Quellcodeebene vorzunehmen. Die Übergabe soll in elektronischer Form auf einem Datenträger erfolgen und wird protokolliert. Der Auftraggeber erhält an allen Fassungen des Quellcodes* und der Dokumentationen im Zeitpunkt der jeweiligen Erstellung ein Nutzungsrecht gemäß Ziffer 2.3.2.1. Der Auftraggeber wird den Quellcode* wie eigene vertrauliche Informationen behandeln und Dritten nur im Rahmen der bestimmungsgemäßen Nutzung zugänglich machen und diese ebenfalls zur Vertraulichkeit verpflichten.

18.2 Ist die Hinterlegung des Quellcodes* bestimmter Software* vereinbart, erfolgt diese aufgrund der im EVB-IT Systemvertrag aufgeführten Hinterlegungsvereinbarung bei der vereinbarten Hinterlegungsstelle. Die Hinterlegungsverpflichtung bezieht sich auf die vom Auftragnehmer auf der Grundlage des EVB-IT Systemvertrages jeweils letzte geänderte Fassung des Quellcodes* eines überlassenen Programmstandes* einschließlich von Fehlerbeseitigungen. An sämtlichen Fassungen des Quellcodes* von Individualsoftware* stehen dem Auftraggeber die Rechte gemäß Ziffer 2.3.2.1 zu. An sämtlichen zu hinterlegenden Fassungen des Quellcodes* von Standardsoftware* steht dem Auftraggeber das für den Fall der Herausgabe aufschiebend bedingte Recht zu, diese zum Zwecke der Fehlerbeseitigung und zur Aufrechterhaltung der Nutzungsmöglichkeit, insbesondere im Gesamtsystem zu bearbeiten und daraus ausführbare neue Programmstände* zu erzeugen, an denen dem Auftraggeber wiederum dieselben Rechte wie an dem ursprünglich überlassenen Stand der Standardsoftware* zustehen. Die vorgenannten Rechteeinräumungen erfolgen bei Quellcodes* von Individualsoftware* mit der jeweiligen Entstehung derselben und bei Quellcodes* von Standardsoftware* mit Überlassung der ausführbaren Programmstände*.

18.3 Ist für die hinterlegte Standardsoftware* die Lieferung neuer Programmstände* in Nummer 5.1.3 des EVB-IT Systemvertrages vereinbart, bezieht sich die Hinterlegungsverpflichtung ebenfalls auf den jeweiligen Quellcode* der überlassenen Programmstände*.

18.4 Die Kosten der Hinterlegung trägt der Auftraggeber.

19 Haftpflichtversicherung

19.1 Soweit vereinbart, weist der Auftragnehmer bei Abschluss des EVB-IT Systemvertrages dem Auftraggeber nach, dass er über eine in Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt.

19.2 Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Ende des EVB-IT Systemvertrages aufrechterhalten, mindestens aber bis zur Verjährung der Mängelansprüche. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zum Rücktritt vom EVB-IT Systemvertrag berechtigt, wenn ihm ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt. Nach Gesamtabnahme tritt an die Stelle des Rücktrittsrechts das Recht zur Kündigung des Systemservices.

20 Vorauszahlungsbürgschaft, Vertragserfüllungs– und Mängelhaftungssicherheit

20.1 Sind im EVB-IT Systemvertrag Sicherheiten vereinbart, gilt Folgendes:

20.1.1 Ist der Auftraggeber mit Abschluss des EVB-IT Systemvertrages zu einer Vorauszahlung verpflichtet, leistet er diese Zug um Zug gegen Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts

aus einem Mitgliedsstaat der EU in Höhe der vereinbarten Vorauszahlung. Eine Hinterlegung eines Geldbetrages als Sicherheit für den Auftraggeber durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen. Die Bürgschaft dient als Sicherheit für Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der Vorauszahlung. Die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer Leistungen im Wert der Vorauszahlung erbracht hat.

20.1.2 Ist eine Vertragserfüllungssicherheit vereinbart, hinterlegt der Auftragnehmer bei Abschluss des EVB-IT Systemvertrages den im EVB-IT Systemvertrag als Sicherheit vereinbarten Geldbetrag gemäß § 18 Nr. 5 VOL/B oder übergibt dem Auftraggeber eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in der vereinbarten Höhe. Die Sicherheit dient der Absicherung sämtlicher Ansprüche des Auftraggebers aus der Erstellung des Gesamtsystems bis zur Abnahme, insbesondere für Ansprüche wegen Pflichtverletzungen des Auftragnehmers, aus Vertragsstrafe und ungerechtfertigter Bereicherung. Die Vertragserfüllungssicherheit beträgt 10 % des Erstellungspreises*, sofern nichts anderes vereinbart ist. Der Auftraggeber kann eine Anpassung verlangen, wenn sich der Auftragswert* gegenüber dem Erstellungspreis* erhöht. Eine Anpassung ist erstmalig bei einer Erhöhung um 10 % und im Übrigen in angemessenen Schritten möglich. Die Vertragserfüllungssicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer das Gesamtsystem vertragsgemäß erstellt hat, die etwa vereinbarte Sicherheit für die Erfüllung der Mängelansprüche geleistet ist und bis dahin erhobene Ansprüche auf Schadensersatz oder Erstattung von Überzahlungen befriedigt sind. Soweit Teilabnahmen durchgeführt wurden, erfolgt eine teilweise Rückgabe der Vertragserfüllungssicherheit.

20.1.3 Ist eine Mängelhaftungssicherheit vereinbart, hinterlegt der Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Gesamtabnahme den vereinbarten Geldbetrag gemäß § 18 Nr. 5 VOL/B oder übergibt dem Auftraggeber eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in der vereinbarten Höhe. Die Mängelhaftungssicherheit beträgt 5 % des Auftragswertes*, soweit nichts anderes vereinbart ist. Die Sicherheit dient der Absicherung sämtlicher Mängelansprüche aus der Erstellung des Gesamtsystems. Die bei Gesamtabnahme zu stellende Sicherheit ist unverzüglich nach Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche des Gesamtsystems und nach Erfüllung der bis dahin erhobenen Mängelansprüche an den Auftragnehmer zurückzugeben.

20.1.4 Ist eine kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelhaftungssicherheit vereinbart, hinterlegt der Auftragnehmer bei Abschluss des EVB-IT Systemvertrages den als Sicherheit vereinbarten Geldbetrag gemäß § 18 Nr. 5 VOL/B oder übergibt dem Auftraggeber eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in der vereinbarten Höhe. Die kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelhaftungssicherheit beträgt hinsichtlich der Vertragserfüllung 10 % und hinsichtlich der Mängelhaftung 5 % des Erstellungspreises*, soweit nichts anderes vereinbart ist. Der Auftraggeber kann eine Anpassung verlangen, wenn sich der Auftragswert* gegenüber dem Erstellungspreis* erhöht. Eine Anpassung ist erstmalig bei einer Erhöhung um 10 % und im Übrigen in angemessenen Schritten möglich. Die Sicherheit dient als Vertragserfüllungssicherheit der Absicherung sämtlicher Ansprüche des Auftraggebers aus der Erstellung des Gesamtsystems bis zur Abnahme, insbesondere für Ansprüche wegen Pflichtverletzungen des Auftragnehmers, aus Vertragsstrafe und ungerechtfertigter Bereicherung. Ist eine Teilabnahme oder die Gesamtabnahme erfolgt, dient die Sicherheit auch der Absicherung sämtlicher

Mängelansprüche aus der Erstellung des Gesamtsystems. Die Sicherheit ist unverzüglich nach Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche des Gesamtsystems und nach Erfüllung der bis dahin erhobenen Ansprüche auch auf Erstattung von Überzahlungen und Schadensersatz an den Auftragnehmer zurückzugeben.

20.2 Bürgschaften können auch durch andere Bürgen als deutsche Kreditinstitute oder vergleichbare Kreditinstitute aus einem Mitgliedsstaat der EU gestellt werden, sofern der Auftraggeber den Bürgen zuvor als tauglich anerkannt hat.

21 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

21.1 Der Auftraggeber gibt dem Auftragnehmer alle relevanten, über die gesetzlichen Regelungen hinausgehenden Sachverhalte bekannt, deren Kenntnis für ihn aus Gründen des Datenschutzes und der Geheimhaltung erforderlich ist.

21.2 Vor Übergabe eines Datenträgers an den Auftragnehmer stellt der Auftraggeber die Löschung schutzwürdiger Inhalte sicher, soweit nichts anderes vereinbart ist.

21.3 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des EVB-IT Systemvertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und dem Auftraggeber auf Verlangen schriftlich zu bestätigen.

21.4 Der Auftraggeber kann ganz oder teilweise vom EVB-IT Systemvertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seine Pflichten gemäß Ziffer 21.3 unter Berücksichtigung der Sachverhalte gemäß Ziffer 21.1 schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt. Betreffen vorgenannte Pflichtverletzungen ausschließlich den Systemservice, tritt an die Stelle des Rücktrittsrechts das Recht zur Kündigung des Systemservices.

21.5 Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Dies gilt auch für den Erfahrungsaustausch innerhalb der öffentlichen Hand.

21.6 Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem EVB-IT Systemvertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des EVB-IT Systemvertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

22 Zurückbehaltungsrechte

Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.

23 **Schlichtungsverfahren**

Die Parteien können vereinbaren, bei Meinungsverschiedenheiten aus oder im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung, die sie nicht untereinander bereinigen können, eine Schlichtungsstelle anzurufen, um den Streit nach deren Schlichtungsordnung ganz oder teilweise vorläufig oder endgültig zu bereinigen. Sofern die Parteien im EVB-IT Systemvertrag eine Schlichtung vereinbart haben, ist dies nur wirksam, wenn die Schlichtungsstelle dort konkret bezeichnet ist und diese in Bezug auf derartige Meinungsverschiedenheiten auch tatsächlich tätig wird. Zur Ermöglichung der Schlichtung verzichten die Parteien wechselseitig auf die Einrede der Verjährung für alle Ansprüche aus dem streitigen Sachverhalt ab Schlichtungsantrag bis einen Monat nach Ende des Schlichtungsverfahrens. Der Verzicht bewirkt eine Hemmung der Verjährung.

24 **Textform**

Soweit nichts anderes geregelt ist, bedürfen vertragliche Mitteilungen und Erklärungen mindestens der Textform. Für Mängelrügen ist der Eintrag in ein Ticketsystem ausreichend.

25 **Anwendbares Recht**

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG*).

Begriffsbestimmungen

Abschlagszahlung	Anteilige Zahlung der vereinbarten Vergütung vor deren Fälligkeit. Ein Anspruch auf Abschlagszahlungen kann im EVB-IT Systemvertrag vereinbart werden.
Angebotspreis	Dient der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots für die einzelnen Leistungen des Vertrages, z.B. Systemserviceleistungen, Weiterentwicklung des Gesamtsystems.
Auftragswert	Summe aus Erstellungspreis* und aller im Rahmen des Projektes bis zur Gesamtabnahme vereinbarten Vergütungserhöhungen oder -verringerungen, insbesondere aufgrund von Änderungsverlangen (Change Requests).
Beizustellende Systemkomponenten	Die vom Auftraggeber beizustellenden Systemkomponenten* bilden mit den vom Auftragnehmer zu liefernden und/oder herzustellenden Systemkomponenten* das Gesamtsystem. Die beizustellenden Systemkomponenten* können sowohl Teile der beim Auftraggeber zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses vorhandenen Systemumgebung* sein als auch später hinzukommende neue Komponenten, die der Auftraggeber zur Erfüllung seiner Mitwirkungsleistungen vereinbarungsgemäß beschafft oder erstellt.
Betriebsbereitschaft	Das Gesamtsystem ist vertragsgemäß erstellt.
CISG	United Nations Convention on Contracts for the international Sales of Goods (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf).
Customizing	Anpassen von Systemkomponenten* an die Anforderungen des Auftraggebers zur Erstellung des Gesamtsystems und zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*, das nicht auf Quellcodeebene erfolgt.
Erstellungspreis	Angebotspreis* für die Erstellung des Gesamtsystems.
Gesamtangebotspreis	Dient der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots und ist die Summe aller Angebotspreise*, die vereinbart sind oder abgerufen werden können.
Individualsoftware	Softwareprogramme, Programm-Module, Tools etc., die zur Vertragserfüllung für die Bedürfnisse des Auftraggebers vom Auftragnehmer erstellt wurden einschließlich der zugehörigen Dokumentation. Hierzu gehören auch die Anpassungen von Standard- oder Individualsoftware* auf Quellcodeebene. Nicht hierzu gehören jedoch Customizing* und die Anpassungen von Standardsoftware*, die gemäß Ziffer 2.3.1.3 in den Standard übernommen wurden.

Installation	Alle notwendigen Maßnahmen für das Einbringen der Software* in die vereinbarte Systemumgebung* sowie die Herbeiführung der vereinbarten Ablauffähigkeit der Software* einschließlich aller notwendigen Prüfungen und Kontrollen zur Erstellung des Gesamtsystems und zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*.
Integration	Einbetten von Hardware und/oder Software* in das Gesamtsystem innerhalb der vereinbarten Systemumgebung* zum Zwecke der Erstellung des Gesamtsystems und zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft*.
Kopier- oder Nutzungssperre	Maßnahmen zur Einschränkung der Kopierbarkeit und/oder Nutzungsmöglichkeit einer Systemkomponente*.
Nebenkosten	Aufwendungen des Auftragnehmers, die zur Leistungserbringung notwendig, aber weder Reisekosten noch Materialkosten sind.
Objektcode	Zwischenergebnis eines Compiler- bzw. Übersetzungsvorgangs des Quellcodes* eines Programms.
Patch	Behebung eines Mangels und/oder einer Störung in der Standardsoftware* ohne Eingriff in den Quellcode*.
Pauschalfestpreis	Umfasst den Erstellungspreis*, den Angebotspreis* für Systemserviceleistungen, den Angebotspreis* für die Weiterentwicklung und Anpassung des Gesamtsystems sowie den Angebotspreis* für sonstige Leistungen, jeweils sofern diese zum Festpreis vereinbart sind.
Programmstand	Oberbegriff für Patch*, Update*, Upgrade* und neue(s) Release/Version*.
Quellcode	Code eines Programms in der Fassung der Programmiersprache.
Reaktionszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Störungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten zu beginnen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der Störungs- bzw. Mängelmeldung innerhalb der vereinbarten Servicezeiten und läuft während der vereinbarten Servicezeiten.
Release/Version	Neue Entwicklungsstufe einer Software*, die sich gegenüber dem vorherigen Release bzw. der Version im Funktions- und/oder Datenspektrum erheblich unterscheidet (z.B. 4.5.7 → 5.0.0).
Schaden stiftende	Software mit vom Auftraggeber unerwünschter, nicht vereinbarter Funktion, die

Software	zumindest auch den Zweck hat, die Verfügbarkeit von Daten, Ressourcen oder Dienstleistungen, die Vertraulichkeit von Daten oder die Integrität von Daten, zu gefährden bzw. zu beeinträchtigen, z.B. Viren, Würmer, Trojanische Pferde.
Software	Oberbegriff für Standardsoftware* und Individualsoftware*.
Standardsoftware	Softwareprogramme, Programm-Module, Tools etc., die für die Bedürfnisse einer Mehrzahl von Kunden am Markt und nicht speziell vom Auftragnehmer für den Auftraggeber entwickelt wurden, einschließlich der zugehörigen Dokumentation.
Systemkomponente	Teil des Gesamtsystems, z.B. Hard- oder Software*. Hierzu gehören auch auf der Grundlage des EVB-IT Systemsvertrages überlassene neue Programmstände*.
Systemumgebung	Technische, räumliche und fachlich organisatorische Umgebung, in die das zu liefernde System zu integrieren ist.
Teleservice	Leistungen unter Inanspruchnahme von technischen Einrichtungen zur Fernkommunikation von einem Standort außerhalb des Einsatzortes des Gesamtsystems.
Umgehungslösung	Temporäre Überbrückung eines Mangels und/oder einer Störung in der Software*.
Update	Bündelung mehrerer Mängelbehebungen und/oder Störungsbeseitigungen sowie ggf. geringfügige funktionale Verbesserungen und/oder Anpassungen der Software* (z.B. 4.1.3 → 4.1.4).
Upgrade	Bündelung mehrerer Mängelbehebungen und/oder Störungsbeseitigungen und mehr als geringfügige funktionale Verbesserungen und/oder Anpassungen der Software* (z.B. 4.1.3 → 4.2.0).
Version/Release	siehe Release/Version.
Vertragserfüllungstermin	Termin, zu dem der Auftragnehmer alles Vereinbarte getan haben muss, damit der Auftraggeber die Abnahme erklären kann. Dazu gehört insbesondere, dass der Auftragnehmer das Gesamtsystem bereits zum Termin der Erklärung der Betriebsbereitschaft* vertragsgemäß und im Wesentlichen mangelfrei bereitstellt, damit der Auftraggeber in der Zeit bis zum Vertragserfüllungstermin die Funktionsprüfung durchführen kann.

Vorbestehende Teile

Alle Bestandteile

- der Individualsoftware* und
- der auf der Quellcodeebene vorgenommenen, jedoch nicht gemäß Ziffer 2.3.1.3 in den Standard aufgenommenen Anpassungen an Standardsoftware*,

die der Auftragnehmer oder ein Dritter unabhängig von diesem Vertrag entwickelt hat.

V-Modell XT

Das V-Modell XT ist ein Vorgehensmodell zum Planen und Durchführen von Projekten. Einzelheiten unter www.cio.bund.de.

Werkzeug

Hilfsmittel für die Entwicklung, Bearbeitung und Pflege von Software*.

Wiederherstellungszeit

Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer die Störungs- bzw. Mängelbehebungsarbeiten erfolgreich abzuschließen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der Störungs- bzw. Mängelmeldung und läuft ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.

Vertrag zum Fernwartungszugriff inkl. Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

Als Anlage zum Hauptvertrag vom _____
Datum

zwischen der

Stadt Nürnberg

vertreten durch den Oberbürgermeister

dieser vertreten durch

_____
Dienststelle

_____
Straße, Hausnummer

_____
PLZ, Ort

- Auftraggeber -
- nachfolgend: „Verantwortlicher“ -

und

_____
Firma bzw. Name

_____
ggf. vertreten durch

_____
Straße, Hausnummer

_____
PLZ, Ort

- Auftragnehmer -
- nachfolgend: „Auftragsverarbeiter“ -

- beide nachfolgend gemeinsam: „Vertragsparteien“ -

wird der folgende Vertrag zum Fernwartungszugang inkl. Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 32 DSGVO geschlossen:

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Erhebung, Verarbeitung und Löschung (im Folgenden: Verarbeitung) aller personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten), die Gegenstand des Hauptvertrags sind oder im Rahmen von dessen Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Gegenstand der Auftragsverarbeitung sind die folgenden, vom Auftragsverarbeiter durchzuführenden Fernwartungsarbeiten:

Gegenstand der Datenverarbeitung

(2) Folgende Datenarten bzw. -kategorien sind durch den Fernwartungszugriff betroffen:

»

Beschreibung der Datenarten / -kategorien
(z. B. Personaldaten, Stammdaten, Kontaktdaten; NICHT: einzelne Datenfelder!)

(3) Der Kreis der durch den Umgang mit ihren Daten betroffenen Personen

☐ ist

konkret beschrieben[1].

☐ umfasst die folgenden Personengruppe(n):

»

Beschreibung der Personengruppen
(z. B. Beschäftigte, Bürger, Nutzer)

[1] Sind die von der Auftragsverarbeitung betroffenen Personengruppen (z. B. Beschäftigte, Bürger, Kunden) im Hauptvertrag/Auftrag, in der Leistungsbeschreibung oder einem anderen Dokument konkret angegeben, bitte dieses Dokument hier angeben, zusammen mit der genauen Fundstelle (z. B. Ziffer XY, § Z)

(4) Der Zugriff erfolgt primär auf die in der Anlage IT-Systeme genannten Systeme / PCs; Änderungen der PC-Namen wegen Ersatzbeschaffungen oder Umstrukturierungen werden dem Auftragsverarbeiter schriftlich mitgeteilt und in der Anlage IT-Systeme entsprechend angepasst. In diesem Fall bedarf es keines neuen Vertragsschlusses.

(5) Der Fernwartungszugriff erfolgt über das Remote-Zugangssystem der Stadt Nürnberg mit einem browserbasierten Client.

Für die Benutzung des Zugangs wird ein eigener Benutzerzugang mit Benutzername und Kennwort eingerichtet. Zur Freischaltung des Zugangs gibt

☐ [Dienststelle]

☐ Amt für Informationstechnologie (IT)

vor Beginn der Anmeldung eine Token-PIN telefonisch bekannt. Die Token-PIN ist nur für die jeweilige Sitzung gültig. Nach der Anmeldung am Zugangssystem ist der Zugriff über die Fernwartungssoftware auf den festgelegten Fernwartungsclient möglich. Für die Anmeldung am Fernwartungsclient ist eine weitere Anmeldung mit Benutzername und Kennwort erforderlich.

(6) Die Nutzung des Fernwartungszugangs ist auf die Servicezeiten der zentralen städtischen IT beschränkt. Servicezeiten sind die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Hauptvertrags geltenden und dem Auftragsverarbeiter mitgeteilten Zeiten. Änderungen der Servicezeiten wird der Verantwortliche dem Auftragsverarbeiter in Textform mitteilen.

Abweichende Zugriffszeiten sind mit

☐ der o. g. Dienststelle

☐ der städtischen IT

zu vereinbaren.

Außerhalb der regulären Servicezeiten kann bei Problemen mit dem Fernwartungszugang seitens IT nur nach Absprache Support geleistet werden.

(7) Aus Gründen der IT-Sicherheit kann der Verantwortliche den Einsatz neuerer Versionen der erforderlichen Software verlangen.

§ 3 Unterstützungspflicht des Auftragsverarbeiters und Weisungsbefugnis des Verantwortlichen

(1) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, Fernwartungsarbeiten nur auf Weisung des Verantwortlichen von hierzu autorisierten Mitarbeitenden ordnungsgemäß durchführen zu lassen. Die autorisierten Mitarbeitenden teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen vor dem erstmaligen Beginn der Wartungsarbeiten in Textform mit. Der Auftragsverarbeiter ist verpflichtet, dem Verantwortlichen Veränderungen bei den autorisierten Mitarbeitenden unverzüglich in Textform mitzuteilen.

(2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch die Gewährleistung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen.

(3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung eines Betroffenenrechts unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten.

(4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters mit Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Die Anordnungen sind zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst durch den Hauptvertrag definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form durch eine einzelne Weisung geändert, ergänzt oder ersetzt werden.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird.

Die weisungsberechtigten Personen auf Seiten des Verantwortlichen sowie die zum Empfang der Weisungen berechtigten Personen auf Seiten des Auftragsverarbeiters sowie die vorgesehenen Informationswege sind in der Anlage Kommunikation festgelegt.

(6) Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden ohne Wissen des Verantwortlichen nicht erstellt.

(7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i.S.d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.

(8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union (EU) oder eines Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) statt.

Eine Verarbeitung außerhalb der EU bzw. des EWR ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

(9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur auf Anweisung des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z. B. Telearbeit, Heimarbeit, Home-Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung

des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Weitere Pflichten des Auftragsverarbeiters

(1) Zu Beginn der Fernwartungsarbeiten muss sich das Fernwartungspersonal einer Identifikation und Authentifikation (in der Regel Benutzerkennung und Kennwort) unterziehen. Zusätzlich ist die Eingabe einer Ziffernfolge notwendig, die durch einen Hardwaretoken generiert und telefonisch übermittelt wird.

(2) Die autorisierten Mitarbeitenden erhalten jeweils gesondert für den Zugriff auf das Zugangssystem und für den Zugriff auf das zu wartende System (zweistufiges Authentifikationsverfahren) eine Benutzerkennung und ein Kennwort. Das Kennwort für den Zugriff auf das Zugangssystem ist alle 6 Monate zu ändern. Das Kennwort für den Zugriff auf das zu wartende System wird monatlich geändert. Ist abweichend davon der Zugriff mittels Fernwartung nur durch eine einzige Benutzerkennung mit Kennwort möglich (einstufiges Authentifikationsverfahren), wird das Kennwort monatlich geändert. Die Weitergabe von Kennwörtern an Dritte ist untersagt.

(3) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich die zur Verarbeitung der Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen und weist dies dem Verantwortlichen auf Wunsch nach. Dies umfasst auch die Belehrung über die datenschutzrechtlichen Bestimmungen und Vorgaben sowie die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehende Weisungs- und Zweckbindung. Es wird ausschließlich Personal eingesetzt, das über ausreichende Sachkunde für die ordnungsgemäße Abwicklung der Aufgaben verfügt.

(4) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n zu benennen, die/der ihre/seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen (→ Anhang Kommunikation).

(6) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

(7) Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich zur vertraulichen Behandlung aller Kenntnisse über den Verantwortlichen sowie die verarbeiteten Daten. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung dieser Vereinbarung bestehen.

§ 5 Technisch-organisatorische Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollrechte des Verantwortlichen

(1) Fernwartungsarbeiten dürfen grundsätzlich nur mit der Einwilligung des Verantwortlichen begonnen werden. Die Fernwartungsverbindung darf nur in dem für die Durchführung der Fernwartungsarbeiten unerlässlichen Umfang aufrechterhalten werden. Der Verantwortliche stellt den Zugriff auf die für eine Fernwartung notwendigen Software- und Hardwarekomponenten nur für den zur Erfüllung des Fernwartungszwecks notwendigen unerlässlichen zeitlichen Umfang zur Verfügung.

Der Verantwortliche ist berechtigt, die Verbindung jederzeit abzubrechen. Wartungs- und Diagnosearbeiten, insbesondere, wenn sie die Software betreffen, sollen so durchgeführt werden, dass der Dienstbetrieb des Verantwortlichen nicht mehr als notwendig eingeschränkt wird. Der Verantwortliche trifft mit dem Auftragsverarbeiter entsprechende Vereinbarungen.

(2) Der Verantwortliche räumt dem Auftragsverarbeiter nur die Zugriffsrechte ein, die dieser zur Durchführung der Fernwartungsarbeiten tatsächlich benötigt. Es werden Zugriffsschutzmechanismen wie Ausführungs-, Lese- und Änderungsschutz eingesetzt. Der Auftragsverarbeiter darf von den ihm eingeräumten Zugriffsrechten nur in dem für die Durchführung der Fernwartungsarbeiten unerlässlich notwendigen Umfang Gebrauch machen.

(3) Grundsätzlich dürfen für Testzwecke und für die Fehlersuche keine Originaldaten, sondern nur Kopien der Daten oder Testdaten verwendet werden, es sei denn, der Verantwortliche stimmt der Verwendung von Originaldaten ausdrücklich zu.

Soweit ein Zugriff auf Originaldaten im Einzelfall erforderlich ist, hat dies der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen in Textform (z. B. E-Mail) zu begründen. Eine hierfür vom Verantwortlichen erteilte Zustimmung gilt bis auf Widerruf für alle gleichgelagerten Fälle. Für anders gelagerte Fälle ist nach dem gleichen Prinzip vorzugehen.

(4) Das Einspielen von Änderungen ins Betriebssystem oder in systemnahe Software bedarf grundsätzlich der Einwilligung des Verantwortlichen. Der Auftragsverarbeiter garantiert, dass ausnahmslos jede übertragene Datei virengeprüft ist. Über die Virenprüfung ist ein Protokoll zu führen, welches mindestens zwei Jahre lang aufbewahrt wird. Das Protokoll ist auf Aufforderung dem Verantwortlichen auszuhändigen.

(5) Der Auftragsverarbeiter darf in begründeten Ausnahmefällen für Zwecke der Fehleranalyse und -behebung sach- und personenbezogene Daten im Wege eines Filetransfers oder Downloads vom IV-System des Verantwortlichen abziehen und auf sein eigenes kopieren, wenn er dafür zuvor die Einwilligung des Verantwortlichen in Textform eingeholt hat. Zudem ist die Regelung in § 9 zu beachten.

Für den Datentransfer sind kryptographische Verfahren einzusetzen, welche den Empfehlungen der technischen Richtlinienreihe des „BSI TR-02102 Kryptographische Verfahren: Empfehlungen und Schlüssellängen“ entsprechen (derzeit – Stand: 03/2022 – sind dies: 256-Bit-Verschlüsselung bei symmetrischer bzw. 2048-Bit-Verschlüsselung bei asymmetrischer Verschlüsselung).

Der Verantwortliche erteilt die Einwilligung nicht, wenn der Übertragung besondere Geheimhaltungsregelungen (z.B. ärztliche Schweigepflicht) entgegenstehen.

(6) Im Zusammenhang mit der Wartung dürfen vom Auftragsverarbeiter Datenträger nur in Abstimmung mit dem Verantwortlichen kopiert oder bespielt werden. Diese Tätigkeit ist durch den Verantwortlichen zu dokumentieren.

(7) Der Verantwortliche ist berechtigt die Fernwartungsaktivitäten des Auftragsverarbeiters mit Datum, Uhrzeit und Benutzerkennung zu protokollieren und die Protokolle zu überprüfen.

(8) Der Auftragsverarbeiter muss personenbezogene Daten, die er bei der Fernwartung erhalten hat, unverzüglich löschen oder dem Verantwortlichen zurückgeben, wenn sie für die Durchführung der Fernwartungsarbeiten nicht mehr erforderlich sind. Etwaige dem Auftragsverarbeiter übergebene Papierausdrucke mit personenbezogenen Daten muss der Auftragsverarbeiter nach Abschluss der Fernwartungsarbeiten unverzüglich zurückgeben.

(9) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen / Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.

(10) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrages erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.

(11) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i.S.d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

(12) Der Auftragsverarbeiter räumt dem Verantwortlichen das Recht ein, die Ordnungsmäßigkeit der Fernwartungsarbeiten zu kontrollieren, dies umfasst auch die Aufzeichnung der Fernwartungssitzung.

(13) Der Verantwortliche ist berechtigt, die Fernwartungsarbeiten und Übertragungsaktivitäten von einem Kontrollbildschirm aus zu verfolgen. Soweit der Auftragsverarbeiter daran mitwirken muss, gewährleistet er, dass dies möglich ist.

(14) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.

(15) Der Verantwortliche ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln.

(16) Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragsverarbeiter dazu, die folgenden, dem Verantwortlichen obliegenden besonderen Geheimhaltungspflichten zu beachten:

»

***Optional*: Angabe von besonderen Geheimhaltungspflichten**
(z. B. Sozialgeheimnis, Bankgeheimnis)

(17) Die Verpflichtungen nach den Absätzen 15 und 16 gelten auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus fort.

§ 6 Dokumentation

Der Auftragsverarbeiter hat nach den Vorgaben des Verantwortlichen eine Dokumentation über die Fernwartungsvorgänge zu fertigen und diese während der Vertragslaufzeit dem Verantwortlichen nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Der Auftragsverarbeiter händigt die Dokumentation bei Vertragsende dem Verantwortlichen unaufgefordert aus. Der Auftragsverarbeiter bewahrt die Dokumentation für mindestens zwei Jahre auf. Vor der Löschung gibt er dem Verantwortlichen die Gelegenheit zur Anforderung der Dokumentation.

§ 7 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufes, bei Verdacht auf Verstöße gegen diese Vereinbarung sowie gesetzliche Datenschutzbestimmungen sowie bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gemäß § 3 dieser Vereinbarung durchführen.

§ 8 Unterauftragnehmer

(1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Unterauftragnehmer) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen.

☐ Die zur Erfüllung dieses Vertrages hinzugezogenen Unterauftragnehmer sind

im Anhang Unterauftragnehmer

im Einzelnen bezeichnet. Mit deren Beauftragung erklärt sich der Verantwortliche einverstanden.

☐ Der Auftragsverarbeiter setzt keine Unterauftragnehmer ein. Sofern künftig Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen, gilt die nachfolgende Regelung.

Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung von bestehenden Unterauftragnehmern. Der Auftragsverarbeiter darf neue Unterauftragnehmer nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen einsetzen.

(2) Nicht als Leistungen von Unterauftragnehmern im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(3) Wenn Unterauftragnehmer durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Unterauftragnehmer so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.

(4) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Unterauftragnehmer Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortlichen berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Unterauftragnehmer geschlossenen Vertrages und die darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Unterauftragnehmers zu erhalten.

(5) Kommt der Unterauftragnehmer seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Unterauftragnehmers. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Unterauftragnehmers ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Unterauftragnehmer zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Optional: Technisch-organisatorische Maßnahmen und deren Kontrolle

(1) Soweit der Auftragsverarbeiter neben dem Fernzugriff auf den Systemen des Verantwortlichen zusätzlich personenbezogene Daten des Verantwortlichen auf seinen eigenen Systemen verarbeitet, vereinbaren die Vertragsparteien die in dem Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM) zu dieser Vereinbarung niedergelegten konkreten technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anhang ist Gegenstand dieser Vereinbarung.

(2) Technische und organisatorische Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt. Insoweit ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der im Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM) festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind zu dokumentieren und dem Verantwortlichen mitzuteilen.

§ 10 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, der/dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlichen zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen bestehenden Datenschutzaufsicht und der Kontrolle durch die/den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der

Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten einschließlich der Einsicht in durch Berufsgeheimnisse geschützte Unterlagen. Er wird seine Mitarbeitenden anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 11 Kündigung

(1) Die Dauer dieses Vertrages richtet sich nach der Dauer des zugrundeliegenden Hauptvertrages.

(2) Der Verantwortliche ist zu einer außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt, wenn der Auftragsverarbeiter trotz schriftlicher Aufforderung die vereinbarten Leistungen nach § 1 nicht ordnungsgemäß erfüllt oder seine Pflichten aus diesem Vertrag verletzt.

§ 12 Nichterfüllung der Leistung; Schadensersatz

Kann der Auftragsverarbeiter die vereinbarte Leistung wegen höherer Gewalt, Krieg, Aufruhr, Streik, Aussperrung oder Stromausfall nicht rechtzeitig erfüllen, so gelten hierfür auch in Bezug auf den vorliegenden Fernwartungsvertrag die Regelungen im Hauptvertrag. Dies gilt auch in Bezug auf etwaige Schadensersatzansprüche.

§ 13 Schlussbestimmungen

(1) Sollte Eigentum des Auftraggebers beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter, etwa durch Pfändung, durch ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu verständigen. Alle Kundendaten sind in diesem Zusammenhang rechtzeitig vor Eintritt dieser Maßnahmen von den betroffenen Systemen zu entfernen.

(2) Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i.S.v. § 273 BGB wird hinsichtlich der verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

(3) Gerichtsstand ist, soweit im Hauptvertrag nichts Abweichendes geregelt ist, Nürnberg.

(4) Änderungen und Ergänzungen dieser Anlage und aller ihrer Bestandteile – einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters – bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(5) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Vertrag zum Fernwartungszugriff inkl. Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

Nürnberg, den	
Datum, Ort	*Datum, Ort*
i.A.	
Unterschrift Verantwortlicher	*Unterschrift Auftragsverarbeiter*
Name, Vorname, Funktion	*Name, Vorname, Funktion*

Anhang: Anhang IT-Systeme
Anhang Kommunikation
Anhang Unterauftragnehmer
Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM)

Anhang IT-Systeme

zum **Vertrag zum Fernwartungszugriff**

Auf folgende IT-Systeme / PCs wird im Rahmen der Fernwartung durch den Auftragsverarbeiter zugegriffen*:

Dienststelle	IT-System/e bzw. Endgeräte

** Dieser Anhang kann bei Bedarf auch nach Vertragsschluss noch ausgefüllt oder angepasst werden.*

Anhang Kommunikation

zum **Vertrag zum Fernwartungszugriff**

Verantwortlicher	Auftragsverarbeiter
1. Datenschutzbeauftragter Herr Thomas Birk Theresienstraße 9 90403 Nürnberg Tel.: 0911 231-5115 E-Mail: datenschutz@stadt.nuernberg.de Vorrangiger Kommunikationsweg: ☒ E-Mail ☐ Post ☐ Fax ☐ Telefon	**1. Datenschutzbeauftragter** [Name] [Adresse] Tel.: [...] E-Mail: [...] Vorrangiger Kommunikationsweg: ☐ E-Mail ☐ Post ☐ Fax ☐ Telefon
2. Operativer und fachlicher Ansprechpartner und dessen Stellvertreter für die Auftragsverarbeitung ☐ Ansprechpartner: [Name, Kontaktdaten] Stellvertreter: [Name, Kontaktdaten] ☐ Ansprechpartner und stellvertretender Ansprechpartner ergeben sich aus dem Hauptvertrag Vorrangiger Kommunikationsweg jeweils: ☐ E-Mail ☐ Post ☐ Fax ☐ Telefon	**2. Operativer und fachlicher Ansprechpartner und dessen Stellvertreter für die Auftragsverarbeitung** ☐ Ansprechpartner: [Name, Kontaktdaten] Stellvertreter: [Name, Kontaktdaten] ☐ Ansprechpartner und stellvertretender Ansprechpartner ergeben sich aus dem Hauptvertrag Vorrangiger Kommunikationsweg jeweils: ☐ E-Mail ☐ Post ☐ Fax ☐ Telefon
3. Weisungsberechtigte Personen ☐ Weisungsberechtigt sind die in Ziffer 2. genannten Ansprechpartner. ☐ Weisungsberechtigt sind die im Hauptvertrag genannten Ansprechpartner. ☐ Weisungsberechtigt sind die folgenden Personen: → [Name, Kontaktdaten]	**3. Weisungsempfänger** ☐ Weisungsempfänger sind die in Ziffer 2. genannten Ansprechpartner. ☐ Weisungsempfänger sind die im Hauptvertrag genannten Ansprechpartner. ☐ Weisungsempfänger sind die folgenden Personen: → [Name, Kontaktdaten]
Vorrangiger Kommunikationsweg für die Erteilung von Weisungen ist: ☐ E-Mail ☐ Post ☐ Fax ☐ Ticketsystem nach dem Hauptvertrag	

Anhang Unterauftragnehmer

zum **Vertrag zum Fernwartungszugriff**

Der Auftragsverarbeiter setzt die nachfolgend angegebenen Unterauftragnehmer ein:

Name und Adresse des Dienstleis-ters	Gegenstand des Auftrags	Bei Sitz bzw. Datenverarbeitung in Drittland: Drittland benennen

Anhang Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOM)

zum **Vertrag zum Fernwartungszugriff**

Dieser Anhang ist nur auszufüllen, wenn der Auftragsverarbeiter neben dem Fernzugriff auf die städtischen Systeme zusätzlich noch personenbezogene Daten der Stadt Nürnberg auf seinen eigenen Systemen verarbeitet.

§ 1 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

§ 2 Innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind diesen Schutz zu gewährleisten.

§ 3 Konkretisierung der Einzelmaßnahmen

(1) ☐ Die TOMs werden in der Anlage

---

des Auftragsverarbeiters dargestellt, auf die hier verwiesen wird.

☐ Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen festgelegt, die der Umsetzung der Vorgaben des Art. 32 DSGVO dienen:

1. Vertraulichkeit	
Kriterium	**Umgesetzte Maßnahmen**
<u>Zutrittskontrolle</u> ✓ Unbefugten ist der Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren. *(Beispiele: Zutrittskontrollsystem, Ausweisleser, Schlüssel, Werkschutz, Videoüberwachung, Pforte)*	✓
<u>Zugangskontrolle</u> ✓ Es ist zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können. *(Beispiele: Passwortschutz, Verschlüsselung, automatische Bildschirmsperre)*	✓
<u>Zugriffskontrolle</u> ✓ Es ist zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können. *(Beispiele: Berechtigungskonzept nach dem Need-to-Know-Grundsatz, Protokollierung von Zugriffen, Verschlüsselung, datenschutzkonforme Vernichtung/Löschung)*	✓

1. Vertraulichkeit	
Kriterium	**Umgesetzte Maßnahmen**
Trennungskontrolle ✓ Es ist sicherzustellen, dass zu unterschiedlichen Zwecken verarbeitete Daten voneinander getrennt verarbeitet werden. *(Beispiele: Mandantentrennung (logisch oder physisch), Festlegung von Datenbankrechten, Trennung von Produktiv- und Testsystemen)*	✓
Pseudonymisierung ✓ Es ist sicherzustellen, dass Daten ohne Hinzuziehen zusätzlicher Informationen nicht mehr einer bestimmten Person zugeordnet werden können (sofern umsetzbar).	✓

2. Integrität	
Kriterium	**Umgesetzte Maßnahmen**
Weitergabekontrolle ✓ Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übermittlung oder beim physischen Transport nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können. *(Beispiele: E-Mail-Verschlüsselung, Einsatz von VPN, Protokollierung von Zugriffen, sichere Transportbehälter, Dokumentation der Empfänger, Anonymisierung/Pseudonymisierung vor Übermittlung)*	✓
Eingabekontrolle ✓ Es ist sicherzustellen, dass nachträglich festgestellt werden kann, ob und von wem welche Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder gelöscht worden sind.	✓

3. Verfügbarkeit und Belastbarkeit	
Kriterium	**Umgesetzte Maßnahmen**
Verfügbarkeitskontrolle ✓ Personenbezogene Daten müssen gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt werden. *(Beispiele: Backup- und Recovery-Konzept, regelmäßige Datensicherung, Feuer- und Rauchmeldeanlagen, Serverraumüberwachung, USV, Videoüberwachung Serverraum, IT-Notfallplan, schnelle Wiederherstellbarkeit)*	✓

4. Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung	
Kriterium	**Umgesetzte Maßnahmen**
Datenschutz-Management *(Beispiele: Software-gestütztes Datenschutz-Management, zentrale Dokumentation relevanter Verfahrensanweisungen und Formulare, einschlägige Zertifizierungen, regelmäßige Datenschutz-Audits, Auftragnehmer-Audits, Datenschutzbeauftragter, formalisierter Prozess zur Bearbeitung von Betroffenenanfragen, Datenschutz-Schulungen)*	✓

4. Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung	
Kriterium	**Umgesetzte Maßnahmen**
Incident-Response-Management *(Beispiele: Einsatz von Firewall, Einsatz von Spam-Filtern, Einsatz von Virenscannern, Intrusion-Detection-System, Intrusion-Prevention-System, dokumentierter Prozess zu Erkennung und Meldung von Datenschutz- und IT-Sicherheits-Vorfällen)*	✓
Datenschutzfreundliche Voreinstellungen ✓ Es werden nicht mehr personenbezogene Daten erhoben, als für den jeweiligen Zweck erforderlich.	✓
Auftragskontrolle ✓ Sicherstellung, dass bei Einsatz externer Dienstleister die personenbezogenen Daten von diesen datenschutzkonform und nur entsprechend der Weisung des Auftraggebers verarbeitet werden. *(Beispiele: kritische Auswahl der Dienstleister nach Sorgfaltsgesichtspunkten, Prüfung der technisch-organisatorischen Maßnahmen vor Auftragserteilung, Abschluss von Auftragsverarbeitungsverträgen, schriftliche Weisungen an den Auftragsverarbeiter, Verpflichtung der Mitarbeiter des Auftragsverarbeiters auf die Vertraulichkeit, Vereinbarung wirksamer Kontrollrechte für den Auftraggeber)*	✓

(2) Es ist ein Verfahren zu etablieren, das eine regelmäßige Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der zum Einsatz kommenden technischen und organisatorischen Maßnahmen durch die Vertragsparteien ermöglicht.

LEISTUNGSVERZEICHNIS
Ausschreibung

Verfahren: 2026004927 - Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10

SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	30 Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Vorbemerkungen

Die Stadt Nürnberg betreibt als eigenständige Organisationseinheit der Feuerwehr die Integrierte Leitstelle Nürnberg.
Die Integrierte Leitstelle Nürnberg (ILS N) erneuert im Rahmen Projektes Hardwaretausch 10 Jahre (HWT 10) die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik.
Die ILS Nürnberg betreibt für die Leitstellenvisualisierung die sogenannte Medientechnik. Über die Medientechnik werden unter anderem visuelle Informationen aus verschiedenen Quellen im Normalbetrieb, bei einer Lage sowie im Schulungsbetrieb auf von allen betreffenden Disponenten sichtbare Anzeigegeräten dargestellt.

Leistungsübersicht

Der mit der Leistung zu beauftragende Auftragnehmer (AN) wird mit der Bereitstellung, Einrichtung, Inbetriebnahme und dem Service der zentralen und dezentralen Technik der Medientechnik beauftragt.
Die wesentlichen Bestandteile der Medientechnik sind:

- IT-Infrastrukturbausteine in verschiedenen Sicherheitszonen
o Aktive Netzwerktechnik – Access-Switche
o Videomanagementserver
o Visualisierungsserver für IP-basierte Inhalte aus öffentlichen Quellen und von fremden Organisationen
o En- und Decoder für die Senken bzw. Quellen
o Monitore und Beamer
o Bedienpanel als Notebene zur Steuerung der Medientechnik

Der AN erbringt neben dem Aufbau der spezifischen Infrastruktursysteme explizit auch die Leistung eines Systemintegrators für die Beistellungen von Bestandstechnik und Schnittstellen entsprechend des Kapitels 2.2 der Leistungsbeschreibung Medientechnik (Anlage 1).

Leistungsbeschreibung, Leistungsverzeichnis und Unterlagen zur Erstellung des Angebots

Für die Erstellung des Angebots sind folgende Unterlagen relevant:

Anlage 1 Leistungsbeschreibung Medientechnik ILS N
Anlage 2 Leistungsverzeichnis Medientechnik ILS N
Anlage 3 PB LV Medientechnik ILS N (Excel-Format)
Anlage 4 Vergabe Medientechnik Schema ILS N

Die Anlagen 1, 2 und 4 sind im Workflowschritt "Vertragsbedingungen/Formulare" zu finden.
Die Anlage 3 ist im Workflowschritt "Anlagen" zu finden. Die Datei ist vollständig zu befüllen. Die im Excel-Tabellenblatt ermittelte Summe aus dem Feld G3 ist anschließend in die Preisposition 1 im Abschnitt "Produkte/Leistungen" des Angebots zu übertragen. ACHTUNG: Die befüllte Excel-Datei ist dem Angebot unbedingt beizufügen.

Dem Angebot ist außerdem gemäß Punkt 1.2.4 der Leistungsbeschreibung eine Aufstellung der laufzeitbedingten Lizenzen beizufügen.

Anlieferung, Ausführung

Die Überwachung der Anlieferung und Ausführung obliegt dem Auftraggeber. Dieser hat den Architekten/Ingenieur accellonet GmbH mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom beauftragten Architekten/Ingenieur getroffen werden. Der Zeitplan ist in Nummer 8 des EVB-IT Systemvertrages aufgeführt.

Vertragliche Rahmenbedingungen

Es wird ein EVB-IT Systemvertrag abgeschlossen. Darin wird auch der Systemservice geregelt. Es ist eine Laufzeit von 48 Monaten anzubieten (siehe Workflowschritt "Vertragsbedingungen/Formulare"). Die Kosten für den Systemservice sind in der Anlage 3 anzugeben. Mit Zuschlag werden die farblich markierten Stellen auf Basis des Angebots ausgefüllt.
Es erfolgt außerdem der Abschluss einer Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV) mit Fernwartung nach den Vorgaben der DSGVO (Muster siehe Workflowschritt "Vertragsbedingungen/Formulare"). Der Fernwartungsvertrag, inkl. AVV ist NACH Zuschlagserteilung zwischen der bedarfstragenden Dienststelle des Auftraggebers und dem Auftragnehmer auszufüllen und zu unterzeichnen.
Dei Kosten für die Verlängerung des Systemservice um ein ein weiteres (5.) Jahr sind als optionalen Position anzugeben.

Hinweise zur Beantwortung von Bieterfragen

Bei Unklarheiten zur Leistungsbeschreibung bitten wir um Fragestellung VOR Angebotsabgabe über die Bieterkommunikation im Vergabemanagementsystem (Menüpunkt im Angebotsassistenten „Kommunikation mit der Vergabestelle“).
Bieterfragen werden von der Vergabestelle gesammelt und voraussichtlich in maximal drei Blöcken unter Berücksichtigung der Frist in § 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV beantwortet. Bitte beachten Sie: Sofern dadurch die Vergabeunterlagen in einzelnen Punkten abgeändert werden, werden geänderte Vergabeunterlagen über sogenannte Korrekturzyklen im Vergabemanagementsystem zur Verfügung gestellt und in der Beantwortung zur Bieterfrage auf die jeweils vorgenommenen Änderungen hingewiesen. Nach Durchführung eines Korrekturzyklus müssen ggf. bereits eingereichte Angebote erneut eingereicht werden.

					Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
1	**Gesamtpreis Medientechnik ILS N inkl. Systemservice gem. Anlage 1 und Angabe Tagessätze**	USt. [%]	Menge	Einheit	.....	
		19%	**1,00**	**Pauschale**	pro 1,00 Pauschale	.....

Gesamtpreis Medientechnik ILS N inkl. Systemservice gem. Anlage 1 und Angabe Tagessätze

Bitte übertragen Sie den automatisch errechneten Wert aus Zelle F/G3.

					Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
2	**Optional - Verlängerung des Systemservice um 12 Monate (5. Jahr)**	USt. [%]	Menge	Einheit	.....	
	Optionalposition	**19%**	**1,00**	**Pauschale**	pro 1,00 Pauschale	.....

Der Preis für den Systemservice innerhalb der ersten 48 Monate (4 Jahre) ist bereits in der Preisposition 1 enthalten.

Hier ist der Preis für den Systemservice für weitere 12 Monate (5. Jahr) anzugeben.

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

LEISTUNGSVERZEICHNIS
Ausschreibung

Verfahren: 2026004927 - Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type

KRITERIENKATALOG
Ausschreibung

Verfahren: 2026004927 - Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Präqualifizierung [Mussangabe]

Unsere Vergabestelle erklärt sich bereit, die Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats, welches im amtlichen Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (oder alternativ in der älteren auch noch gültigen PQ-VOL-Datenbank) eingetragen ist, zu akzeptieren.

!!! Bitte prüfen Sie bei einer Präqualifikation im eigenen Interesse, ob die dort hinterlegten Unterlagen die Mindestanforderungen an die in diesem Verfahren geforderten Unterlagen tatsächlich erfüllen. Sofern dies nicht der Fall ist, laden Sie bitte die Unterlagen hoch, wie sie in den bekanntgemachten Eignungskriterien gefordert sind!!!

Informationen und Zertifikat sind erhältlich unter

www.amtliches-verzeichnis.ihk.de

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

Tragen Sie bitte Ihre PQ-Nummer und den Zugangscode in das Eingabefeld ein. Wenn Sie nicht präqualifiziert sind, d.h. keine PQ-Nummer haben, schreiben Sie bitte das Wort "keine" in das Freifeld.

2 Abfrage KMU [Mussangabe]

Bitte geben Sie an, welche Unternehmensgröße auf Ihr Unternehmen gem. EU-Empfehlung 2003/361 zutrifft?

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Großunternehmen (0)
[ ] Mittleres Unternehmen (0)
[ ] Kleines Unternehmen (0)
[ ] Kleinstunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 Ausschlussgründe § 123 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass die in § 123 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen (rechtskräftige Verurteilung oder rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße bezüglich der aufgeführten Tatbestände; ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

[ ] Keine Auswahl getroffen
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Ausschlussgründe § 124 GWB [Mussangabe]

Ich erkläre/wir erklären, dass die in § 124 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen (ggf. Nachweis zur Heilung nach § 125 GWB).

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

5 Eintragung Berufs-/ Handelsregister (I) [Mussangabe]

Bitte laden Sie eine Kopie des Nachweises (nicht älter als 12 Monate, bezogen auf die Angebotsabgabefrist) Ihres Eintrags in das Handelsregister bzw. des Eintrags in das Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerksgewerbe oder eine Kopie des Nachweises über die Eintragung in das Berufs- und/oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates der Europäischen Union, in dem das Unternehmen niedergelassen ist, als Anlage hoch.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja, Nachweis wurde mit Angebotsabgabe hochgeladen (0)
[ ] Nein, wird durch gültige Präqualifizierung (PQ) abgedeckt (0)
[ ] Nein, Eintrag ist für mein/unser Gewerbe bzw. meinen/unseren Berufsstand nicht vorgeschrieben (0)

Nur eine Antwort wählbar

6 Eintragung Berufs-/ Handelsregister (II) [Mussangabe]

Tragen Sie nachfolgend ein, welche Unterlagen vorgelegt/hochgeladen wurden:

1. Gewerbeanmeldung

2. Handelsregisterauszug (sofern ich/wir zur Eintragung verpflichtet bin/sind)

3. Eintragung in das Verzeichnis der zulassungsfreien Handwerksgewerbe

4. Kopie des Nachweises über die Eintragung in das Berufs- und/oder

5. Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates der Europäischen Union, in dem das Unternehmen niedergelassen ist

Falls Sie präqualifiziert sind, tragen Sie bitte PQ ein

7 Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ich bin / wir sind Mitglied in der Berufsgenossenschaft

[ ] Keine Auswahl getroffen (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

8 Bietergemeinschaft I [Mussangabe]

Liegt eine Bietergemeinschaft vor?

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Bietergemeinschaft II [Mussangabe]

Sollte eine Bietergemeinschaft vorliegen, geben Sie bitte nachfolgend die Mitglieder der Bietergemeinschaft (Firmenbezeichnung, Anschrift, Telefon/Fax/Mail) sowie den Bevollmächtigten Vertreter an.

Zudem erklären Sie durch Abgabe eines Teilnahmeantrags / Angebots, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, insbesondere zur Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie zur Vornahme von Verfahrenshandlungen im Zusammenhang mit der ausgeschriebenen Leistung und zu Vertragsabschluss und Vertragsdurchführung.

- der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft Zahlungen anzunehmen,

- alle Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch haften.

Wenn Sie NICHT in einer Bietergemeinschaft auftreten, schreiben Sie bitte das Wort "entfällt" in das Freifeld.

10 Artikel 5k der Verordnung (EU) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erklären verbindlich (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,
genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

11 Daten für die Abfrage im Wettbewerbsregister [Mussangabe]

Ab einer Auftragssumme von 50.000 € netto sind öffentliche Auftraggeber gem. § 150a GewO verpflichtet, vor Erteilung des Zuschlags an Gewerbetreibende, Freiberufler und Vereine einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister von dem betreffenden Unternehmen anzufordern.
Von Gewerbetreibenden als Bieter (AG, OHG, KG, GmbH & Co. KG, GbR) werden dazu folgende Angaben benötigt:
Firmenname
Straße, Hausnummer
HRA Nr.
oder
HRB Nr.
Zuständiges Registergericht

12 Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

Gefordert ist eine Erklärung, dass der Bieter eine marktübliche Berufshaftpflichtversicherung oder Betriebshaftpflichtversicherung spätestens zum Ausführungsbeginn abgeschlossen haben wird und auch während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechterhält.
Marktüblich ist ein Versicherungsschutz mit folgenden Mindestumfang, der mit der Erklärung bestätigt wird:

Mindestumfang:
Sachschäden 3.000.000 EUR;
Personenschäden 2.000.000 EUR;

Fehlt die Erklärung, wird das Angebot ausgeschlossen.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Wir verpflichten uns, spätestens zum Ausführungsbeginn eine Versicherung in dem geforderten Mindestumfang abzuschließen und verpflichten uns, diesen Versicherungsschutz auch während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. (0)
[ ] Eine Versicherung mit dem geforderten Mindestumfang haben wir bereits abgeschlossen. Wir verpflichten uns, diesen Versicherungsschutz auch während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten (0)

Nur eine Antwort wählbar

KRITERIENKATALOG
Ausschreibung

Verfahren: 2026004927 - Erneuerung der Medientechnik bei der ILS Nürnberg im Rahmen des HWT10

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Nachunternehmereinsatz VgV

Gewichtung: 0,00%

1.1 Nachunternehmereinsatz [Mussangabe]

Ich beabsichtige Nachunternehmer einzusetzen.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein, dann bitte in die nachfolgenden Felder "kein NU" eintragen (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.2 Nachunternehmerliste VgV [Mussangabe]

Nachfolgend aufgeführte Leistungen werden an Nachunternehmer übertragen.
Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen werde(n).
Bitte geben Sie eine Zuordnung nach LV-Titel, Gewerk, Positionsnummer und Beschreibung der Teilleistung an.
Im Falle eines Nachunternehmereinsatzes sind den als Nachunternehmer vorgesehenen Firmen die vollständigen Vergabeunterlagen der ausschreibenden Dienststelle zur Angebotsabgabe zur Verfügung zu stellen.

1.3 Verpflichtungserklärung VgV [Mussangabe]

Auf Verlangen der Vergabestelle werde(n) ich/wir
a) die Unternehmen benennen, deren Fähigkeiten ich mich/wir uns im Auftragsfall bedienen werde(n), und
b) die Verpflichtungserklärung(en) dazu vorlegen, dass mir/uns die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen mir/uns und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)

Nur eine Antwort wählbar

2 Bestätigung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Mit Abgabe des Angebotes wird bestätigt, dass alle Mindestkriterien erfüllt werden. Die Anlage 3 Leistungsverzeichnis Medientechnik ILS N im Excel-Format wurde ausgefüllt, hochgeladen und der Netto-Preis aus Zelle F/G3 in die Preisposition 1 übertragen.

[ ] *Keine Angabe*
[ ] Ja
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Bestätigung Lizenzaufstellung [Mussangabe]

Folgende Anlage wurde zum Angebot mit hochgeladen:
- Aufstellung der laufzeitbedingten Lizenzen entsprechend Anlage 1 Leistungsbeschreibung Medientechnik ILS N, Punkt 1.2.4

[ ] *Keine Angabe* (0)
[ ] Ja (0)
[ ] Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Anlage 3 PB LV Medientechnik ILS N.xlsx	23,14 KB	xlsx